

Beschluss der 3. Tagung des 6. Landesparteitages am 30./31. März 2019 in Gera

Landtagswahlprogramm  
der Partei DIE LINKE. Thüringen zur  
Landtagswahl 2019

**Für ein zukunftsfähiges Thüringen**  
**Für eine offene und solidarische**  
**Gesellschaft**

---

## Inhalt

Präambel.....	5
Wir machen es gerecht: Soziale Gerechtigkeit und Soziale Sicherheit für Alle.....	10
I. Zukunftsperspektiven eröffnen und sichern: die Zukunft liegt vor uns – nicht hinter uns.....	10
Ostdeutschland nicht länger benachteiligen.....	10
Gute Renten für Alle.....	11
Gute Pflege mit starken Pflegekräften für Thüringen.....	12
Ein solidarisches Europa für die Vielen statt neoliberales Projekt für Eliten.....	14
Selbstverwaltete und leistungsfähige Kommunen als Fundament eines zukunftsfähigen Landes .....	14
Ein solidarischer und gerechter Landeshaushalt.....	16
Digitalisierung als Antrieb für eine sozial gerechte Zukunft gestalten.....	17
Eine effiziente, bürgernahe und damit zukunftsfähige öffentliche Verwaltung.....	17
Ein leistungsstarker und zukunftsfähiger Öffentlicher Dienst.....	19
Thüringen zu einem Willkommensland gestalten.....	20
Den humanitären Ansatz in der Flüchtlingspolitik fortsetzen.....	20
Unsere Demokratie verteidigen und ausbauen.....	22
II. Sozial gerecht für Alle.....	25
Ehrenamtliche unterstützen, statt überfordern.....	25
Soziale Infrastruktur sichern, Armut und Ausgrenzung überwinden.....	25
Kinderarmut bekämpfen.....	26
Kinder und Jugendliche in Thüringen stärken.....	27
Für eine Politik, die Menschen nicht behindert.....	28
Aktive Seniorinnen und Senioren für Thüringen.....	29
Familien in ihrer ganzen Vielfalt unterstützen.....	29
Frauen und Mädchen: gleiche Rechte, gleiche Chancen.....	30
Die Gleichstellung aller Lebensweisen umsetzen.....	32
Die medizinische Versorgung in der Fläche sichern.....	32
Hebammen und Geburtshelfer: für die Kleinsten nur die Besten.....	34
Prävention statt Kriminalisierung: für eine zeitgemäße Drogen- und Suchtpolitik.....	35
III. Sozial-ökologischer Aufbruch durch nachhaltiges Wirtschaften.....	37
Gute Arbeit für Alle.....	37

Die Arbeit der Zukunft gestalten.....	38
Fachkräfte ausbilden, weiterbilden und für Thüringen gewinnen.....	39
Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.....	40
Bedingungsloses Grundeinkommen von links weiterdenken.....	41
Wirtschaft mit links: leistungsstark und zukunftsfest, sozial und ökologisch.....	42
Beschäftigte und kleine und mittlere Unternehmen besonders fördern.....	43
Forschung und Entwicklung für ein innovatives Thüringen.....	44
Nachhaltiges Gestalten durch kommunales Eigentum und Landesunternehmen.....	45
Vorfahrt für Qualität im Thüringer Tourismus.....	45
Bildungschancen für alle verbessern.....	47
I. Die Bildungschancen unserer Kinder in Kindergärten, Schule, Hochschule und Berufsausbildung verbessern.....	47
Auf den Anfang kommt es an: gute frühkindliche Bildung für Thüringen.....	48
Den Generationswechsel bei Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen gestalten.....	49
Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern weiterentwickeln.....	51
Schulen sichern und gute Lehre stärken.....	52
Für eine enge Kooperation der Schulen in freier Trägerschaft mit den staatlichen Schulen.....	53
Fortführung des Weges der gelingenden Inklusion.....	54
Die berufliche Ausbildung stärken.....	55
Hochschulen für ein zukunftsfähiges Thüringen voranbringen.....	56
Gute Lern- und Studienbedingungen an den Thüringer Hochschulen garantieren.....	57
Gute Arbeit in der Wissenschaft zum Dauerzustand machen.....	58
Verantwortungsvolle Wissenschaft und Forschung für die Gesellschaft.....	59
Lernen lebensbegleitend möglich machen – Erwachsenenbildung ausbauen.....	60
II. Kultur und Medien.....	62
Kultur für alle.....	62
Kulturelle Bildung in den Mittelpunkt rücken.....	63
Breitenkultur als Nährboden kultureller Teilhabe unterstützen.....	64
Orte der Soziokultur stärken.....	64
Thüringens Kulturinstitutionen voranbringen.....	64
artthuer – die Kunstmesse in Thüringen und für Mitteldeutschland.....	65
Medien für alle.....	66
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Thüringen stärken.....	66
Medienstandort Thüringen ausbauen.....	67
Medienvielfalt unterstützen.....	68

Staat und Kirche institutionell trennen, Religionsgemeinschaften gleichbehandeln.....	68
III. Thüringen ist und bleibt ein Sportland.....	69
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.....	71
I. Lebensgrundlagen sichern: Thüringen nachhaltig gestalten.....	71
Aus dem Klimawandel Konsequenzen ziehen.....	71
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sichern.....	72
Abfälle vermeiden und Ressourcen schonen.....	73
Energieerzeugung und -versorgung für die Menschen und von ihnen produziert.....	74
Für eine regional eingebundene und nachhaltige Landwirtschaft.....	76
Tierwohl und Wirtschaftlichkeit verbinden.....	77
Wild, Wald und Jagd im Zusammenhang eines funktionierenden Ökosystems begreifen.....	78
Engagiert für mehr Tierschutz in Thüringen.....	78
Die Thüringer Wälder klimafest machen.....	79
II. Thüringen in seiner Gesamtheit entwickeln und keine Region zurücklassen.....	80
Zukunft gestalten für alle: Raumordnung und Landesplanung.....	80
Ländliche Räume stärken.....	81
Unsere Dörfer haben Zukunft.....	82
Keine Rendite mit der Miete.....	82
III. Mobilität neu denken.....	84
Den Öffentlichen Personennahverkehr stärken.....	84
Bahnverkehr für alle Thüringer Regionen.....	86
Mobilität in jeder Form unterstützen.....	87
Individuelle und öffentliche Sicherheit.....	89
Gegen Rassismus und Diskriminierung – für eine offene und tolerante Gesellschaft.....	89
Klare Kante gegen rechts – gemeinsam gegen alte und neue Nazis.....	90
Für eine bürgerfreundliche Polizei mit einer angemessenen und verhältnismäßigen Ausstattung .....	91
Justiz: Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und soziale Verantwortung.....	94
Schutz der Verfassung statt institutionalisierter Verfassungsschutz.....	98
Leistungsstarke und zukunftsfeste Feuerwehrstrukturen in Thüringen.....	98
Proaktive Veröffentlichungen, mehr Transparenz und effektiver Datenschutz für Bürgerinnen und Bürger.....	100
Frieden und Abrüstung aus Thüringen stärken.....	101
Global denken, lokal handeln!.....	102

## Präambel

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 27. Oktober 2019 wählen wir Thüringerinnen und Thüringer einen neuen Landtag. Damit bestimmen wir über die weitere Entwicklung unseres Landes. DIE LINKE bittet Sie um Ihre beiden Stimmen, damit Bodo Ramelow als Ministerpräsident seine erfolgreiche Politik für Thüringen fortsetzen kann.

Thüringen ist ein schönes, lebenswertes Land – mit seiner vielfältigen Kultur, mit seinen wunderbaren Landschaften, mit seiner langen Geschichte und mit seiner prosperierenden Wirtschaft bietet es hervorragende Voraussetzungen für ein gutes Leben.

Wir LINKE wollen, dass die Thüringerinnen und Thüringer feststellen können: Ja, auch ich lebe gut in diesem Land. Wir alle wissen: Schon heute können das viele Menschen über sich sagen, aber keineswegs alle. Thüringens Wirtschaft floriert, die Einkommen steigen, aber der Wohlstand und die Chancen auf ein gutes Leben sind nicht gerecht verteilt. Mit anderen Worten: Es bleibt noch viel zu tun!

Wir LINKE haben für diese Aufgabe einen klaren Kompass. Die Würde des einzelnen Menschen ist der Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Wir wollen ein Thüringen, in dem der soziale Zusammenhalt stark ist, in dem es gerecht zugeht, in dem die Menschen sich sicher fühlen.

Alle in Thüringen lebenden Menschen sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichem Leben – Arbeit, Kultur, Mobilität, Bildung – teilhaben können, unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft, geschlechtlicher Identität und Orientierung sowie körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung.

Wir Thüringerinnen und Thüringer haben in den vergangenen Jahrzehnten einen gewaltigen Modernisierungsprozess bewältigt. Die Zerschlagung der ostdeutschen Wirtschaft durch die Treuhänder, die Massenarbeitslosigkeit, die Entwertung ostdeutscher Lebensläufe – all das mussten die Menschen verkraften. Und wir haben uns selbst aus dieser Misere herausgearbeitet!

Dabei haben 25 Jahre lang CDU-geführte Thüringer Landesregierungen die Menschen nicht so unterstützt, wie es notwendig gewesen wäre. Darunter haben der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Vertrauen in die Politik gelitten.

Besonders in den Jahren nach der Jahrtausendwende machte sich Selbstzufriedenheit in der Landesregierung breit. Wichtige Zukunftsaufgaben wurden nur halbherzig oder gar nicht angegangen – etwa die Sicherung der Schulen auf dem Land, ein flächendeckendes öffentliches Verkehrsnetz, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land, Hilfe für sozial benachteiligte Menschen, der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und vieles mehr.

Die Folgen dieser Tatenlosigkeit sind heute noch spürbar. Es gibt Regionen, die wirtschaftlich vom Erfolg Thüringens weniger profitieren können. Vielerorts gibt es keinen Öffentlichen Nahverkehr mehr. Schulgebäude verfallen, Unterricht fällt aus. In ländlichen Regionen fehlen Ärztinnen und Ärzte.

Verschlimmert wird diese Situation durch die Bundespolitik. Jahrzehntlang haben Bundesregierungen für niedrige Löhne in Ostdeutschland geworben. Mit den Hartz-Gesetzen hat sich die Lage für viele Menschen – auch in Thüringen – weiter verschlechtert.

Die Folgen dieser neoliberalen Politik sehen wir heute. Thüringen ist sozial gespalten: Ein Drittel der Beschäftigten arbeitet zu Niedriglöhnen, die kaum zum Leben reichen. Ein Fünftel der Menschen lebt in Armut, darunter viele Alleinerziehende, Kinder, Ältere und Erwerbslose, aber auch Kleinstunternehmer und Soloselbstständige.

Armut verhindert nicht nur die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und verbaut Zukunftschancen. Armut nimmt den Menschen auch ihre Würde. Das ist eine Schande in einem reichen Land wie Deutschland!

Im Glauben an den Markt haben Bundesregierungen und die CDU-Landesregierung in Thüringen darauf verzichtet, die Gesellschaft zu einen und gute Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Aber der Markt allein bringt weder Wohlstand noch sorgt er für eine gleichmäßige Entwicklung in allen Landesteilen. Und für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt er schon gar nicht!

Unter Führung von Ministerpräsident Bodo Ramelow hat sich die Politik der Landesregierung seit 2014 grundlegend geändert. Die Landesregierung von LINKE, SPD und Grünen hat die Weichen auf Zukunft gestellt. Unser Ziel ist und bleibt, Thüringen für alle Menschen lebenswert zu machen.

Dieses Ziel zu erreichen, wird uns Thüringerinnen und Thüringern gelingen, wenn wir fair, respektvoll und auf Augenhöhe miteinander umgehen, wenn die Starken den Schwachen, wenn wir uns gegenseitig helfen, wenn wir es nicht zulassen, dass sich Hass und Missgunst verbreiten.

Dann werden wir zukünftig sagen können: Die Menschen können überall in Thüringen gut leben.

Deshalb werden wir LINKEN weiter hart daran arbeiten, dass sich alle Regionen Thüringens wirtschaftlich gut entwickeln. Wir wollen gleiche Lebenschancen für Menschen in Stadt und Land. Jedes Kind soll beste Entwicklungsmöglichkeiten bekommen, unabhängig davon, wie hoch das Einkommen seiner Eltern ist. Wir wollen flächendeckend gute Kindergärten und Schulen, damit Bildung allen Kindern überall zuteil wird. Wir wollen, dass Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, gerade in den ländlichen Regionen. Familien sind die Kerne unserer Gesellschaft. Wir wollen Unterstützung für Familien jeder Art. Wir wollen die Wirtschaft so weiterentwickeln, dass sie für den Menschen da ist. Gute Arbeit – mitbestimmt und tariflich entlohnt – soll in allen Bereichen Wirklichkeit werden. Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen in Armut leben. Wir wollen Sicherheit und Schutz für alle in Thüringen lebenden Menschen, denn: Die Menschenwürde ist unantastbar.

Das alles klingt selbstverständlich, doch das ist es leider keineswegs. Viele Thüringerinnen und Thüringer sehen das ebenso. Und sie fragen zu Recht, was die Politik tut. Wir LINKE versprechen, uns mit aller Kraft weiter dafür einzusetzen, diese Ziele zu verwirklichen.

Aber wir bilden uns nicht ein, wir LINKE könnten das allein vollbringen. Auch wir sind Menschen, auch wir machen Fehler. Auch unsere Kräfte sind begrenzt. Aber wenn wir Thüringerinnen und Thüringer gemeinsam an einem Strang ziehen, wenn wir uns gegenseitig unterstützen, wenn wir gemeinsam lernen, dann lassen sich die vor uns liegenden Aufgaben lösen.

Die ersten Schritte sind getan:

Wir haben das **letzte Kindergartenjahr gebührenfrei** gemacht und **mehr Personal** für bessere Betreuung eingestellt. Damit haben wir die Bildung im Vorschulalter gestärkt und viele Eltern finanziell entlastet.

Wir haben den Weltkindertag am 20. September zum **gesetzlichen Feiertag** in Thüringen gemacht. Dadurch haben die Menschen mehr freie Zeit, die sie mit den Kindern, der Familie und Freundinnen und Freunden verbringen können.

Wir haben den von der CDU beschlossenen Stellenabbau in unseren Schulen gestoppt und mehr als **3.500 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt**. Wir haben mit 450 Millionen Euro marode **Schulgebäude saniert und ausgebaut**.

Wir haben für mehr als 1300 Menschen in Thüringen, die zuvor langzeitarbeitslos waren, **gemeinwohlorientierte Arbeitsplätze** in Vereinen, Kirchen und Kommunen geschaffen. Damit haben wir bewiesen: Es ist besser, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

Wir werden mit einem **Vergabegesetz** sicherstellen, dass das Land nur noch Aufträge an Firmen vergibt, die einen höheren Thüringer Mindestlohn zahlen.

Wir haben mit dem **Azubi-Ticket** die Mobilität von Auszubildenden gestärkt. Mit diesem Ticket können alle Eisenbahnverbindungen sowie Busse und Straßenbahn in allen teilnehmenden Landkreisen und kreisfreien Städten genutzt werden.

Erstmals hat eine Thüringer Landesregierung den **Öffentlichen Personennahverkehr** wieder durch Landesmittel gestärkt. Mit der neuen **Schnellverbindung** nach Leipzig haben wir den Anschluss Jenas an das Fernverkehrsnetz deutlich verbessert. Mit der **IC-Verbindung** haben wir Gera nach 12 Jahren wieder an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn angeschlossen.

Wir haben fast eine halbe Milliarde Euro für den **Internet-Breitbandausbau** bereitgestellt.

Wir haben das Blindengeld deutlich erhöht, ein Taubstummengeld und Gehörlosengeld eingeführt, um **Menschen mit Sinnesbehinderungen** zu stärken.

Wir haben einen Thüringer Fonds für die **Opfer des NSU-Terrors** in Höhe von 1,5 Millionen Euro eingerichtet, um unserer Verantwortung für die Opfer des extrem rechten NSU-Terrors mit Unterstützerinnen und Unterstützern aus unserem Land gerecht zu werden.

Wir haben den sozialen **Wohnungsbau** in Thüringen wiederbelebt und den Bau von über 1500 Sozialwohnungen gefördert.

Wir haben ein großes Programm zur **Unterstützung von Familien** eingerichtet. Es bietet Familien Hilfe in allen Lebenslagen – von der Erziehung der Kinder, über die Mobilität im ländlichen Raum bis hin zu sozialen Aktivitäten für Seniorinnen und Senioren.

Wir haben mit unserer Initiative im Bundesrat für das Recht auf Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare die entscheidende Grundlage für die seit dem 1. Oktober 2017 in der Bundesrepublik auf Beschluss von Bundestag und Bundesrat geltende „Ehe für alle“ geschaffen.

Wir haben mit unserer Bundesratsinitiative dazu beigetragen, dass es Verbesserungen in der Bemessung der Krankenversicherungsbeiträge für Kleinunternehmerinnen und -nehmer und Soloselbstständige gegeben hat.

Wir haben das bundesweit fortschrittlichste Gesetz für direkte Demokratie in den Kommunen eingeführt, so dass Sie als Bürgerinnen und Bürger bessere Möglichkeiten für die Vertretung Ihrer unmittelbaren Anliegen und Interessen in Ihren Städten und Gemeinden besitzen.

Mit diesen und vielen weiteren Aktivitäten haben wir bewiesen: Unsere Politik für soziale Gerechtigkeit und für wirtschaftlichen Wohlstand steht nicht in Widerspruch zueinander. Im Gegenteil – gerade weil wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt gestärkt haben, geht es uns heute

besser als vor fünf Jahren. Die Beschäftigung hat unter der rot-rot-grünen Landesregierung stetig zugenommen, die Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordtief gesunken.

Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen:

Wir brauchen ein **Gesundheitsangebot**, das den Anforderungen einer älter werdenden Bevölkerung gerecht wird. Dazu gilt es, das wohnortnahe Krankenhaus, die ambulante Versorgung und die Altersmedizin klug miteinander zu verbinden.

Wir brauchen neue **Schulstrukturen**, damit wir trotz des Bevölkerungsrückgangs auch auf dem Land gute Bildung für alle Kinder gewährleisten können und damit jede Schule eine Zukunft hat und unsere Kinder auf das Leben vorbereitet. Wir brauchen gute Bildung auch schon vor der Schule. Deshalb wollen wir den Kindergarten beitragsfrei machen und die Qualität der Betreuung unserer Jüngsten weiter verbessern.

Wir brauchen eine **Wirtschaftspolitik**, die Unternehmen und Beschäftigte darin unterstützt, die Digitalisierung der Arbeit erfolgreich zu bewältigen und werden Angebote zur sozialen Gestaltung der Digitalisierung schaffen. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Unternehmen auch morgen noch die Fachkräfte finden, die sie benötigen. Dazu gehört: Gute Arbeit muss sich in Thüringen flächendeckend durchsetzen.

Wir brauchen eine wohnortnahe, bürgerfreundliche und moderne **Verwaltung** in ganz Thüringen.

Wir brauchen **starke Kommunen**, die sich selbstbestimmt entwickeln und dazu auch zusammenschließen können.

Die **Aufnahme geflüchteter Menschen** stellt neue Anforderungen an unser Zusammenleben. Wir haben in Thüringen gezeigt: Ein friedlicher und toleranter Umgang miteinander ist dazu der Schlüssel. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen.

Unsere Gesellschaft wird älter. Wir müssen unsere **Infrastruktur altersgerecht** entwickeln – beim Wohnen und bei der Mobilität.

Wir wollen die Mobilität aller in Thüringen lebenden Menschen erhöhen, indem wir den **Öffentlichen Personennahverkehr** zu einem Thüringer Verkehrsverbund ausbauen, der öffentliche Mobilität von „Tür-zu-Tür“ schafft.

Wir wollen die **natürlichen Lebensgrundlagen** schützen und zum Klimaschutz beitragen. Die Jugend in vielen Ländern hat verstanden, dass mehr Klimaschutz notwendig ist. Auch in Thüringen wird seit mehreren Wochen unter dem Motto „Fridays for Future“ demonstriert. DIE LINKE. Thüringen befürwortet und unterstützt diese Aktivitäten. Zu den natürlichen Lebensgrundlagen gehört für uns auch, dass wir die bäuerliche Landwirtschaft bewahren und Spekulationen mit Grund und Boden verhindern wollen.

Ostdeutsche, auch die Thüringerinnen und Thüringer, werden bei der Rente, beim Lohn und bei Führungspositionen auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer benachteiligt. Damit muss endlich Schluss sein. Wir brauchen wirksame Schritte zur **Angleichung von Renten und Löhnen an das Niveau in Westdeutschland** und mehr Ostdeutsche in Führungspositionen.

Mit anderen Worten: Wir wollen, dass alle Menschen an der positiven Entwicklung Thüringens teilhaben. In der Zeit tief greifender gesellschaftlicher Veränderungen geht es vor allem darum, die strukturellen Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben frei von Sorgen und Zukunftsängsten zu stärken.



Garanten für diese Politik sind unser Ministerpräsident Bodo Ramelow und DIE LINKE. Thüringen. Nur eine von Bodo Ramelow geführte Regierung stellt sicher, dass die Politik in Thüringen weiterhin dem Ziel eines solidarischen Miteinanders und der Sicherheit verpflichtet ist.

Wir LINKEN haben in den vergangenen fünf Jahren gezeigt: Unser Platz ist auch als Regierungspartei an der Seite derer, die aktiven Widerstand gegen unsoziale und unsolidarische Politik leisten, die um ihre Arbeitsplätze, gerechte Löhne und Mitbestimmungsrechte kämpfen, die sich im Alltag um die Schwächsten in unserer Gesellschaft kümmern, die geflüchteten Menschen helfen, die sich gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus wehren und aktiv für Frieden und Abrüstung eintreten.

Sie, liebe Thüringerinnen und Thüringer, haben es in der Hand, diesen Weg fortzusetzen: mit Ihrer Erst- und Zweitstimme für DIE LINKE. Thüringen zur Landtagswahl am 27. Oktober 2019.

## Wir machen es gerecht: Soziale Gerechtigkeit und Soziale Sicherheit für Alle

### I. Zukunftsperspektiven eröffnen und sichern: die Zukunft liegt vor uns – nicht hinter uns

DIE LINKE. Thüringen will eine Zukunft, in der alle Menschen ihren gleichberechtigten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum haben. Jede und jeder soll das eigene Leben entsprechend der eigenen Vorstellungen planen und gestalten können. Wir wollen, dass alle in Thüringen lebenden Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor einem sozialen Absturz haben müssen. Alle in Thüringen lebenden Menschen sollen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt sein – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, körperlicher Verfassung, Herkunft, sozialer Stellung, Geschlecht, Alter oder sexueller Orientierung und Identität.

Der vorherrschende Neoliberalismus setzt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft immer mehr aufs Spiel. Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus haben ein demokratiegefährdendes Ausmaß angenommen. Die sich verändernde Altersstruktur unserer Gesellschaft, die weiterhin bestehende Benachteiligung des Ostens sowie die Fragen nach der Zukunft der Rente und Pflege verstärken auch bei vielen Thüringerinnen und Thüringern vorhandene Verlust- und Zukunftsängste. Sie kommen am dramatischsten darin zum Ausdruck, dass viele Menschen gegenwärtig fürchten, ihren Kindern werde es zukünftig schlechter gehen als ihnen selbst. Wir, DIE LINKE. Thüringen, nehmen diese Befürchtungen und Ängste ernst, weil wir um deren reale Grundlagen und Ursachen wissen. Wir wissen aber auch, dass Angst lähmt, der Rückzug ins Nationale und Abschottung sowie Ausgrenzung noch größere Gefahren in sich bergen.

Deshalb kämpft DIE LINKE. Thüringen in den Kommunen, im Land, im Bund und in der EU dafür, die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse und Herausforderungen für eine soziale und demokratische Entwicklung zu nutzen. Denn die hierfür notwendigen politischen Entscheidungen und Weichenstellungen werden nicht nur auf der Landesebene, sondern auch auf der bundespolitischen und EU-Ebene getroffen.

Hierzu bedarf es aber auch in Thüringen eines entsprechenden Gestaltungswillens, den die CDU nicht besitzt. Das hat sie bis 2014 bewiesen. Eine gerechte Steuerpolitik, wirksame Maßnahmen gegen Armut, Lohn- und Rentenangleichung im Osten – überhaupt einen respektvollen Umgang mit dem Osten: Fehlanzeige.

Wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, haben demgegenüber gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern damit begonnen, unser Land zukunftsfest zu machen, seine Strukturen den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und die Demokratie in allen Bereichen unseres Landes weiterzuentwickeln.

Deshalb wollen wir:

#### **Ostdeutschland nicht länger benachteiligen**

DIE LINKE ist die Partei mit der höchsten Sachkompetenz für den Osten. Wir haben uns seit 1990 kontinuierlich dafür eingesetzt, dass die Ungleichheit zwischen Ost und West überwunden und tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse hergestellt werden. Für die anderen Parteien war der Osten lange Zeit ein billiger Arbeitsmarkt und eine verlängerte Werkbank. Sie haben den Osten für ihre

neoliberale Politik des Sozialabbaus instrumentalisiert. Nur wir haben immer und immer wieder klar benannt, dass diese Politik nach dem bis heute nicht aufgearbeiteten Treuhand-Desaster zu Rentenungerechtigkeit, zu zerrissenen Familien (Pendlerzwang) und zu Deindustrialisierung führte; ebenso, dass Hartz IV im Osten noch verheerendere Folgen hatte als in anderen Teilen unseres Landes.

In vielen Bereichen sind die Menschen in Ostdeutschland und damit auch in Thüringen nicht gleichgestellt: Die Renten, Löhne und Gehälter sind niedriger. Durchschnittlich erhalten Ostdeutsche nur 76 Prozent des Westgehaltes. Die Tarifbindung ist geringer und die Organisation in tarifmächtigen Gewerkschaften als Voraussetzung zur Verbesserung der eigenen Bedingungen ist weniger ausgeprägt – auch wenn sich spürbar etwas zugunsten der Beschäftigten bewegt.

DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass die Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen immer und immer wieder thematisiert wird.

Mit der rot-rot-grünen Landesregierung und Bodo Ramelow als Ministerpräsident hat Thüringen seit 2014 im Bundesrat, gegenüber den westdeutschen Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und gegenüber der Bundesregierung endlich eine solide Interessenvertretung.

Deshalb werden DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow weiterhin dafür eintreten, dass:

- die Angleichung der Lebensverhältnisse spürbar vorangebracht wird. Das gilt vorrangig für die Rentenangleichung durch das Schließen der Rentenlücke und die Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, wenn sie für höhere Tarifbindung und -abschlüsse kämpfen, um die Ungerechtigkeiten zwischen Ost und West zu überwinden.
- zusätzliche Bundesbehörden in Thüringen angesiedelt und mehr Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Osten gegründet werden.
- die Länder unterstützt werden – und zwar bei den Kosten für die Bundesfernstraßen, bei der Schulbauförderung, bei der konsequenten Digitalisierung der Schulen, beim Qualitätsausbau unserer Kindergärten, bei den Energiekosten und bei der Reduzierung umweltpolitischer Altlasten.
- der Bund anstelle der ostdeutschen Länder die Kosten der DDR-Versorgungslasten in seiner Rechtsnachfolge trägt. Das dadurch frei werdende Geld wollen wir in Bildung und Infrastruktur investieren.
- die Tarifbindung gestärkt und ein höherer Mindestlohn ausgehandelt wird und unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit in Ost und West und zwischen Männern und Frauen überwunden werden.
- die Spekulation mit landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen unterbunden wird.

Vor allem geht es jedoch um die Anerkennung der Lebensleistungen der Menschen in Thüringen und in Ostdeutschland – vor und nach 1989/90. Die hier gemachten Erfahrungen, positiv wie negativ, müssen als Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft anerkannt und respektiert werden – und sie müssen sich in politischen und gesellschaftlichen Debatten widerspiegeln. Das erfordert, ostdeutsche Erfahrungen und Lebensleistungen in ihrer Gesamtheit und Vielfalt ernst zu nehmen.

### **Gute Renten für Alle**

DIE LINKE will eine grundsätzliche Neuausrichtung in der Rentenpolitik. Niemand darf im Alter arm sein, ganz gleich ob infolge von Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung

sowie Pflege und auch nicht in Abhängigkeit von der Dauer der Berufstätigkeit. Jede und jeder soll im Alter in Würde leben können. Unser Einsatz für gute Arbeit und gute Löhne sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 12 Euro pro Stunde ist zugleich ein Kampf um eine gute Rente. Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und wirksam vor Armut schützen.

Rentenpolitik ist Bundespolitik

Wir unterstützen die Forderungen der Rentenpolitik der Partei DIE LINKE auf Bundesebene. Eine Landesregierung hat auf diesem Gebiet nur geringe Einflussmöglichkeiten. Wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern unsere Möglichkeiten genutzt und uns im Bundesrat eingesetzt für:

- die Rentenangleichung zwischen Ost und West – bei Beibehaltung eines Ausgleichs für das geringere Lohnniveau in Ostdeutschland
- ein einheitliches Rentensystem in der Bundesrepublik, in das auch Beamtinnen und Beamte, Freiberuflerinnen und -berufler, Selbstständige und Berufspolitikerinnen und -politiker einbezogen sind
- die steuerfinanzierte Angleichung der sogenannten „Mütterrente“ und die gleiche Anrechnung der Kindererziehungszeiten – auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden
- eine angemessene Rente für in der DDR geschiedene Frauen
- das Schließen von Überführungslücken in der Rentenüberleitung bei bestimmten Personen- und Berufsgruppen in Ostdeutschland

Wir werden diese Politik fortsetzen, bis die Renten in Ost- und Westdeutschland angeglichen und alle Rentenlücken geschlossen sind. DIE LINKE wird deshalb für folgende Forderungen eintreten:

- für eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro
- für eine abschlagsfreie Rente ab 65 sowie für die Möglichkeit eines Renteneintritts mit 60 Jahren bei mindestens 40 Beitragsjahren
- die Rente zu einer steuer- und beitragsfinanzierten Leistung ausbauen und das Rentenniveau von derzeit 48 Prozent auf 53 Prozent erhöhen – das geht am besten mit einer Erwerbstätigenversicherung
- Zeiten der Erwerbslosigkeit und der Kindererziehung, besonders von Alleinerziehenden, sowie der Pflege besser absichern
- gebrochene Erwerbsbiografien in der Ausgestaltung der sozialen Absicherung besser berücksichtigen

### **Gute Pflege mit starken Pflegekräften für Thüringen**

Das gegenwärtige Pflegesystem stellt den Profit vor die Bedürfnisse der Menschen. Die meist weiblichen Beschäftigten in den Sozial- und Gesundheitsberufen leiden an Überlastung und sie werden schlecht für ihre wichtige Arbeit bezahlt. Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, werden in Minuten abgerechnet, statt als Individuen im Mittelpunkt zu stehen. DIE LINKE lehnt dieses System ab. Wir sagen: Menschen vor Profite. Wir wollen eine menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung, die gerecht und solidarisch von allen finanziert wird. Den in Pflegeberufen Tätigen muss mehr Respekt und Anerkennung entgegengebracht werden. Dafür haben wir uns in den vergangenen Jahren auf der Bundesebene und, im Rahmen unserer Zuständigkeit, auch in Thüringen eingesetzt. Gemeinsam mit den Ländern Brandenburg und Berlin haben wir einen Antrag auf Bundesratsebene zur zukünftigen besseren Finanzierung der Pflege auf

den Weg gebracht. Dabei setzen wir uns für die Umwandlung der bisherigen Teilkaskoversicherung in der Pflege hin zu einer solidarischen Pflegeversicherung ein:

- DIE LINKE. Thüringen hat die Beschäftigten im Pflegebereich in ihrem Kampf für Tarifbindung und bessere Arbeitsbedingungen unterstützt.
- Die rot-rot-grüne Landesregierung hat die Unterstützung für pflegende Angehörige ausgebaut.
- Wir wirken darauf hin, dass in Thüringen verbindliche Personalschlüssel für alle Pflegeberufe betreiber- und einrichtungsübergreifend eingeführt werden – bemessen an den einzelnen Fachrichtungen, bedarfsgerecht und mit Flächentarifverträgen einhergehend. Diese sollen, angelehnt an die bundesweite Kampagne „Pflegenotstand stoppen – Menschen vor Profite“, deutlich über die bundesgesetzlichen Vorgaben ab dem Jahr 2020 hinausgehen.
- Auf Bundes- und Landesebene treten wir für die Einführung verbindlicher Personalschlüssel in Krankenhäusern ein.

Wir sind uns bewusst: Diese Maßnahmen haben bislang nur wenig an der schwierigen Situation der Pflegekräfte und der Pflegebedürftigen geändert. Deshalb will DIE LINKE eine Pflegeoffensive für das ganze Land. Alle Zuständigen müssen Pflege als gesamtgesellschaftliche, ressortübergreifende und prioritäre Aufgabe annehmen. Unter diesem Aspekt plädiert DIE LINKE. Thüringen dafür, den Thüringer Pflegepakt zu einem Bündnis für gute Pflege weiterzuentwickeln, und schlägt folgende Maßnahmen vor:

- Wir wollen eine komplette Bestandsaufnahme zur Pflegesituation in den Kommunen befördern, um wohnortnah weiße Flecken mit Angeboten für Pflegebedürftige und Angehörige zu füllen. Damit lässt sich die Grundlage zur Wiedereinführung einer Landespflegeplanung legen.
- Wir wollen unabhängige und barrierefreie kommunale Pflegeberatungsstellen etablieren (Pflegestützpunkte).
- Wir wollen selbstorganisierte und wohnortnahe Modelle in der Pflege unterstützen, zum Beispiel Pflege-Genossenschaften, und die kommunale Grundversorgung in der Pflege stärken.
- Wir wollen pflegende Angehörige durch Beratung und Begleitung stärken. Wir drängen darauf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter zu erleichtern.
- Mit regelmäßigen Pflegekonferenzen wollen wir den Fachaustausch zwischen lokalen Aktiven aus Pflegeberufen und dem Ehrenamt befördern. Damit kann eine altersgerechte Gestaltung der sozialen Infrastruktur praktisch unterstützt werden.
- Wir setzen uns weiterhin zusammen mit den Beschäftigten, Auszubildenden und den Gewerkschaften für Tarifbindung, verbesserte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege und für den qualifikationsgerechten Einsatz der Pflegefachkräfte ein.
- Wir unterstützen und fördern die Digitalisierung der Informations- und Dokumentationssysteme, um das pflegerisch tätige Personal zu entlasten und um Bürokratie abzubauen.
- Die Landesregierung wird auf Bundesebene initiativ und setzt sich für umgehende Deckelung der Kosten für Pflegebedürftige ein; bei finanziellem Mehrbedarf sind die Pflegekassen heranzuziehen.
- Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass mittelfristig die gegenwärtige Pflegeversicherung in eine Pflegevollversicherung überführt wird.

- Wir wollen verhindern, dass mit der Pflege Profite erzielt werden. Deshalb muss der Gesetzgeber dafür Sorge tragen, dass das soziale Pflegesystem nicht finanziell ausblutet.
- Wir setzen uns für mehr Pflegepersonal ein!

### **Ein solidarisches Europa für die Vielen statt neoliberales Projekt für Eliten**

Die jahrzehntelange Indienstnahme für neoliberale Interessen hat leider dazu beigetragen, dass die europäische Idee an Legitimation verloren hat – insbesondere bei Arbeiterinnen und Arbeitern, Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentnern. DIE LINKE. Thüringen steht für die Erneuerung des europäischen Projekts durch Schaffung einer Sozialunion, die diesen Namen auch verdient, durch das Herstellen gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Europas und durch das Beenden der krisenverschärfenden Spardiktate gegenüber Ländern wie Griechenland. Ohne die Europäische Union wären Umwelt- und Klimaschutz, ein wirksamer Datenschutz und die Sicherung der Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern in einer globalisierten Welt nicht mehr möglich. Die gute wirtschaftliche Entwicklung Thüringens verdanken wir wesentlich auch Mitteln der Europäischen Strukturfonds. Ohne sie stünden Programme der Infrastrukturentwicklung, zur Wirtschaftsförderung und zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zur Disposition. Eine handlungsfähige und sozial gerechte Europäische Union ist für uns unverzichtbar. Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- über die Thüringer Landesvertretung in Brüssel für die Aufrechterhaltung der europäischen Strukturfondsmittel geworben, unter besonderer Berücksichtigung ostdeutscher Interessen (zum Beispiel demografischer Faktor und weiterhin bestehender Aufholbedarf)
- das Europäische Informationszentrum in Erfurt als Ort der Diskussion und Aufklärung über europäische Projekte weiterentwickelt
- in der Europaministerkonferenz und im Bundesrat Initiativen unterstützt und eingebracht, die dem Ziel einer friedlichen und sozialen EU-Politik und der Beendigung der Spardiktate dienen
- ein Brexit-Übergangsgesetz erarbeitet, mit dem auf die Herausforderungen des Austritts Großbritanniens aus der EU reagiert werden kann

DIE LINKE. Thüringen wird auch künftig gegenüber der Europäischen Union einfordern, dass:

- der Brexit nicht dazu beitragen darf, dass die ostdeutschen Länder statistisch „hochgestuft“ werden, mit dem Ergebnis geringerer EU-Zuschüsse für Thüringen
- die EU-Strukturfonds den ostdeutschen Interessen Rechnung tragen müssen und dabei vor allem auf die Bevölkerungsentwicklung als besondere Herausforderung orientiert sind
- die Programme für Beschäftigungsförderung, regionale Wirtschaftsförderung und Bildung gestärkt werden, statt die Mittel für EU-Verteidigungs- und Rüstungspolitik zu erhöhen
- das Prinzip der politischen Verantwortung auf der bürgernächsten Ebene (Subsidiarität) mehr Beachtung findet

### **Selbstverwaltete und leistungsfähige Kommunen als Fundament eines zukunftsfähigen Landes**

Für DIE LINKE. Thüringen bilden die selbstverwalteten Kommunen das Fundament einer zukunftsorientierten, demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft. Für eine tatsächliche kommunale Selbstverwaltung ist es nach unserer Auffassung wichtig, die Bürgerinnen und Bürger an ihren eigenen Angelegenheiten zu beteiligen – durch umfassende Demokratie, Transparenz und Öffentlichkeit nach dem Prinzip der gläsernen Rathäuser und Landratsämter. Weiterhin müssen die

Kommunen nach unserer Auffassung die Hauptträger der für die Allgemeinheit erforderlichen Dienstleistungen sein, etwa Gas-, Wasser- und Energieversorgung, Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung sowie Unterhalt von Krankenhäusern, Kultur- und Bildungseinrichtungen. Eine entscheidende Voraussetzung hierfür ist: Die Thüringer Kommunen bleiben bzw. werden finanziell handlungsfähig und leistungsfähig.

Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern folgende Schritte unternommen:

- Das Volumen des Kommunalen Finanzausgleichs ist seit Beginn der rot-rot-grünen Landesregierung stetig gestiegen. Betrug das Volumen unter der CDU im Jahr 2014 1,85 Milliarden Euro, so ist es im Jahr 2016 auf 1,901 Milliarden Euro und im Jahr 2018 auf fast 2 Milliarden Euro angewachsen.
- Die Thüringer Kommunen hatten im Jahr 2017 im Vergleich zum letzten CDU-regierten Jahr insgesamt 700 Millionen Euro mehr zur Verfügung – ein Plus von 15 Prozent. Für die Jahre 2018 und 2019 haben wir ein kommunales Investitionspaket in Höhe von insgesamt 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt – für Schulen und Sportplätze, für die Feuerwehren und für kommunale Krankenhäuser.
- Die Thüringer Kurorte erhalten seit 2016 für den Ausgleich ihrer Mehrbelastungen erstmals Jahr für Jahr 10 Millionen Euro Sonderzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich.
- Im Zusammenhang mit der freiwilligen Gemeindegebietsreform haben wir über 200 Millionen Euro für Fusionsprämien und Entschuldungshilfen zur Verfügung gestellt. Dies entspricht über 11 Prozent der Schulden aller Gemeinden in Thüringen.
- Mit zwei Gemeindeneugliederungsgesetzen und den Leitlinien zur Neugliederung der Gemeinden haben wir die Voraussetzungen für leistungsfähige kommunale Strukturen geschaffen. Über 300 Gemeinden werden freiwillig die Chance zur Schaffung zukunftsfester Strukturen nutzen, weitere werden hinzukommen. Noch im Jahr 2019 folgt ein drittes Gemeindeneugliederungsgesetz.

Leistungsfähige und zukunftsfeste Kommunen bleiben eine entscheidende Aufgabe Thüringer Landespolitik. DIE LINKE. Thüringen unterbreitet deshalb folgende Vorschläge:

- Wir wollen die Stellung der Kommunen stärken und ihnen ein höheres Gewicht im föderalen Staatsaufbau zukommen lassen. Dazu gehört eine dritte föderale Kammer neben Bundestag und Bundesrat, in der die Kommunen ihre Interessen auf Bundesebene eigenständig vertreten können. Die Städte und Gemeinden brauchen eine höhere Beteiligung am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik, um finanziell unabhängiger von politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene zu sein.
- Wir werden den Prozess zur Schaffung leistungsfähiger kommunaler Strukturen auf Basis der Freiwilligkeit weiterführen – vor dem Hintergrund demografischer Entwicklung im Freistaat Thüringen und der Herausforderungen an eine moderne Verwaltung. Die Bildung zukunftsfähiger Gemeindestrukturen werden wir unterstützen. Ebenso werden wir die Übertragung von Landkreisaufgaben auf die gemeindliche Ebene prüfen und dann einleiten, wenn die zu lösenden Fragen und Probleme unmittelbar vor Ort besser entschieden und gelöst werden können.
- Wir werden die angemessene Finanzausstattung der Kommunen weiter gewährleisten und den Kommunalen Finanzausgleich weiterentwickeln. Die Verteilungsmechanismen zwischen den Kommunen werden wir mit Blick auf ihre Aufgaben und ihre eigene Finanzkraft ständig

berücksichtigen. Wir wollen die Thüringer Kommunen auf ein solches finanzielles Fundament stellen, dass zukünftig auf sogenannte kommunale Hilfsprogramme, die nicht Bestandteil des kommunalen Finanzausgleichs sind, verzichtet werden kann. Mit einer differenzierten Kreisumlage werden wir sicherstellen, dass größere Städte Landkreisaufgaben nicht mehrfach finanzieren, wenn sie diese selbst erbringen.

- Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass die längst fällige Reform der Gewerbesteuer konkrete Gestalt annimmt.
- Wir wollen auf Landesebene eine Servicestelle zur Unterstützung der Kommunen bei der Akquise, Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln sowie zur Unterstützung der kommunalen Vergabe- und Beschaffungsstellen einrichten.
- Wir werden die bestehenden Gesetze überprüfen und unnötige Standards zur Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung streichen. Künftig soll stärker vor Ort entschieden werden können, wie Rahmenvorschriften flexibler und bürgerfreundlicher ausgestaltet werden können. Wir wollen Kommunen dazu anregen und dabei unterstützen, Gemeinwohlbilanzen zu erstellen.

### Ein solidarischer und gerechter Landeshaushalt

DIE LINKE. Thüringen strebt öffentliche Haushalte mit hohen Investitionen, dem Abbau von alten Schulden und der Vorsorge vor künftigen Risiken an. Haushaltspolitik ist für uns kein Selbstzweck, sondern dient der Umsetzung unserer politischen Ziele durch Investitionen in unsere Zukunft. Wir wollen, dass die Menschen von den erwirtschafteten Überschüssen direkt profitieren.

Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern in den vergangenen fünf Jahren:

- unsere politischen Kernprojekte und dringend notwendige Maßnahmen finanziert, zum Beispiel ein beitragsfreies Kindergartenjahr, Schulinvestitionen, die Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Thüringer Kommunen, Neueinstellung von Lehrkräften an unseren Schulen und bei der Polizei
- mehr als 1 Milliarde Euro Schulden, die die CDU-Vorgängerregierungen aufgenommen haben, getilgt
- eine angemessene Rücklage als Instrument der Haushaltsvorsorge angespart

Den Landeshaushalt für das Jahr 2020 werden wir noch vor der Landtagswahl im Jahr 2019 beschließen, um die Handlungsfähigkeit des Freistaats bereits zu Beginn des Jahres 2020 zu gewährleisten.

DIE LINKE. Thüringen will diese zukunftsfähige Haushaltspolitik in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir wollen weiter in die Schwerpunkte unserer Politik investieren: Bildung und Wissenschaft, Arbeit und Soziales, Kultur und Kommunen. Dabei werden wir die Landesanteile zur vollständigen Inanspruchnahme von EU-Mitteln und Bundesmitteln sichern. Das ist unsere Alternative zur Politik der „Schwarzen Null“, die die dringend notwendigen Investitionen für eine sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung blockiert und ökonomisch unsinnig ist.

Auf der Bundesebene tritt DIE LINKE. Thüringen zur Stärkung der öffentlichen Haushalte für folgende Forderungen ein:

- für eine gerechtere Steuerpolitik und die Umverteilung von oben nach unten – hierzu werden wir im Bundesrat Initiativen ergreifen bzw. unterstützen



- für das Schließen von Steuerschlupflöchern und eine Finanztransaktions- und eine Millionärssteuer
- für die Abschaffung der Schuldenbremse – sie wird von ihren neoliberalen Befürwortern als Sparsamkeit angepriesen, tatsächlich gefährdet sie unsere Zukunft, weil sie dringende Investitionen verhindert

### **Digitalisierung als Antrieb für eine sozial gerechte Zukunft gestalten**

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft schreitet voran. DIE LINKE. Thüringen will sicherstellen, dass der Fortschritt zuerst den Menschen zugutekommt. Eine zwingende Voraussetzung dafür ist ein umfassender Breitbandausbau, der niemanden vergisst. Gesellschaftliche Teilhabe wird auch von der Verfügbarkeit eines schnellen Internetanschlusses mitbestimmt. Deshalb haben wir 450 Millionen Euro EU-Mittel, Bundes- und Landesmittel in den vergangenen Jahren für zukunftsfähige Netze bereitgestellt und weitere Schritte festgelegt:

- Mit unserem Pilotprojekt für ein freies kommunales WLAN-Netz in Gera haben wir wichtige Erkenntnisse für nachfolgende Initiativen gewonnen.
- Mit der Glasfaserstrategie bekennen wir uns zum Informationsträger der Zukunft. Anschlüsse im Gigabitbereich erhalten Gewerbegebiete und Unternehmen bis 2022, alle Bildungseinrichtungen bis 2023, alle Verwaltungseinrichtungen bis 2024 und spätestens 2025 auch alle anderen Gebäude. Statt Insellösungen zu schaffen, werden Anliegerinnen und Anlieger sofort mitangebunden.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist ambitioniert, aber notwendig, um Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Beides muss für DIE LINKE. Thüringen durch eine politische Rahmensetzung verbunden werden, um schnelles Internet für alle verfüg- und bezahlbar zu machen.

- Wir werden in Thüringen den flächendeckenden Breitbandausbau mit Glasfaser erreichen. Mindestens jedes Haus, besser jede Wohnung und jedes Geschäft werden direkt ans Glasfasernetz angeschlossen.
- Städtische Ballungsräume brauchen flächendeckende WLAN-Netze in öffentlicher Hand. Hier müssen die vielen Freifunkinitiativen in Thüringen mit ihren Erfahrungen und Erwartungen eingebunden werden.
- Mobiles Internet ist mehr als nur WLAN: Wir wollen in Thüringen bei der Einführung der Mobilfunktechnologie der 5. Generation (5G) vorangehen. Davon sollen nicht nur städtische, sondern auch ländliche Räume rasch profitieren.
- Wir werden weiterhin für eine umfassende Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu schnellen Datenwegen nicht vom Geldbeutel abhängig gemacht wird.
- Wir unterstützen Initiativen, die Breitbandversorgung aus der Hand weniger Telekommunikationskonzerne in öffentliches Eigentum zu überführen oder genossenschaftlich zu organisieren.

### **Eine effiziente, bürgernahe und damit zukunftsfähige öffentliche Verwaltung**

Sowohl die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen als auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wollen eine Verwaltung, die sich den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts stellt. Sie erwarten, dass die öffentliche Verwaltung die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzt. Um dem gerecht zu werden, tritt DIE LINKE. Thüringen für eine leistungsfähige, effiziente und transparente Verwaltung ein, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen sollen selbst entscheiden, ob sie persönlich den Bürgerservice in Anspruch nehmen oder digital

kommunizieren wollen. Bei unserem Regierungsantritt 2014 war digitales Verwaltungshandeln in Thüringen eine große Leerstelle. Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- das erste Gesetz für eine digitale Verwaltung in Thüringen beschlossen. Seit dem 1. Januar 2019 können über die Bürgerservicekonten erste Dienstleistungen, wie die An- oder Abmeldung eines Fahrzeugs, digital erledigt werden. Das Portal wird Schritt für Schritt ausgebaut. Bis zum 1. Januar 2023 wird die Thüringer Verwaltung vollständig auf elektronische Aktenführung umgestellt sein.
- die Thüringer Kommunen bis 2022 mit insgesamt 80 Millionen Euro für die hierzu notwendigen Investitionen unterstützt. Wir haben ihnen gleichzeitig technische Lösungen für die digitale Verwaltung zur Verfügung gestellt.
- mit der Open-Source-Strategie die Verwaltung bei der Anwendung von Softwarelösungen unterstützt. Diese befreien uns aus der Abhängigkeit von Einzelanbietern und oft hohen Lizenzsummen und garantieren eine höhere IT- und Datensicherheit.
- die Anzahl der Landesbehörden und -einrichtungen deutlich verringert und unnötige Verwaltungsstufen – wo immer es ging – reduziert. So lassen sich die Aufgaben effektiver erfüllen.

Mit diesen und weiteren Maßnahmen hat Rot-Rot-Grün in Thüringen einen guten Anfang gemacht. Wir wollen den Weg fortsetzen und die Verwaltungen effizienter aufstellen und zu einem effektiven und leistungsfähigen Kooperationspartner für die Menschen und Unternehmen in Thüringen machen. Deshalb werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

- Digitale Verwaltung muss der Standard werden. Zugleich wollen wir dafür sorgen, dass die Ämter und Behörden für alle Menschen unmittelbar erreichbar und ansprechbar bleiben. Durch die Erweiterung und Schaffung von Bürgerservicebüros in den Gemeinden wollen wir eine flächendeckende Verwaltungsstruktur für die Menschen entwickeln, um kurze Verwaltungswege zu erhalten.
- Digitale Verwaltung heißt für uns: Die Daten der Bürgerinnen und Bürger sind und bleiben geschützt. Dies erfordert hohe Schutzstandards im Öffentlichen Dienst, aber auch Aufklärung der Bürgerinnen und Bürgern, denn Datenschutz geht alle an. Die Informationsrechte und Entscheidungskompetenzen der gewählten kommunalen Vertretungen gegenüber den Verwaltungen wollen wir stärken. So können wir die Kommunalpolitik transparenter und demokratischer gestalten.
- Die Menschen in Thüringen müssen darauf vertrauen können, dass staatliche Stellen sparsam und sorgfältig mit ihren Daten umgehen. Die Entscheidung über eine Datenweitergabe muss von ihnen selbst getroffen werden. Staatliches Handeln muss transparent sein, nicht die Bürgerinnen und Bürger. Zur Kontrolle wollen wir den Landes-Datenschutzbeauftragten in seinen Aufgaben und personell weiter stärken.
- Die Thüringer Verwaltung soll Open-Source-Software nicht nur auf allen Ebenen nutzen, sondern die Entwicklung, regelmäßige Auditierung und Verbreitung von quelloffenen, in modernen Programmiersprachen geschriebenen und leicht zu benutzenden digitalen Werkzeugen fördern. So kann ein Beitrag zur konkreten Unterstützung kleiner, regional verankerter Softwareunternehmen gegen die Marktmacht großer Konzerne geleistet und gleichzeitig ein Mehr an Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden.

- Wir wollen die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben. Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich im Fachpersonal der öffentlichen Verwaltung widerspiegeln.
- Die sich aus dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung („International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination“ – ICERD) ergebenden Verpflichtungen wollen wir in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung umsetzen.

### Ein leistungsstarker und zukunftsfähiger Öffentlicher Dienst

DIE LINKE. Thüringen will einen an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierten Öffentlichen Dienst. Er ist die Voraussetzung für eine auch zukünftig gut funktionierende öffentliche Verwaltung. Von den Leistungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst hängt in großen Teilen unsere Lebensqualität ab. DIE LINKE. Thüringen dankt deshalb allen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst für ihre geleistete Arbeit. Sie können zu Recht gute Arbeitsbedingungen, ausreichende Möglichkeiten der eigenen Qualifizierung und Entwicklungschancen erwarten. Gemeinsam stehen wir vor der Herausforderung, dass bis 2025 mehr als 13 000 Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst in Thüringen ausscheiden werden. Die Suche nach Fachkräften, eine erhebliche Verjüngung der Beschäftigten und eine neue Verwaltungskultur werden den Öffentlichen Dienst prägen.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind zunehmend mit Gewalt, Hass, Ablehnung und Unverständnis in ihrem Dienst konfrontiert. Sie haben Anspruch auf Unterstützung und Schutz.

Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- ein Personalentwicklungskonzept vorgelegt, das auf die Pensionswelle im Öffentlichen Dienst reagiert und Thüringen zu einem attraktiven Arbeitgeber macht
- die Ergebnisse der Tarifverhandlung im Öffentlichen Dienst zeit- und wirkungsgleich für die Landesbeamtinnen und -beamten umgesetzt
- ein modernes Personalvertretungsgesetz auf den Weg gebracht, das die Personalvertretungen im Öffentlichen Dienst deutlich stärken wird
- den Rechtsschutz im Öffentlichen Dienst verbessert, um die Beschäftigten im Klagefall besser als bisher zu unterstützen
- den Kampf gegen die „Malta-Masche“ aufgenommen, mit der die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst durch selbst ernannte „Reichsbürger“ mit unberechtigten Forderungen in Millionenhöhe bedroht und eingeschüchtert werden

Diesen Weg wollen wir, DIE LINKE. Thüringen, in den kommenden Jahren durch folgende Maßnahmen fortsetzen. Wir werden:

- die noch auf der Entscheidung der früheren CDU-Regierung beruhenden Personaleinsparungen bei Lehrkräften, Polizei und Justiz, im Landesamt für Verbraucherschutz und in weiteren Einrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge sowie nachgeordneten zahlreichen weiteren Behörden überwinden und durch ein Personalentwicklungskonzept ersetzen, das der demografischen Entwicklung gerecht wird und zeitgleich progressive Anforderungen an Qualifizierung und Entwicklungschancen für Bedienstete und Beschäftigte, weiche Faktoren, Flexibilität bei der Integration von Seiteneinsteigerinnen und -steigern berücksichtigt und prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Öffentlichen Dienst ausschließt

- die Bediensteten im Öffentlichen Dienst entsprechend ihrer Aufgaben besolden und uns dafür mit einer Gesetzesinitiative einsetzen, die besoldungsrechtliche Gleichstellung der in den Jahren 2008 und 2009 noch nach der Ost-Besoldung alimentierten Thüringer Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und -anwälte und damit ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 23. Mai 2017 umsetzen
- das Beförderungssystem fairer und geschlechtergerechter gestalten und alle Beförderungsmöglichkeiten ausschöpfen, um die Arbeit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst tatsächlich wertzuschätzen und ihnen Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung bieten
- die Unfallverhütungsvorschrift DGUV2 in Hinblick auf Vorsorgeuntersuchungen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst konsequent umzusetzen
- Gewalt und Hass, Ablehnung und Unverständnis gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst weiter zurückdrängen

### Thüringen zu einem Willkommensland gestalten

Thüringen ist seit jeher Einwanderungsland und Zufluchtsstätte. Zuwanderung prägte den Freistaat in der Vergangenheit und spielt auch für die Gegenwart und Zukunft eine große Rolle. An ihren neuen Lebensorten entwickeln zugewanderte Menschen soziale Bezüge und tragen zum gesellschaftlichen Leben bei. Sie gründen Familien, beteiligen sich am politischen Gemeinwesen und am kulturellen Leben. DIE LINKE. Thüringen will den Freistaat zu einem Willkommensland Thüringen gestalten.

Dabei orientieren wir uns am Leitbild einer demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft und setzen auf ein inklusives Thüringen, für all diejenigen, die hier leben möchten.

Unser Anspruch ist es,

- die menschenrechtlichen Mindeststandards bei der Einwanderung wiederherzustellen
- Zugänge zu sozialer Sicherung und gesellschaftlicher Teilhabe zu erleichtern und entsprechende Hürden abzubauen
- dass Legalisierung und Inklusion die Prämissen der Thüringer Einwanderungspolitik sind, und nicht Abschottung und Begrenzung

In diesem Sinne werden wir uns bundespolitisch für eine legale Einwanderung einsetzen, die Menschen nicht nach Nützlichkeit sortiert. Für bereits hier lebende Menschen wollen wir die Möglichkeit eines Spurwechsels. Menschen, die seit 3 Jahren hier als gestattete Asylsuchende oder mit einem ungewissen Duldungsstatus leben, sollen einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten.

Wir werden uns auf Bundesebene für die Aufhebung des eingeschränkten Familiennachzuges und für den Elternnachzug zu mittlerweile volljährig gewordenen Kindern einsetzen. Zur Übernahme der finanziellen Belastung bei Verpflichtungserklärungen wollen wir einen Landesfonds einrichten. Kommunen, die als sogenannte „Solidarity Citys“ bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende aufzunehmen, wollen wir unterstützen.

Dort, wo Menschen leben, arbeiten und ihre sozialen Bezüge aufbauen und zum gesellschaftlichen Leben beitragen, sollen sie die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und einen abgesicherten und dauerhaften Rechtsstatus als Einwanderinnen und Einwanderer besitzen.

### Den humanitären Ansatz in der Flüchtlingspolitik fortsetzen

DIE LINKE. Thüringen will, dass Menschen, die vor Krieg, Hunger und Not flüchten müssen, humanitäre Aufnahme und Möglichkeiten der Integration in unserem Land finden. Sie sollen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus diskriminierungsfrei und menschenwürdig leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- eine Investitionskostenpauschale für die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Wohnungen eingeführt, die Sozialbetreuungspuschale nahezu verdoppelt und die Mindeststandards für Unterkünfte erhöht – zur Verbesserung der Aufnahmebedingungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten
- eine Ehrenamtskoordination beim Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz eingerichtet – zur Unterstützung und Vernetzung ehrenamtlicher Strukturen und zur Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten
- das Thüringer „Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander!“ mit zahlreichen Integrationsangeboten entwickelt und umgesetzt – darunter Sprachkurse wie „Start Deutsch“ für nicht schulpflichtige geflüchtete Menschen, die keinen Zugang zu Integrationskursen haben, und „Start Bildung“ für junge geflüchtete Menschen

Wir wollen den Ansatz einer humanitären Flüchtlingspolitik fortsetzen und hierzu Integrationsangebote von Anfang an und unabhängig des Aufenthaltsstatus unterbreiten.

- Schon mit der Erstaufnahme der Asylsuchenden wollen wir erste Schritte für die Integration in unsere Gesellschaft gehen. Neben der Asylverfahrensberatung wollen wir ein Clearingverfahren etablieren, das die aktuelle Situation der Geflüchteten, berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten und besondere Bedarfe der Menschen erfasst und die Erstellung eines individuellen „Integrationsplanes“ ermöglicht.
- Ein umfassendes Screening besonderer Schutzbedarfe sowie die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Begleitung und Unterstützung besonders schutzbedürftiger Personen sind ebenso Bestandteil eines umfassenden Gewaltschutzkonzeptes wie die Schulung der Beschäftigten und die Einführung eines Beschwerdemanagementsystems für die Bewohnerinnen und Bewohner in der Erstaufnahmeeinrichtung.
- Geflüchtete Menschen sollen in Thüringen ihren Wohnort frei wählen können. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns eine wichtige Voraussetzung, damit sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.
- Dies wollen wir durch eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ermöglichen.
- Grundrechte, wie das der Unverletzlichkeit der Wohnung, werden wir auch in Flüchtlingsunterkünften schützen. Bei der Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten und Maßnahmen zur Unterstützung besonders schutzbedürftiger Personen wollen wir die Kommunen unterstützen.
- Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Volljährige erhalten entsprechend den Bedarfen und Bedürfnissen psychosoziale Beratung und Therapie sowie fachliche Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, auch über das 18. Lebensjahr hinaus. Alterseinschätzung, Unterbringung und Clearingverfahren von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten sollen ausschließlich innerhalb der Jugendhilfe und nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen durch das BAMF stattfinden.

- Die Landkreise und kreisfreien Städte wollen wir bei der Erstellung und Umsetzung von Integrationskonzepten unterstützen. Die Ausländerbehörden werden wir zu Einwanderungsbehörden mit Beratungs- und Bündelungsfunktion der verschiedenen Willkommens- und Integrationsangebote umgestalten. Dazu wollen wir Modellprojekte starten.
- Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau einer qualifizierten, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung und die Sicherstellung bedarfsgerechter Beratungs-, Unterstützungs- und Betreuungsangebote ein. Die Beratungs- und Netzwerkarbeit des Flüchtlingsrats Thüringen e.V. werden wir weiterhin institutionell fördern.
- Zur Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und Arbeit wollen wir ein flächendeckendes qualifiziertes Sprachkursangebot implementieren und die Sprachförderung im Landesprogramm „Start Deutsch“ bis zum Sprachniveau B2 ausbauen. Vollziehbar ausreisepflichtige Personen, deren Ausreise nicht möglich ist (weil etwa ein Abschiebungsverbot besteht), sollen nicht mit Arbeitsverboten von Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden; Anträge auf eine Arbeitserlaubnis müssen zügig bearbeitet werden. Eine landesrechtliche Vorgriffsregelung zur Ermessensduldung werden wir prüfen.
- Jährlich werden wir einen Thüringer Willkommens- und Integrationsgipfel ausrichten, der geflüchtete Menschen, öffentliche und gemeinnützige Organisationen und Initiativen einlädt, die Thüringer Flüchtlingsaufnahme-, Integrations- und Willkommenspolitik mitzugestalten.
- Entscheidungen über aufenthaltsbeendende Maßnahmen abgelehnter Asylsuchender sind über Bundesrecht geregelt. Dennoch gibt es landesrechtliche Möglichkeiten, unverhältnismäßige Härten zu vermeiden. Den bestehenden Ministeriumserlass werden wir weiterentwickeln – wir werden zum Beispiel Kindereinrichtungen, Schulen und Krankenhäuser zu Schutzräumen vor Abschiebung erklären und Erkrankungen oder eine bestehende Schwangerschaft zu Schutzgründen vor Abschiebung.
- Auf Bundesebene werden wir uns für die Wiederherstellung des Grundrechtes auf Asyl und für die Abschaffung diskriminierender Sondergesetze, etwa des Asylbewerberleistungsgesetzes, einsetzen.
- Wir wollen „Thüringen als sicheren Hafen“ ausrufen. Wir werden uns weiterhin der Einstufung sogenannter sicherer Herkunftsländer verweigern und uns für einen umfassenden Winterabschiebestopp in Länder einsetzen, in denen Betroffene nach einer Abschiebung aufgrund klimatischer Verhältnisse und unzureichender Aufnahmebedingungen existenziell bedroht sind.

### **Unsere Demokratie verteidigen und ausbauen**

DIE LINKE. Thüringen setzt sich für eine konsequente und umfassende Demokratisierung ein. Über alle Aktivitäten und Maßnahmen in Gesellschaft und Staat sollen diejenigen Menschen mitbestimmen, die von den Auswirkungen der jeweiligen Entscheidungen betroffen sind. Deshalb geht es sowohl um die Ausweitung des Wahlrechts und den Ausbau der direkten Demokratie (Volksbegehren/Bürgerbegehren) als auch um die Entwicklung einer neuen umfassenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungskultur. Das betrifft auch Schulen und Rundfunkanstalten, Verbraucher- und Nutzerbeiräte bei (öffentlichen) Unternehmen und Zweckverbänden (zum Beispiel Wasserversorgung) und den Umbau der Kommunen in Beteiligungskommunen (Bürgerhaushalte/Beteiligungsbeiräte für kommunale Projekte usw.).

Auf diesem Weg sind wir, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern, wichtige Schritte gegangen und haben:

- die direkte Demokratie in Kommunen ausgebaut. Neu sind zum Beispiel das Ratsbegehren und Bürgerbegehren in den Ortsteilen und zur Abwahl von Bürgermeisterinnen und -meistern und Landrätinnen und -räten. Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Einwohneranträge sind nun in einem eigenen Gesetz geregelt. So müssen zum Beispiel alle Stimmberechtigten vor der Abstimmung entsprechendes Informationsmaterial erhalten. Alle Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune ab 14 Jahren können unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft einen Einwohnerantrag stellen.
- das Beteiligungsalter für Wahlen und Abstimmungen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre abgesenkt. Damit können sich nun auch die Jugendlichen an den demokratischen Prozessen beteiligen.
- mit einer „Beteiligten-Transparenz-Dokumentation“ dafür gesorgt, dass für jede und jeden über eine öffentliche Informationsdatenbank beim Landtag nachvollziehbar wird, welche Organisationen und Personen mit welchen Inhalten und Vorschlägen auf die Landesgesetzgebung Einfluss genommen haben.
- das Abgeordnetengesetz so verändert, dass Thüringer Landtagsabgeordnete mit bestimmten Funktionen, zum Beispiel stellvertretende Fraktionsvorsitzende, keine besonderen Zulagen erhalten und dieses Verbot auch für Zulagen-Zahlungen aus den Fraktionskassen gilt. Für die Thüringer Ministerinnen und Minister haben wir eine gesetzliche Karenzzeit von bis zu 24 Monaten eingeführt, damit sie nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt nicht mehr nahtlos in einen „Lobby-Job“ wechseln können.

Den insgesamt erreichten Fortschritt an mehr Demokratie wollen wir, DIE LINKE. Thüringen, mit folgenden Vorschlägen ausbauen:

- Das Wahlalter für Landtagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden.
- Wir wollen das aktive und passive Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger einführen. Sie sollen sich, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt seit 5 Jahren in Thüringen haben, an den Kommunalwahlen beteiligen können.
- Der Einwohnerantrag für alle Menschen in Thüringen soll unabhängig von der Staatsangehörigkeit auch auf der Landesebene eingeführt werden. Damit soll der Landtag zur Beratung der Anliegen von in Thüringen lebenden Menschen ohne deutschen Pass verpflichtet werden.
- Das „Finanz- und Abgabentabu“ bei Volksbegehren wollen wir abschaffen. Die Menschen in Thüringen sollen auch über die Sachfragen (etwa Kommunalabgaben) mit finanziellen Auswirkungen mitbestimmen können, für die das Land zuständig ist.
- Wir wollen den Gottesbezug aus der Präambel der Thüringer Landesverfassung streichen.
- Wir wollen die Kommunen gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu „Beteiligungskommunen“ weiterentwickeln, in denen auch alternative Beteiligungsmodelle erprobt werden können. Die umfassende und möglichst frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsvorhaben und Großprojekten muss wirksam ausgebaut werden.
- Die sogenannten „Scheinkandidaturen“ von Amtsträgerinnen und -trägern bei Kommunalwahlen wollen wir abschaffen.
- Die Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag sollen weitgehend öffentlich stattfinden.

- Das Gesetz über Untersuchungsausschüsse im Thüringer Landtag wollen wir so verändern, dass es die Rechte der Abgeordneten stärkt, um ein noch wirksameres Aufklärungsinstrument zu schaffen.
- Angeordnete des Thüringer Landtages sollen steuerrechtlich wie alle steuerpflichtigen Berufstätigen behandelt werden und ebenso in gesetzliche Versicherungssysteme einbezogen werden.
- Die Antikorruptionsarbeit wollten wir modernisieren, unter anderem durch die Einführung eines Registers bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

DIE LINKE. Thüringen wird als Teil des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ auch weiterhin eng mit dem Landesverband des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“ zusammenarbeiten, um die Demokratieentwicklung in unserem Land parlamentarisch und außerparlamentarisch voranzutreiben.

Wir wollen einen breiten und öffentlichen Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung und Modernisierung der Thüringer Verfassung initiieren, der unter anderem die Aufnahme einer Antirassismusklausel (Antirassismus als Staatsziel) vorsieht, an dessen Ende ein Volksentscheid über eine Veränderung der Verfassung stehen kann.



## II. Sozial gerecht für Alle

DIE LINKE wurde auch als eine Antwort auf den Sozialabbau der Agenda 2010 gegründet. Hartz IV, Rentenkürzungen und der Ausverkauf des öffentlichen Eigentums brachten viele Menschen in Bewegung und zu einer neuen Partei. Das Soziale wieder stark machen in unserem Land: das war und ist die Aufgabe der LINKEN – und das ist zu Recht Ihre Erwartungshaltung an unsere Politik.

Wir haben mit Ministerin Heike Werner in Thüringen in Regierungsverantwortung gezeigt: Eine Politik der Solidarität kann gelingen. Sie kann das Leben der Menschen besser machen. Wir haben die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Thüringen zusammen mit vielen Engagierten erhalten und ausgebaut. Wir setzen Programme gegen Kinder- und Altersarmut um. Wir unterstützen Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, Pflegekräfte und Pflegebedürftige. Wir stärken das kommunale Eigentum und die Nahversorgung für die Menschen in Thüringen. Wir entlasten Familien. Wir denken unsere Politik von den Bedürfnissen der Menschen in Thüringen her, egal welches Geschlecht, welche Herkunft oder sexuelle Orientierung ein Mensch hat. Wir sichern Krankenhäuser und fördern sozialen Wohnungsbau. Wir sind überzeugt: Nach fünf Jahren Rot-Rot-Grün und einem LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gibt es mehr für die Mehrheit.

Wir wissen aber auch um die Probleme in unserem Land. Viele Menschen fürchten sich vor Armut im Alter. Wir sehen den Leerstand in vielen ländlichen Regionen und die Wohnungsnot in den Städten. Es bleibt ein Skandal, dass gleiche und gleichwertige Arbeit noch immer nicht gleich entlohnt wird, weder zwischen Ost und West noch zwischen Frauen und Männern. Um dem entgegenzuwirken, braucht Thüringen weiterhin eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Das geht nur mit einer Fortsetzung von Rot-Rot-Grün unter Bodo Ramelow als Ihrem Ministerpräsidenten.

Hierfür will DIE LINKE. Thüringen:

### **Ehrenamtliche unterstützen, statt überfordern**

Ehrenamtliches Engagement trägt weite Teile unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Für DIE LINKE. Thüringen steht fest: Jedes Ehrenamt ist wichtig und verdient Dank und Anerkennung. In der Vergangenheit gab es die falsche Entwicklung, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung, gerade im Sozial- und Bildungsbereich, immer weiter zurückzog – das Ehrenamt übernahm vorher bezahlte Tätigkeiten. Eine solche Politik lehnt DIE LINKE. Thüringen ab. Wir wollen die Voraussetzungen für das Ehrenamt verbessern. Wir fördern jedes ehrenamtliche Engagement, das ein demokratisches, vielfältiges, friedliches und solidarisches Miteinander untermauert. Wir möchten Ehrenamtliche gut beraten, unterstützen und ihr Engagement stärken:

- Wir wollen Ehrenamtsbeauftragte mit Lotsenfunktion in den Kommunen etablieren. Vereine und Initiativen brauchen einen übersichtlichen und unbürokratischen Zugang zu Informationen und Fördermitteln.
- Wir wollen neue generationen- und geschlechtergerechte Ansätze in der Ehrenamtsarbeit mittels innovativer Methoden unterstützen und die Thüringer Ehrenamtsstiftung weiterentwickeln.

### **Soziale Infrastruktur sichern, Armut und Ausgrenzung überwinden**

Armut in einem reichen Land wie Deutschland ist eine Schande. Die herrschende Politik des Neoliberalismus hat dafür gesorgt, dass die Reichen immer reicher werden, während sich die Armut in der Bundesrepublik und damit auch in Thüringen strukturell verfestigt. Besonders betroffen sind

hiervon Kinder, deren Familien oder alleinerziehende Eltern, und ältere Menschen, deren Rente nicht zu einem Leben in Würde reicht. Die Landespolitik kann gegen diese Entwicklung nur begrenzt wirken. Dennoch hat die rot-rot-grüne Landesregierung viel daran gesetzt, eine leistungsfähige soziale Infrastruktur zu sichern, um Armut und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Hierzu haben wir:

- in den Bundesrat Initiativen zur Armutsbekämpfung und zum gesetzlichen Krankenschutz eingebracht
- ein neues Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ mit einem Volumen von 10 Millionen Euro pro Jahr eingeführt – damit können kommunale Projekte der Jugend-, Bildungs-, Gesundheits-, Pflege- und Sozialpolitik im Rahmen einer integrierten Sozialpolitik gut aufeinander abgestimmt werden und besser für den sozialen Zusammenhalt wirken
- aufeinander aufbauende Förderprogramme für in Not geratene Menschen in Thüringen eingeführt, die schrittweise zurück in ein existenzsicherndes Leben führen; mit der Richtlinie zur Armutsprävention hat Rot-Rot-Grün den Thüringer Kommunen erstmalig 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt

DIE LINKE. Thüringen wird Armut in unserer Gesellschaft auch künftig entschieden bekämpfen. Wir setzen uns insbesondere für die folgenden Schwerpunkte ein:

- das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ von jetzt 10 auf 20 Millionen Euro jährlich aufstocken
- kommunale Sozialraumplanung voranbringen
- Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie Familien- und Frauenzentren ausfinanzieren und fortführen
- Angebote schaffen zur Unterstützung von Familien vor Ort im städtischen und im ländlichen Bereich – orientiert an den konkreten Bedarfen der unterstützten Familien, generationenübergreifend, das erhöhte Armutsrisiko von Frauen berücksichtigend
- im Bundesrat für eine Überwindung des Hartz IV-Systems eintreten sowie für eine echte Kindergrundsicherung und deutliche Besserstellungen für Rentnerinnen und Rentner

### **Kinderarmut bekämpfen**

Jedes fünfte Kind in Deutschland erlebt Armut täglich und unmittelbar. Materielle Armut ist der zentrale Risikofaktor für ein gutes Aufwachsen. Sie wirkt sich entscheidend auf die Zukunfts- und Bildungschancen aus. Kinder aus armen Verhältnissen sind sozial isoliert, gesundheitlich beeinträchtigt und in ihrer ganzen Bildungsbiografie deutlich belasteter als Kinder in gesicherten Einkommensverhältnissen. Für diese Kinder werden die von der UN-Kinderrechtskonvention zugesicherten Rechte auf soziale Sicherheit und angemessene Lebensbedingungen derzeit nicht eingehalten.

DIE LINKE. Thüringen findet sich mit dieser Situation nicht ab. Jedes Kind ist uns gleichviel wert. Da die Armut der Eltern die Ursache von Kinder- und Jugendarmut ist, haben wir und unsere Koalitionspartner

- mit unseren sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen versucht, die Einkommenssituation der Eltern zu verbessern

- durch den Erhalt und den Ausbau einer leistungsfähigen und bedarfsgerechten Sozialinfrastruktur versucht, die sozial Benachteiligten in unserer Gesellschaft besser zu unterstützen
- mit unseren kultur- und bildungspolitischen Initiativen versucht, auch den sozial benachteiligten Kindern in Thüringen den Zugang zu Kultur, Bildung und Ausbildung zu eröffnen

Wir sind uns bewusst, dass diese Maßnahmen auch in Thüringen nur begrenzt wirken und nicht ausreichen. Zur wirksamen Bekämpfung der Kinderarmut braucht es einen grundlegenden Richtungswechsel auf der bundespolitischen Ebene hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Dafür wird sich DIE LINKE. Thüringen weiterhin einsetzen. Zur wirksamen Bekämpfung der Kinderarmut fordern wir als erste Maßnahmen:

- Einführung einer Kindergrundsicherung für Kinder
- keine Anrechnung des Kindergeldes auf den Unterhaltsvorschuss oder die SGB II-Leistungen und keine Hartz-IV-Sanktionen mindestens gegenüber Familien mit minderjährigen Kindern
- Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Kindergarten-, Kita- und Schulesen von 19 Prozent auf 7 Prozent und Abschaffung des Mehrwertsteuersatzes auf Obst und Gemüse

### Kinder und Jugendliche in Thüringen stärken

Kinder und Jugendliche benötigen Unterstützung und die Anerkennung unserer Gesellschaft. Sie müssen ihr Leben selbstbestimmt und selbstwirksam gestalten können. Kinder- und Jugendpolitik ist ein eigenständiges Politikfeld, das in allen Themenbereichen beachtet werden muss. Nur so können die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigt werden. Nur so kann ihnen ein Mitsprache- und Mitwirkungsrecht eingeräumt werden. Deshalb hat Rot-Rot-Grün:

- die Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit gestärkt und bedarfsgerecht ausgestattet – die örtliche Jugendförderung wurde von 11 auf 15 Millionen Euro erhöht und gesetzlich festgeschrieben
- die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte junger Menschen verbessert. Zu den Kommunalwahlen dürfen junge Menschen ab 16 Jahren wählen. Kinder und Jugendliche haben mehr altersgerechte Mitsprache- und Beschwerderechte in Kindergarten und Schule erhalten. Junge Menschen sind nun eingeladen, ihr persönliches Lebensumfeld über die Beteiligung bei den Jugendhilfeausschüssen und der Jugendhilfeplanung mitzugestalten.
- einen Bericht der Landesregierung über die Lebenslagen junger Menschen in Thüringen angeregt, den es künftig alle fünf Jahre geben wird
- mit einem Jugend-Check die Auswirkungen von Gesetzen auf junge Menschen in Thüringen überprüft

DIE LINKE. Thüringen nimmt Kinder und Jugendliche als Partnerinnen und Partner bei allen sie betreffenden Entscheidungen ernst. Wir werden auch zukünftig die erforderlichen strukturellen Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Kinder- und Jugendarbeit sichern und ausbauen. Wir wollen Kindern und Jugendlichen eine wirkliche Teilhabe an demokratischen Prozessen sichern, die sie betreffen, damit sie sie für ihr ganzes Leben schätzen lernen. Hierfür will DIE LINKE. Thüringen:

- die Jugendsozialarbeit langfristig in Stadt und Land sichern

- wohnortnahe Freiräume und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche unterstützen, darunter selbstverwaltete Zentren
- die UN-Kinderrechte in die Thüringer Verfassung verankern und Initiativen unterstützen, die für deren Aufnahmen in das Grundgesetz eintreten
- Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Thüringer Kommunalordnung gesetzlich verpflichtend festschreiben
- die Jugendforschung in Thüringen stärken, um jugendpolitische Entscheidungen besser untersetzen zu können
- einen Landesbeteiligungsrat zur Selbstvertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen
- eine Ombudsstelle der Kinder- und Jugendhilfe einrichten – nach dem durch die LIGA der freien Wohlfahrtspflege und den Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V. 2018 vorgelegten Konzept
- den Ausbau und Neubau von Jugendhäusern, -zentren und -klubs hinsichtlich Barrierefreiheit vorantreiben und fördern, um auch Kindern und Jugendlichen mit körperlichen Beeinträchtigungen Teilhabe zu ermöglichen
- eine Stelle einer/eines Kinderbeauftragten als Interessenvertretung und Initiator\*in von Beteiligungsprozessen einrichten – der/die Kinderbeauftragte soll Entscheidungsgremien für die Belange von Kindern und Jugendlichen sensibilisieren und sich für ihre Interessen stark machen

### Für eine Politik, die Menschen nicht behindert

DIE LINKE. Thüringen setzt sich dafür ein, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vollständig umzusetzen. Wir wollen Schritt für Schritt Inklusion, umfassende Barrierefreiheit sowie volle Teilhabe in allen Lebensbereichen erreichen. Menschen mit und ohne Behinderungen müssen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und politisch mitbestimmen dürfen. Wir haben deshalb gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- den Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft und weiterentwickelt
- mit einem erhöhten Landesblindengeld und dem neu eingeführten Taubblinden- und Gehörlosengeld die Nachteilsausgleiche für sinnesbehinderte Menschen verbessert

Noch im Jahr 2019 wird Rot-Rot-Grün ein neues Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung beschließen – damit sollen die bestehenden Ausschlüsse von Menschen mit Behinderungen bei Wahlen weitgehend abgeschafft und ihre Selbstvertretung gestärkt werden.

Diese Politik will DIE LINKE. Thüringen mit und für Menschen mit Behinderung fortsetzen. Inklusion ist ein fortwährender Auftrag an uns. Hierzu werden wir:

- auf einfache Sprache und die Barrierefreiheit unserer LINKEN Angebote achten
- den fortgeschriebenen Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorantreiben
- die Nachteilsausgleiche der sinnesbehinderten Menschen in ihrer Höhe anpassen, weitere Nachteilsausgleiche prüfen und uns dafür einsetzen, diese bundesweit einheitlich auf hohem Niveau festzusetzen

- uns im Bundesrat für einen Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen einsetzen – ebenso für eine Nachbesserung des Bundesteilhabegesetzes; wir wollen, dass Unternehmen, die gemessen an ihrer Größe zu wenige Menschen mit Behinderung beschäftigen, eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen
- die Thüringer Beauftragte bzw. den Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen stärken

### **Aktive Seniorinnen und Senioren für Thüringen**

DIE LINKE. Thüringen steht für ein positives Bild des Alters und Alterns. Ältere Menschen zeigen hohes gesellschaftliches Engagement und erwarten zu Recht, als aktive Bürgerinnen und Bürger angesprochen zu werden. Wir wollen die Verdienste von Seniorinnen und Senioren für unser Zusammenleben würdigen und den großen persönlichen Einsatz vieler fördern. Alter ist zugleich ein Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnismöglichkeiten, den es zu berücksichtigen gilt. In diesem Sinne hat die rot-rot-grüne Koalition in den vergangenen Jahren gewirkt:

- Wir haben Modellprojekte der Seniorinnen- und Seniorenarbeit aufgebaut und gefördert, die einen guten Ausgangspunkt für weitere Vorhaben bieten. Wir unterstützen auch Projekte der Selbstorganisation, etwa Strukturen zur gegenseitigen Unterstützung Älterer und Seniorinnen- und Senioren-WGs.

Durch neue Regelungen im Seniorenmitbestimmungsgesetz werden noch im Jahr 2019 bessere Bedingungen für die Beteiligung und Unterstützung des Zusammenlebens der Generationen in Thüringen geschaffen. Wir werden unter anderem die kommunalen Seniorenbeiräte und -beauftragten sowie den Landesseniorenrat stärken.

DIE LINKE. Thüringen tritt dafür ein, dass auch zukünftig der Zugang zur Gesundheitsversorgung, zur Sozialstruktur und zu vielfältigen Angeboten aktiver Teilhabe in Stadt und Land für ältere Menschen gesichert ist. Deshalb wollen wir:

- einen Thüringer Generationenbericht der Landesregierung, der altersübergreifende Anforderungen und Voraussetzungen für ein gelingendes Zusammenleben erkundet (Zusammenführung des Familien- und Seniorenberichts)
- dass Seniorinnen und Senioren stärker in ihrer positiven gesellschaftlichen Rolle wahrgenommen werden
- ein Förderprogramm für gutes Älterwerden im vertrauten Wohnumfeld – mit einer Kombination von barrierefreien und generationenübergreifenden Wohn- und Betreuungsformen, Seniorengenossenschaften und weiteren altersunterstützenden Angeboten
- vermehrt sozialen Wohnungsbau vorantreiben, um das Mietniveau auch für Ältere bezahlbar zu halten

### **Familien in ihrer ganzen Vielfalt unterstützen**

DIE LINKE. Thüringen vertritt ein vielfältiges Familienbild: Alle Partnerschaften haben ihren gleichberechtigten Platz, in denen Menschen aus Liebe füreinander und gegebenenfalls auch für Kinder und die eigenen Eltern Verantwortung übernehmen. Unsere Familienpolitik orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und behandelt alle Familienformen und Generationen gleichberechtigt. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern unter anderem

für ein flächendeckendes, hochwertiges und gebührenfreies Angebot in der Kinderbetreuung eingesetzt. Konkret hat die rot-rot-grüne Koalition folgende Maßnahmen ergriffen:

- Wir haben das als Thüringer „Herdprämie“ bekannte Landeserziehungsgeld der CDU abgeschafft.
- Unter Rot-Rot-Grün wurde die soziale Infrastruktur für Familien erhalten und ausgebaut. Unternehmen haben wir bei der Einführung familienfreundlicher Arbeitsplätze und -zeiten unterstützt.
- Wir haben bereits ein beitragsfreies Kindergartenjahr geschaffen und werden 2020 ein zweites Jahr beitragsfrei stellen. Das entlastet Familien im Durchschnitt um 3.000 Euro pro Kind. Gleichzeitig haben wir die Qualität der Betreuung verbessert. Die Kosten werden den Kommunen und freien Trägern vollständig aus dem Landeshaushalt erstattet.
- Wir haben die Familienförderung neu aufgestellt und die Thüringer Allianz für Familie und Beruf neu ausgerichtet.

Die Stärkung und Unterstützung der Familien bleibt auch künftig ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Deshalb will DIE LINKE. Thüringen:

- mindestens ein drittes beitragsfreies Kindergartenjahr erreichen. Mittelfristig wollen wir die komplette Gebührenfreiheit frühkindlicher Bildung.
- einen landesweiten Familienpass, damit Thüringer Familien gemeinsam und kostengünstig unsere kulturellen Schätze entdecken können. Der Familienpass wird die Vielfalt von Familienformen respektieren.
- die besonderen Lebenslagen und Herausforderungen von Alleinerziehenden, Regenbogenfamilien und Mehrkindfamilien bei der Familienförderung noch besser berücksichtigen. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Familien in Stadt und Land.
- die Bildung eines Thüringer Familienrates unterstützen. Gemeinsam mit den familienpolitischen Akteurinnen und Akteuren wollen wir einen Förderplan für Familien entwickeln.
- die familiäre Sorge- und Pflegearbeit begleiten. Wir wollen deren gerechtere Verteilung zwischen den Geschlechtern fördern.
- jedwede Form von innerfamiliärer und häuslicher Gewalt bekämpfen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen genießt eine besondere Priorität. Wir wollen die Zusammenarbeit von Polizei, Jugendhilfe und Schutzeinrichtungen noch besser koordinieren und stärken. Dazu überarbeiten wir den Maßnahmenplan gegen häusliche Gewalt.

### **Frauen und Mädchen: gleiche Rechte, gleiche Chancen**

Obwohl geschlechterpolitische Themen gegenwärtig stärker in der Öffentlichkeit diskutiert werden, führen frauenpolitische und feministische Initiativen vor allem Abwehrkämpfe.

Frauen müssen mehr Zeit und Arbeit investieren, um vergleichbare Positionen sowie Gehälter wie die ihrer Kollegen zu erlangen.

Sie werden oft schlechter entlohnt und haben zusätzlich den Großteil der Sorgearbeit zu leisten, Frauen erfahren immer noch sexualisierte Übergriffe und Gewalt durch Männer, sei es in der Beziehung, im öffentlichen Raum oder am Arbeitsplatz. Mädchen werden trotz der negativen gesundheitlichen Folgen mit unrealistischen Körperbildern konfrontiert und in stereotype Rollenbilder, auch in der beruflichen Orientierung, gedrängt.

Es ist endlich an der Zeit, dass Frauen und Mädchen eine spürbare Verbesserung in ihrer körperlichen sowie rechtlichen Selbstbestimmung erfahren und endlich ökonomisch gleichgestellt sind.

DIE LINKE. Thüringen will, dass Frauen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben ohne Einschränkung teilhaben können. Sie müssen selbstbestimmt und gefahrlos über ihr Leben und ihren Körper entscheiden können. DIE LINKE. Thüringen streitet gegen Sexismus und für Geschlechtergerechtigkeit. Wir unterstützen frauenpolitische und feministische Initiativen in dieser Auseinandersetzung.

Wir haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die Situation von Frauen und Mädchen in Thüringen mit den folgenden Projekten verbessert:

- Im Bundesrat hat die Thüringer Landesregierung unter anderem für die Streichung des sogenannten Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche gestimmt. Dieses behindert Frauenärztinnen und -ärzte dabei, ungewollt Schwangere zu informieren, und schränkt die betroffenen Frauen in ihrer Selbstbestimmung ein.
- Frauenhäuser, Frauenschutzwohnungen und Interventionsstellen wurden mit Landesmitteln gesichert und um eine Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt ergänzt.
- Der Landesfrauenrat Thüringen wurde durch eine verlässliche Finanzierung gestärkt.
- Eine vertrauliche Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt wurde ermöglicht.

Die genannten Punkte werden auch weiterhin Bestandteil unserer geschlechterpolitischen Arbeit sein. Wir werden bestehende Strukturen finanziell sichern und weiter ausbauen. Darüber hinaus will DIE LINKE. Thüringen:

- das Thüringer Gleichstellungsgesetz novellieren – mit Blick auf verbindliche Handlungsmöglichkeiten für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen und Land sowie verpflichtende Anforderungen an die Verwaltungen
- eine personelle Aufwertung der Frauenpolitik in einer Abteilungsstruktur im zuständigen Ministerium anstreben
- ein Paritätsgesetz für Wahlen in Thüringen, das Parität auf kommunaler und Landesebene herstellt – dafür braucht es auch eine Lösung für die paritätische Besetzung der Landtagswahlkreise
- den Gewaltschutz für Frauen und Mädchen gemäß internationaler Vorgaben (Istanbul-Konvention) ausbauen mit besonderem Blick auf die Herstellung von Barrierefreiheit. Hierfür wollen wir die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen und nachhaltige Strukturen aufbauen. Dafür ist es aus unserer Sicht notwendig, die bestehende Fördersystematik zu überarbeiten und gänzlich in die Finanzierungsstruktur des Landes zu überführen. Zudem muss der Maßnahmeplan gegen häusliche Gewalt weiterentwickelt werden.
- eine Fachberatungsstelle für Sexarbeiterinnen und -arbeiter und Betroffene von Zwangsprostitution, um sie zu schützen und zu stärken – wir wählen damit bewusst einen Weg, der auf die Selbstbestimmung von Sexarbeiterinnen und -arbeitern setzt
- das Angebot und die Bedarfe für wohnortnahe Schwangerschaftsabbrüche umfassend evaluieren, um Lücken in der Versorgung zu schließen. DIE LINKE. Thüringen wird sich auch weiter für die Streichung des §219a und §218 StGB einsetzen und für Informationsfreiheit und Selbstbestimmung von Schwangeren eintreten.

- im Landeshaushalt ein „Genderbudgeting“ einführen – das heißt Überprüfung aller Haushaltsentscheidungen bezüglich ihrer Auswirkung auf die Geschlechter
- sich dafür engagieren, dass der Mehrwertsteuersatz für Monatshygieneartikel für die Menstruation auf 7 Prozent gesenkt wird
- sich dafür einsetzen, dass auf öffentlichen Toiletten Tampons und Binden kostenfrei zur Verfügung gestellt werden

### Die Gleichstellung aller Lebensweisen umsetzen

DIE LINKE. Thüringen steht für die Akzeptanz und Anerkennung vielfältiger Lebensweisen, geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen ein. Wir wollen dazu beitragen, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans\*- und Intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ\*) selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können. Hier haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern wichtige Impulse gesetzt.

- Mit dem Landesprogramm „Akzeptanz und Vielfalt“ haben wir die Gleichstellungspolitik in Thüringen um die Perspektiven von LSBTTIQ\* ergänzt. Wir unterstützen mit einer Koordinierungsstelle die Vernetzung und Aufklärungsarbeit über die Vielfalt der Geschlechter, sexuelle Orientierungen und unterschiedliche Lebensweisen.
- Im Bundesrat unterstützte die rot-rot-grüne Landesregierung viele Anliegen im Sinne des Gleichbehandlungsgebots, etwa die Ausweitung des Adoptionsrechts oder die Beendigung von diskriminierenden Bestimmungen bei der Blutspende. Unsere Bundesratsinitiative zur Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare wurde zur Grundlage der Öffnung der Ehe durch den Bundestag.
- DIE LINKE. Thüringen unterstützt und begleitet jedes Jahr aktiv die Christopher Street Days (CSD) in Thüringen. Die Thüringer Staatskanzlei lädt unter Rot-Rot-Grün jedes Jahr den CSD Erfurt zum Empfang in seine Räumlichkeiten ein. Unser Ministerpräsident Bodo Ramelow setzt mit dem Hissen der Regenbogenfahne ein Zeichen für Akzeptanz und Vielfalt.

Damit haben wir bereits viel bewegt. Wir geben Menschen Hoffnung und Unterstützung, die immer wieder Anfeindungen ausgesetzt sind, weil sie vermeintlich anders leben oder lieben. Hieran will DIE LINKE. Thüringen anknüpfen:

- Das Landesprogramm „Akzeptanz und Vielfalt“ wird verstetigt. Damit die im Landesprogramm enthaltenen Maßnahmen volle Umsetzung erfahren können, wird das Landesprogramm besser finanziell ausgestattet und die Koordinierungsstelle ausgebaut.
- Wir unterstützen die Forderung der Änderung des Abstammungsrechtes. Es soll eine automatische Anerkennung der Gebärenden und ihrer Partnerin als rechtliche Eltern des Kindes von dessen Geburt an erfolgen.
- Wir setzen uns für eine geschlechtsneutrale Sprache bzw. für eine die Vielfalt der Geschlechter widerspiegelnde Sprache in der öffentlichen Verwaltung ein.
- Wir fordern die flächendeckende Schaffung queerer Begegnungsorte und die Etablierung von psychosozialer, spezialisierter Beratung für queere/LGBTIQ\*-Jugendliche.
- Wir wollen ein Gewaltschutzkonzept für LSBTTIQ\*-Geflüchtete umsetzen.
- Wir werden weiterhin zusammen mit den Menschen der LSBTTIQ\*-Bewegung auf allen Ebenen für Gleichbehandlung und -stellung streiten.



## Die medizinische Versorgung in der Fläche sichern

Gesundheitsvorsorge und medizinische Betreuung bei Krankheit müssen allen Menschen zugänglich sein. Deshalb plädiert DIE LINKE für eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle und eine Vollversicherung im Bereich der Pflege. DIE LINKE. Thüringen will eine bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung im ambulanten sowie stationären Bereich sicherstellen. Dazu gehören angemessene Wartezeiten bei Ärztinnen und Ärzten einschließlich einer guten Notfallversorgung, ausreichende Kapazitäten in der Pflege und Psychotherapie. Wir setzen uns dafür ein, dass Patientinnen und Patienten noch besser vertreten werden. Wir beachten die besonderen gesundheitlichen Herausforderungen, vor denen Frauen stehen. Wir fördern die Thüringer Kurorte.

Deshalb haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- alle Krankenhäuser in Thüringen und deren Finanzierung gesichert und im Vergleich zur Vorgängerregierung die Investitionen in Krankenhäuser um 50 Prozent erhöht
- mit einer Facharztquote in den Thüringer Krankenhäusern die Behandlungsqualität der Patientinnen und Patienten erhöht
- für die Kurklinik und das Badehaus in Masserberg Vorschläge zur Wiederbelebung erarbeitet und der kommunalen Seite die notwendige Unterstützung zugesagt
- die Finanzierung der Kurorte verbessert, um sie für ihre überregionalen Aufgaben angemessen auszustatten
- die Hospiz- und Palliativarbeit finanziell besser gestellt und Mittel für eine Koordinierungs- und Beratungsstelle bereitgestellt
- Gesundheit als Menschenrecht gestärkt, Bürokratie reduziert und eine diskriminierungsfreie medizinische Versorgung ermöglicht – zum Beispiel mit der Thüringer Gesundheitskarte für Geflüchtete, dem Ausbau der psychosozialen Betreuung und der Sicherstellung der medizinischen Versorgung für Menschen ohne Papiere
- mit der Landesgesundheitskonferenz das gemeinsame Handeln im Bereich der Gesundheitsförderung auf eine solide Basis gestellt, alle Akteurinnen und Akteure der Prävention und Gesundheitsförderung vernetzt, um die Ziele der Konferenz gemeinsam und verbindlich umzusetzen
- das Förderprogramm zur Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum finanziell verstärkt und um die Förderung von Barrierefreiheit ergänzt
- die Initiativen zum Aufbau flächendeckender telemedizinischer Anwendungen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung gefördert, insbesondere im ländlichen Raum und für chronisch Erkrankte
- die Kommunen bei der Sicherstellung des öffentlichen Gesundheitsdienstes unterstützt – durch Zulagen und Verbesserung der Möglichkeiten zur Weiterbildung

An diese Fortschritte will DIE LINKE. Thüringen zukünftig anknüpfen. Deshalb wollen wir:

- Thüringer Krankenhäuser bei der Weiterentwicklung unterstützen, um qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen. Wir nutzen die positiven Erfahrungen der Facharztquote und verbessern durch Qualitätskriterien die Strukturqualität in den Krankenhäusern.
- Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft als Unternehmen unterstützen, die allein dem Gemeinwohl verpflichtet sind und diese ermuntern, durch interkommunale Zusammenarbeit die Standorte zu stärken und eine gute sektorenübergreifende Versorgung zu sichern

- die Zahl der Studienplätze für ein Medizinstudium erhöhen, die hohen Zulassungsbeschränkungen lockern und den Einstieg in das Studium für medizinisch vorgebildete Menschen verbessern
- für eine bessere medizinische Versorgung des ländlichen Raumes gemeinsame Niederlassungen von Ärztinnen und Ärzten befördern und auch alternative Formen wie Genossenschaften nutzen
- die Thüringer Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung ausbauen und stärken, um Ärztinnen und Ärzte, die ihr praktisches Jahr im ländlichen Raum und in einer allgemeinmedizinischen Praxis absolvieren möchten, gezielt zu fördern
- die Bedarfsplanung an Kassenärztinnen und -ärzten an den realen Verhältnissen ausrichten
- die Voraussetzungen für Telemedizin verbessern und dabei unter anderem die Fragen der Datensicherheit im Sinne der Patientinnen und Patienten klären
- den öffentlichen Gesundheitsdienst gesetzlich stärken und die Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinweg befördern
- die medizinische Versorgung älterer Menschen (Geriatric) stärker in den Blick nehmen und den Aufbau geriatrischer Versorgungsnetzwerke unterstützen
- das Thema Frauengesundheit in den Landesgesundheitszielen verankern
- für alle Frauen die vollständige Kostenübernahme für hormonelle wie hormonfreie Verhütungsmittel durch die Krankenkassen erreichen; hierzu wollen wir im Bundesrat aktiv werden
- mit der Fortführung der Gesundheitskarte und des „anonymen Krankenscheins“ die uneingeschränkte medizinische Versorgung geflüchteter Menschen fortführen und den Ausbau der psychosozialen und therapeutischen Versorgung sicherstellen sowie die Übernahme von Übersetzungsleistungen für die medizinische Versorgung als Sozialleistung sichern
- die künftige Entwicklung des Maßregelvollzugs in Thüringen begleiten und daran festhalten, die Privatisierung endgültig rückgängig zu machen
- alle Apotheken erhalten, besonders im ländlichen Raum, und die Studienplätze im Fachbereich Pharmazie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena erhöhen
- mit dem 4. Psychatriebericht der Thüringer Landesregierung neue Ansätze und Verbesserungen erarbeiten
- uns im Bundesrat erneut für die Einführung einer solidarischen gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung einsetzen, in die neben abhängig Beschäftigten auch Beamtinnen und Beamte, Freiberuflerinnen und -berufler, Selbstständige und Abgeordnete verpflichtend einbezogen sind

#### **Hebammen und Geburtshelfer: für die Kleinsten nur die Besten**

Während der Schwangerschaft, bei der Geburt und oft auch in den ersten Monaten danach vertrauen junge Eltern auf die Unterstützung von Hebammen und Geburtshelfern. Sie sind eine entscheidende Stütze für werdende Eltern. So schön es ist, kleine Menschen auf ihrem Weg auf die Welt zu begleiten, so anspruchsvoll und teils schwierig ist die Situation für viele Hebammen und Geburtshelfer in Deutschland. Rot-Rot-Grün hat deshalb wichtige Schritte für verbesserte Bedingungen des Berufs eingeleitet:

- Die rot-rot-grüne Landesregierung hat einen Runden Tisch Geburt und Familie initiiert, um für eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung und gute Arbeitsbedingungen für Hebammen und Geburtshelfer zu sorgen.
- Es ist uns gelungen, die Ausbildungszahlen bei Hebammen und Geburtshelfern sowohl auf dem berufsbildenden als auch akademischen Pfad zu erhöhen. Auch Fortbildungen unterstützen wir finanziell besser.
- Die Thüringer Onlineplattform zur Hebammenvermittlung wurde eingerichtet. Das Thüringer Sozialministerium fördert die Plattform in vollem Umfang.

Mit dem Erreichten konnten wir die Situation von Hebammen, Geburtshelfern und werdenden Müttern bereits deutlich verbessern. Wir streben als DIE LINKE. Thüringen in den kommenden Jahren weitere Fortschritte an:

- DIE LINKE. Thüringen bekennt sich zur freien Wahl, wo und wie Schwangere ihr Kind zur Welt bringen möchten.
- Wir werden die Ergebnisse des Runden Tisches weiter umsetzen. Insbesondere familienbegleitende Maßnahmen und leicht zugängliche Informations- und Beratungsangebote zu Hebammenleistungen müssen dauerhaft mit Landesmitteln unterstützt werden.
- Wir werben dafür, den Ausbildungsweg für Hebammen und Geburtshelfer über das Angebot der Ernst-Abbe-Hochschule Jena weiter auszubauen, ohne dabei die Möglichkeiten der dreijährigen Berufsausbildung einzuschränken.

#### **Prävention statt Kriminalisierung: für eine zeitgemäße Drogen- und Suchtpolitik**

DIE LINKE. Thüringen will den Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen Rauschmitteln und Suchtgefährdungen eindämmen. Wir stehen für eine gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz ermöglichen und Menschen in Abhängigkeit aus ihrer Sucht begleiten. Damit einher geht für uns die Legalisierung von Cannabis, die kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen an Menschen mit Abhängigkeit und die Möglichkeit, Drogen zum Eigenbedarf auf Verunreinigungen prüfen zu lassen. Gleichzeitig muss sich Thüringen verstärkt den gesellschaftlichen Folgewirkungen von Drogenmissbrauch stellen, insbesondere angesichts des starken und weiter zunehmenden Crystal Meth-Konsums. Auch weitere Suchtphänomene müssen im Auge behalten werden. In diesem Sinne haben wir im Rahmen der rot-rot-grünen Koalition bisher folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Mit einem Pilotprojekt zum Testen auf gefährliche Verunreinigungen von Drogen („Drug-Checking“) haben wir den Verbraucher- und Gesundheitsschutz gestärkt.
- Rot-Rot-Grün hat die Verfügbarkeit von Glücksspiel mit Abstandsgeboten zu weiteren Glücksspielanbietern, Kindereinrichtungen und Banken beschränkt und Schließzeiten für Glückspielautomaten erweitert.
- Die rot-rot-grüne Landesregierung hat mit einem Leitfaden die Beratungs- und Hilfestrukturen im Schwerpunktbereich Crystal Meth vernetzt.
- Unsere Landesregierung hat sich auf Landes- und Bundesebene dafür eingesetzt, dass Maßnahmen für suchtkranke Familien besser aufeinander abgestimmt und durch die Sozialversicherungen finanziert werden. Die besonderen Bedarfe von Kindern suchtkranker Eltern haben wir hierbei ins Zentrum gerückt.

- Wir haben auf Landesebene Angebote für Familien mit einer Abhängigkeitsproblematik ausgebaut.
- Wir haben die Menge von Cannabis für den Eigenverbrauch, bis zu der Strafverfahren gegen Konsumentinnen und Konsumenten durch die Staatsanwaltschaft in Thüringen eingestellt werden können, auf zehn Gramm angehoben.

Thüringen braucht vielfältige Unterstützungsstrukturen für Suchterkrankungen. Diese müssen um eine gute wissenschaftliche Begleitung ergänzt werden, um passgenaue Hilfen anzubieten.

Außerdem planen wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Wir setzen uns sowohl für ein bundesweites Werbeverbot für Alkohol und Tabakprodukte als auch für Glücksspiel ein.
- Wir wollen die Öffentlichkeit stärker für die Bedarfe von Kindern suchtkranker Eltern sensibilisieren.
- Das Pilotprojekt zum Drug-Checking soll ausgebaut werden.
- Wir wollen Angebote der Suchtprävention ausbauen, insbesondere die Beratungs- und Vernetzungsangebote zum Thema Crystal Meth.
- Die psychosoziale Betreuung muss gestärkt werden, insbesondere von Schwangeren mit Abhängigkeitsproblematik und Schwerstabhängigen.
- Um Suchtabhängigen Teilhabe und eine Integration in die Arbeitswelt zu ermöglichen, wollen wir die Substitutionsbehandlung flächendeckend ermöglichen.
- Auf Bundesebene wollen wir darauf hinwirken, dass durch eine Veränderung der Glücksspielverordnung die Suchtrisiken weiter eingedämmt werden.
- DIE LINKE. Thüringen tritt für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Thüringen ein.
- Wir werden uns weiterhin für die Entkriminalisierung des Drogenkonsums, die Legalisierung von Cannabis und für die kontrollierte Abgabe ‚harter‘ Drogen an Abhängige einsetzen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, sachlichen und wertfreien Präventivunterricht an Schulen anzubieten, der nicht durch die Polizei, sondern durch geschulte Sozialarbeiterinnen und -arbeiter erfolgt.

### III. Sozial-ökologischer Aufbruch durch nachhaltiges Wirtschaften

Thüringen kann nach fünf Jahren rot-rot-grüner Landesregierung mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident auf einen wirtschaftlichen Aufschwung zurückschauen: stabile Wachstumsraten, steigende Exportzahlen, die geringste Arbeitslosenrate seit 1991. DIE LINKE. Thüringen weiß: Das ist nicht zuerst ein Verdienst der Politik, sondern ein Verdienst der Thüringer Erwerbstätigen. Sie haben – trotz der Auswirkungen von Treuhand, Agenda 2010 und CDU-Niedriglohnpolitik – mit ihrer Arbeit unser Land vorangebracht. Dank der Thüringer Erwerbstätigen hat sich die Situation an vielen Stellen umgekehrt. Die Löhne steigen schneller als im Bundesdurchschnitt, wenn auch noch immer zu langsam. Viele Menschen kehren nach Thüringen zurück. Hunderte Ausbildungsplätze sind unbesetzt, Fachkräfte werden in vielen Bereichen gesucht.

Wollen wir das Erreichte sichern und weiter ausbauen, müssen wir jedem Menschen in Thüringen die diskriminierungsfreie Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen. Gleichzeitig benötigt Thüringen bis 2030 344.000 neue Fachkräfte. Gute Arbeit ist der entscheidende Schlüssel zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand. Gute Arbeit heißt für uns: mehr tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen, sichere Arbeitsverhältnisse und eine Arbeitswelt, die sich nach den Bedürfnissen der Arbeitenden richtet (nicht nach Profitstreben) und jedem Menschen die Chance bietet, sich weiterzubilden und zu qualifizieren.

Rot-Rot-Grün mit unserem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow hat die Politik der niedrigen Löhne beendet und für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Thüringen gewirkt. Wir fördern das Wachstum unserer Unternehmen, unterstützen ihre Vernetzung lokal und global, helfen bei der Nachfolgeregelung und der Unternehmensgründung. Wir unterstützen die Thüringer Kommunen beim nachhaltigen Wirtschaften.

Doch der positive Trend ist uns nicht genug. Wir wollen mit den Thüringer Erwerbstätigen und vielen Bündnispartnerinnen und -partnern einen sozial-ökologischen Aufbruch erreichen. Das heißt für uns: so zu leben, dass kein Raubbau an den natürlichen Grundlagen unseres Lebens und der nachfolgenden Generationen betrieben und gleichzeitig kein Mensch ausgegrenzt wird. Eine nachhaltige Perspektive muss deshalb fernab des Kapitalismus gesucht werden. Wir plädieren für eine grundlegende Debatte über die Gestaltung der Arbeitswelt, über eine moderne Industriepolitik und die Sicherung sozialer Dienstleistungen in einer sich wandelnden Gesellschaft.

Wir vertrauen darauf, gemeinsam mit den Thüringer Erwerbstätigen weiter an einer guten Zukunft für unser Land zu bauen.

Deshalb wollen DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow:

#### **Gute Arbeit für Alle**

Die positive wirtschaftliche Dynamik, die geringe Erwerbslosigkeit sowie die demografische Entwicklung bieten die Chance und Notwendigkeit, die Zeiten des Niedriglohnlandes Thüringen endgültig hinter uns zu lassen. Dies ist in erster Linie Aufgabe der Thüringer Unternehmen und der Gewerkschaften, auch wenn die schwache Tarifbindung leider weiterhin Thüringen prägt. DIE LINKE befürwortet die Mitgliedschaft von Arbeitgebern in tarifschließenden Arbeitgeberverbänden und kritisiert die „Ohne-Tarif-Mitgliedschaften“. Wir werden gesetzliche Spielräume konsequent nutzen, etwa bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. DIE LINKE. Thüringen wird jeden Schritt in Richtung Gute Arbeit politisch unterstützen – im Landtag und vor Ort an der Seite der Beschäftigten.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich in Thüringen bereits einiges bewegt:

- Unter Rot-Rot-Grün ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kontinuierlich gestiegen.
- In zahlreichen Bundratsinitiativen haben wir uns für bessere gesetzliche Vorgaben für Beschäftigte und für die Überwindung des Hartz IV-Systems eingesetzt.
- Mit dem neu ausgerichteten Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ und der Integrationsrichtlinie haben wir 5200 Menschen auf dem Weg in eine existenzsichernde Beschäftigung unterstützt, insbesondere Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und Geflüchtete.
- Mit dem Projekt „Faire Mobilität“ unterstützen wir Menschen, die zum Arbeiten nach Thüringen gekommen sind, beim Kampf gegen Lohndumping und Ausbeutung.

DIE LINKE. Thüringen streitet weiterhin für eine Arbeitswelt, in der jede und jeder eine existenzsichernde Tätigkeit als Basis für ein selbstbestimmtes Leben ausüben kann. Wir wollen, dass gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit selbstverständlich wird. Wir bleiben dabei: Schluss mit Niedriglöhnen, dem Geschlechtsspezifischen Lohngefälle (Gender Pay Gap), Werkverträgen, Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen. Statt drei parallelen Minijobs wollen Beschäftigte eine Tätigkeit, von der sie leben können.

Wir wollen die Bedingungen und Voraussetzungen für die Errichtung einer Arbeitskammer in Thüringen prüfen. Mit der Errichtung würde die Arbeitnehmerschaft in Thüringen eine öffentlich-rechtliche Einrichtung in Verbindung mit den Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Interessen in Wirtschaft und Politik erhalten.

Dafür will DIE LINKE. Thüringen auch in den kommenden fünf Jahren in Thüringen wirken:

- Wir wollen staatliche Fördermittel an tarifgerechte Entlohnung und qualitativ hochwertige Beschäftigung binden. So leisten wir unseren Beitrag für eine höhere Tarifbindung.
- Wir stärken Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Wir ergreifen Maßnahmen, um Beschäftigte aus den Behindertenwerkstätten in den regulären Arbeitsmarkt zu begleiten, arbeitslose Menschen mit Behinderungen schneller in Arbeit zu integrieren und bauen die Arbeitsassistenz aus.
- Über den Bundesrat werden wir weiterhin für eine Verbesserung der Bedingungen für Arbeitende und Menschen ohne Beschäftigung streiten. Der allgemeine Mindestlohn muss zügig auf mindestens 12 Euro brutto pro Stunde erhöht, eine Mindestausbildungsvergütung von mindestens 1.050 € eingeführt und das Hartz IV-System mit seinem Sanktionsapparat muss überwunden und durch eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung ersetzt werden.

Noch im Jahr 2019 werden wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern das Thüringer Vergabegesetz novellieren. DIE LINKE. Thüringen wird dabei für ein eigenes, deutlich über dem allgemeinen Mindestlohn liegendes Mindestentgelt für öffentliche Aufträge kämpfen. Dieses muss auch in den kommenden Jahren konsequent und zügig weiter steigen, unter Beachtung des Vorrangs von Tarifverträgen.

### **Die Arbeit der Zukunft gestalten**

Alle reden von Digitalisierung und „Industrie 4.0“ – aber zu wenige fragen, was das für die Arbeitswelt der Zukunft bedeutet. Studien zum Thema tun die Veränderungen mit Blick auf neue Jobs in neuen Branchen schulterzuckend ab oder entwerfen Schreckensszenarien einer neuen Massenarbeitslosigkeit.

Für DIE LINKE. Thüringen ist klar: Die Digitalisierung bietet Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung, ist aber mit wesentlichen Änderungen der Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten verbunden. Der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts steht vor der großen Herausforderung, auch den in neuen Formen der Arbeit tätigen Menschen ein gutes Maß an Sicherheit geben zu können. Eine Entgrenzung der digitalen Arbeitswelt dürfen wir nicht zulassen. Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein: Unternehmen, die moderne Arbeitsformen nutzen wollen, müssen ihren Beschäftigten Schutz vor andauernden und unbezahlten Überstunden garantieren – ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zeit für die Pflege von Angehörigen und einen funktionierenden Arbeits- und Gesundheitsschutz. DIE LINKE wird sich einmischen, damit Beschäftigte von den neuen Möglichkeiten profitieren, statt schärfere Ausbeutung zu erleiden. Das bedeutet für uns einen Vorrang für Weiterbildung, Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen. Deshalb hat DIE LINKE. Thüringen gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern:

- über die Weiterbildungsrichtlinie zahlreiche Projekte gefördert, die neue Strategien der Fort- und Weiterbildung im digitalen Zeitalter erproben
- für das Schuljahr 2019/20 eine erste „Berufsschule 4.0“ etabliert, um attraktive und zukunftsgewandte Berufsbilder und Ausbildungswege zu erproben
- an der klaren Begrenzungen der Sonn- und Feiertagsarbeit und an den zwei freien Samstagen pro Monat im Einzelhandel in Thüringen festgehalten, damit feste Tage für Familie, Freundschaften und Erholung für möglichst viele Beschäftigte garantiert sind

Weder das Fortschreiten der Globalisierung noch das Fortschreiten der Digitalisierung werden aufzuhalten sein. Das wäre auch nicht begrüßenswert: Die Informationsgesellschaft eröffnet uns viele Möglichkeiten; Computer und Roboter werden uns künftig schwere körperliche oder eintönige Tätigkeiten verstärkt abnehmen. Wichtig ist, dass der Mensch im Mittelpunkt aller Überlegungen steht. Deshalb will DIE LINKE. Thüringen:

- einen langfristigen Monitoring- und Werkstattprozess „Arbeit und Leben in Zukunft“ anregen – in Verbindung mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften in Thüringen, um eine Faktenbasis für anstehende Veränderungen zu schaffen und rechtzeitig darauf reagieren zu können
- Unternehmen, Betriebs- und Personalräte beim betrieblichen Gesundheitsmanagement unterstützen und Weiterbildungsstandards etablieren und verbessern
- eine Bildungsoffensive „Moderne Arbeitswelt“ fördern, um jetzige und künftige Beschäftigte über Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte aufzuklären, über Handlungsoptionen zu beraten und interkulturelle Kompetenz zu stärken
- kein Aufweichen der Bestimmungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz und bei der Sonn- und Feiertagsarbeit – das für die Kontrolle zuständige Landesamt muss personell aufgestockt werden
- die Achtung der internationalen Kernarbeitsnormen, um ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen global zu begegnen

### **Fachkräfte ausbilden, weiterbilden und für Thüringen gewinnen**

Wer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Thüringens erhalten und ausbauen will, muss sich dem wachsenden Fachkräftebedarf in vielen Branchen stellen. DIE LINKE. Thüringen hat das gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern getan: Wir haben darauf gesetzt, allen Menschen in Thüringen die diskriminierungsfreie Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen und Qualifikationswege zu eröffnen:

- Mit der „Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung“ haben wir in einem Bündnis Partnerinnen und Partner aus Berufsbildung, Wirtschaft und Arbeit zusammengeführt, um gemeinsam Strategien und Lösungen zu entwickeln.
- Mit mehreren Millionen Euro pro Jahr unterstützt die rot-rot-grüne Landesregierung Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, um Menschen mit und ohne Beschäftigung für neue Tätigkeiten zu qualifizieren.
- Mit dem neuen Schulgesetz wird die Berufsorientierung verbindlich festgeschrieben.
- Die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung wird derzeit weiterentwickelt, um Fachkräfte und Ausbildungsinteressierte zu gewinnen – insbesondere Berufspendlerinnen und -pendler, nach Thüringen Zurückkehrende und internationale Fachkräfte.

Das allein wird jedoch nicht genügen: Unternehmen müssen Menschen mit Brüchen im Arbeitsleben und Menschen mit Behinderungen Chancen einräumen. Ausbildungsberufe müssen attraktiver gestaltet werden. Die Qualifikation als Meisterin/Meister oder Fachwirtin/Fachwirt wollen wir stärker fördern und anerkennen. Die Förderung der mittelständischen Unternehmen betrachten wir als nachhaltige Wirtschaftsform. Thüringen muss attraktive Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Menschen aus anderen Bundesländern und dem Ausland bieten. Neben guten Löhnen braucht Thüringen eine gelebte Willkommenskultur für Menschen aus nah und fern. Die hohe Zahl der Thüringer Beschäftigten und erfolgreiche Kooperationen mit beispielsweise osteuropäischen Ländern oder Vietnam zeigen: Wir profitieren in Thüringen davon, wenn wir Menschen bei uns eine Perspektive eröffnen. Diese Effekte will DIE LINKE. Thüringen weiter verstärken:

- Die Maßnahmen des Landes für lebensbegleitendes Lernen müssen gut aufeinander abgestimmt sein und mindestens im selben Umfang fortgeführt werden. Jeder Mensch in Arbeitslosigkeit muss passgenaue und freiwillige Angebote der Weiterbildung erhalten. Diese dürfen nicht nur reine Beschäftigungstherapien sein.
- Die verstärkte Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland erfordert eine schnellere und unbürokratischere Anerkennung von Berufsabschlüssen und ausreichende Möglichkeiten der Nachqualifizierung.
- Für geflüchtete Menschen, die sich in Ausbildung begeben oder mittels Erwerbsarbeit den eigenen Lebensunterhalt verdienen, müssen unabhängig vom Verlauf des Asylverfahrens Bleibeperspektiven geschaffen werden („Spurwechsel“).
- Wir schaffen Weiterbildungsangebote für Betriebs- und Personalräte und Unternehmensleitungen, um offene und interkulturelle Unternehmenskonzepte zu entwickeln.

### **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren**

Menschen, die lange erwerbslos sind, haben es oft schwer, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen: Berufe entwickeln sich weiter, neue Techniken kommen zum Einsatz. Langzeitarbeitslosigkeit kann ebenso krank und kaputt machen wie Mehrarbeit und Überlastung. Auch wenn die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Thüringen unter 20.000 Personen gesunken ist, suchen noch immer viele Menschen nach Jahren der Arbeitslosigkeit nach einer Beschäftigung. Sie möchten über die geleistete Erwerbsarbeit ihren eigenen Wert unter Beweis stellen und teilhaben. Allerdings scheuen sich viele Unternehmen, Verantwortung zu übernehmen und langzeitarbeitslose Menschen zu begleiten und zu unterstützen. DIE LINKE hat immer an der Seite der Menschen gestanden, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, auch aus der Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit nach 1990 –daher auch unser fortgesetzter Widerstand gegen Hartz IV. Wir unterstützen Initiativen der Selbstvertretung von arbeitslosen Menschen, unter anderem das Thüringer Arbeitslosenparlament, die regelmäßigen



Hartz IV-Mahnwachen und den Runden Tisch der sozialen Verantwortung. Mit der Übernahme von Regierungsverantwortung haben wir uns umgehend daran gemacht, die Konzepte umzusetzen, die wir über Jahre mit Arbeitsloseninitiativen und Sozialverbänden entwickelt haben.

- Mit der Gemeinwohlarbeit haben wir einen sozialen Arbeitsmarkt in Thüringen für mehr als 1300 Menschen geschaffen, die vorher langzeitarbeitslos waren. Die Teilnahme eröffnet eine längerfristige Perspektive in Arbeit und ist freiwillig.

Dieses Instrument wollen wir fortsetzen, verbessern und ausbauen:

- Wir wollen mehr Menschen ermöglichen, von der Gemeinwohlarbeit zu profitieren. Dafür sollen insbesondere die Mittel des neuen Teilhabechancengesetzes des Bundes für die Gemeinwohlarbeit genutzt werden. Darüber hinaus wollen wir über das miteinander vereinbar gestaltete Landesprogramm ÖGB jene erreichen, denen kein Zugang zu Beschäftigung über die bundesgesetzlichen Regelungen gewährt wird.
- Wir wollen die Gemeinwohlarbeit mit Kommunen und freien Trägern weiterentwickeln. Die Perspektiven der Beteiligten sollen verbessert, die Verfahren zur Antragsstellung weniger bürokratisch und die soziale Begleitung finanziell ausgebaut werden.
- Wir wollen Integrationsbetriebe und andere Unternehmen besser unterstützen, die Menschen mit Beeinträchtigungen eine Erwerbsperspektive ermöglichen.

### Bedingungsloses Grundeinkommen von links weiterdenken

DIE LINKE diskutiert ein eigenes Modell für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Unterstützerinnen und Unterstützer dieses Modells erhoffen sich eine garantierte Grundsicherung in allen Lebenslagen. Diese soll jedem Menschen erlauben, sein Leben frei und nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Das BGE wäre ein Mittel, um die Sicherung der universellen Menschenrechte für alle und eine strategische Arbeitszeitverkürzung anzugehen. Armut und der Zwang zur Erwerbsarbeit sollen so überwunden werden. Kritisiert wird, auch innerhalb der LINKEN: Das BGE sei nicht bezahlbar, wirtschaftlich unsinnig oder eine mögliche Gefahr für den Sozialstaat. DIE LINKE. Thüringen hat sich der Diskussion gestellt:

- Wir haben in einem einjährigen Werkstattprozess das Pro und Kontra zum BGE an vielen Orten in Thüringen mit hunderten Menschen in und außerhalb der LINKEN diskutiert.
- Wir haben in der Diskussion verschiedene Blickwinkel betrachtet und das BGE unter anderem aus feministischer, internationaler oder die Zukunft der Arbeit betreffender Perspektive besprochen.

Im Oktober 2018 hat DIE LINKE. Thüringen auf ihrem Landesparteitag erste Erkenntnisse aus der Diskussion festgehalten. DIE LINKE. Thüringen wird sich dafür einsetzen, die Diskussion zum BGE voranzutreiben – dabei wollen wir den Neoliberalen nicht das Feld überlassen, die das BGE zum Zerschlagen des Sozialstaats nutzen wollen.

- DIE LINKE fordert eine eigenständige Grundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen – eine Grundsicherung, die Armut verhindert, gute Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet und vor Ausgrenzung und Diskriminierung schützt. Wir wollen dieses Modell weiterdenken und eine einheitliche Absicherung für alle Kinder und Jugendlichen ohne Prüfung der Bedürftigkeit erreichen (Kindergrundeinkommen).
- Wir wollen an einer Thüringer Hochschule ein Graduiertenkolleg etablieren, das sich mit Fragen gesellschaftlicher Transformation und dem möglichen Einfluss eines BGE beschäftigt.

- „Wie wollen wir in Thüringen leben?“ – Wir wollen die Thüringerinnen und Thüringer einladen, diese Frage in Zukunftsforen zu diskutieren. Die Zukunftsforen sollen dazu dienen, auf neue gesellschaftliche Entwicklungen gemeinsam Antworten zu finden. So lässt sich eine nachhaltige soziale und ökologische Veränderung der Gesellschaft aktiv begleiten. Das Land Thüringen soll die wissenschaftliche Begleitung und finanzielle Unterstützung übernehmen.
- Wir schlagen vor, ein Modellprojekt auszuschreiben, um für 1000 Menschen eines Stadtteils oder Ortes für drei Jahre ein existenzsicherndes Bedingungsloses Grundeinkommen zu finanzieren. Durch eine wissenschaftliche Begleitung wollen wir untersuchen, welche Möglichkeiten, Erfahrungen und Konsequenzen sich individuell und gesellschaftlich ergeben.

### **Wirtschaft mit links: leistungsstark und zukunftsfest, sozial und ökologisch**

Die Thüringer Wirtschaft hat sich in den vergangenen 30 Jahren beachtlich entwickelt. Thüringen hat trotz des Treuhand-Desasters die dritthöchste Industriedichte aller Bundesländer. Unsere Wirtschaftskraft ist seit 1991 um fast 260 Prozent gestiegen. Damit liegt Thüringen hinsichtlich der Dynamik an der Spitze aller Bundesländer, ebenso bei der Anzahl von Industriebetrieben und Industriearbeitsplätzen pro Kopf. Mit Blick auf das Verhältnis von Forscherinnen und Forschern pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern steht Jena bundesweit auf Platz eins. Schon heute verfügt Thüringen über mehr als 60 Unternehmen, die in ihrem Bereich Weltmarktführer sind.

In vielen Zukunftsbranchen haben wir hervorragend aufgestellte Unternehmen, die meisten davon klein- und mittelständige Betriebe. Doch auch unsere Schwachstellen müssen aktiv angegangen werden. DIE LINKE. Thüringen ist überzeugt: Eine gute wirtschaftliche Entwicklung gelingt dauerhaft nur, wenn die Interessen der Beschäftigten nicht den Interessen der Unternehmen untergeordnet sind. Zugleich brauchen kleine und mittlere Unternehmen Rahmenbedingungen, bei denen sich der persönliche Einsatz lohnt und die es ihnen erlauben, zu wachsen und sich am Markt zu behaupten. Eine funktionierende Grundversorgung ist unerlässlich für attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen und für eine sozial-ökologische, nachhaltige und zunehmend digitale Wirtschaft. Deshalb haben wir uns in den vergangenen fünf Jahren eingebracht:

- Siemens, Opel oder die streikenden Pflegekräfte in Bad Langensalza – DIE LINKE. Thüringen und eine rot-rot-grüne Regierung mit Bodo Ramelow sind ein Garant für Zuhören, zur Seite stehen, politische Unterstützung und praktische Solidarität.
- Höhere Investitionen in den Kommunen führen zu besseren Bedingungen für alle und fördern Unternehmen vor Ort: Wir haben begonnen, den Investitionsstau nach 24 Jahren CDU-Herrschaft abzuräumen.
- Unsere Unternehmen brauchen die richtige Basis: Bis Ende 2021 werden alle Gewerbegebiete mit Breitband im Gigabitbereich versorgt sein. Unsere Förderangebote unterstützen digitale Innovationen. Wir erschließen gezielt Grundstücke für Neuinvestitionen.
- Bürokratische Hürden für Kleinunternehmen und mittelständische Unternehmen wurden abgebaut, Zertifizierungen und Fördermöglichkeiten bei altersbedingten Betriebsübergaben vereinfacht.

Doch dabei können wir nicht stehen bleiben. Denn die Thüringer Wirtschaft steht vor weiteren Aufgaben – Fachkräfte müssen gewonnen werden, gesellschaftliche Umbrüche, zum Beispiel der Klimawandel, die Digitalisierung, die Demografie und neue Formen der Mobilität bewältigt werden. Hier müssen wir uns strukturellen Fragen öffnen und Lösungen entwickeln. Wir sagen nicht, dass wir

alle Antworten bereits kennen. Wir sind jedoch überzeugt: Wir können die Aufgaben dann erfolgreich bewältigen, wenn wir soziale und ökologische Perspektiven miteinander verbinden. Dazu braucht es klare staatliche Rahmenbedingungen. Exemplarisch steht dafür folgendes Beispiel:

- In der Thüringer Automobilindustrie arbeiten ca. 50 000 Beschäftigte (zumeist bei Zulieferern). Sie erwirtschaften einen Gesamtumsatz von etwa 9 Milliarden Euro. Viele der Beschäftigten fürchten um ihre Jobs: Eine Veränderung unserer Mobilität ist aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich. Immer mehr Menschen wollen diese Veränderung und passen ihr Verhalten an. In den Städten nehmen Carsharing und Elektromobilität zu. Elektroautos werden in wenigen Jahren normal auf unseren Straßen sein. Die deutschen Autokonzerne haben diese Trends bisher weitgehend ignoriert und neigten mehr zu Manipulation als zum Investieren in zukunftsweisende Produkte. Das gefährdet Jobs auch in Thüringen und ist fahrlässig angesichts des Klimawandels.

LINKE Strukturpolitik setzt hier an: Wir unterstützen Beschäftigte und Unternehmen bei der Umstellung auf neue Produkte. Wir forcieren neue Ideen und umweltfreundliche Mobilität, zum Beispiel mit dem Thüringer Innovationszentrum Mobilität in Ilmenau. Wir entwickeln Konzepte für die Kommunen und das Land. Die Konzepte berücksichtigen die veränderten Bedürfnisse vieler Thüringerinnen und Thüringer – sie stärken daher das Nutzen des Nah- und Schienenverkehrs und des Fahrrads. Wir gestalten Zukunft im Sinne der Beschäftigten, der Menschen vor Ort und der Umwelt.

#### **Beschäftigte und kleine und mittlere Unternehmen besonders fördern**

Unsere erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung verdankt sich zuallererst der täglichen Arbeit von hunderttausenden Thüringer Beschäftigten. Ohne sie ist kaum ein Unternehmen in der Lage, Produkte herzustellen und Dienstleistungen anzubieten. Beschäftigte haben ein Recht auf gute Arbeit, tarifvertragliche Bezahlung und Mitbestimmung im Betrieb. Unternehmerinnen und Unternehmer, die die Risiken der Selbstständigkeit tragen und in den bei uns überwiegend kleinen und mittleren Betrieben wirken, ermöglichen Beschäftigung, Ausbildung und Innovation. Sie brauchen Unterstützung beim Wachstum, weniger Bürokratie und Hilfe bei der Unternehmensnachfolge.

- Dank der rot-rot-grünen Landesregierung haben Beschäftigte und Auszubildende einen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub, um sich nach eigenem Interesse weiterzubilden.
- Unsere neu aufgelegte Gründungsförderung und die Meisterprämie geben wichtige Anreize für Start-ups und Unternehmensnachfolgen.

Noch im Jahr 2019 wird Rot-Rot-Grün ein neues Vergabegesetz beschließen. Dieses wird die Bürokratie für Unternehmen deutlich senken und zugleich bestehende Sozial- und Umweltstandards erhalten.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir hieran anknüpfen:

- Beim Einsatz staatlicher Gelder müssen gute Arbeitsbedingungen garantiert sein. Wir wollen eine Förderpolitik des Landes, die mit sozialen und ökologischen Kriterien die Verantwortung der Wirtschaft für Nachhaltigkeit und Gute Arbeit betont.
- Wir wollen die bisherige Schlechterstellung von Auszubildenden beim Bildungsurlaub überwinden und auch ihnen pro Jahr fünf Tage gewähren statt drei.
- Wir wollen die Meisterprämie zu einer Meistergründungsprämie weiterentwickeln, um Gründungen und Nachfolgen im Handwerk stärker zu unterstützen.

- Wir wollen Produktivgenossenschaften fördern, um kleine Betriebe im ländlichen Raum zu erhalten. Belegschaften können so gemeinsam ihre Betriebe fortführen.
- Mit einem Förderprogramm „Zweite Chance“ wollen wir zunächst gescheiterten Gründerinnen und Gründern einen neuen Anlauf ermöglichen.
- Wir werden Arbeit und Erfolge von Unternehmerinnen und Gründerinnen sichtbarer machen, um Frauen zur Selbstständigkeit zu ermutigen.
- Beratungsangebote und Publikationen müssen mindestens zweisprachig vorgehalten werden, um Migrantinnen und Migranten den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern.
- Mit einem Fördergesetz für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir vorhandene Maßnahmen bündeln und zielgenau auf deren Bedürfnisse ausrichten – etwa Vernetzung, Vertriebsstrukturen, Marketing, Marktzugänge, Digitalisierung und Finanzierung.

### Forschung und Entwicklung für ein innovatives Thüringen

Thüringen ist ein Land voller kluger Köpfe. An unseren Hochschulen und an außeruniversitären und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen werden jeden Tag neue Ideen erprobt und umgesetzt. Dennoch haben gerade kleine und mittlere Unternehmen, die sich oft keine Forschungsabteilung leisten können, große Probleme, dem Innovationsdruck zu folgen. Die Digitalisierung (Wirtschaft 4.0) verstärkt diesen Trend. Deswegen braucht es eine Forschungs- und Technologiepolitik, in der staatliche Forschungseinrichtungen und gezielte Förderinstrumente unsere Thüringer Unternehmen bei Ideen begleiten und daraus Wachstumskerne schaffen.

- Die rot-rot-grüne Koalition hat mit dem Doppelhaushalt 2018/19 die Finanzierung der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen um 2 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Diese sind entscheidende Partner für kleine und mittlere Unternehmen bei Forschung und Entwicklung.
- Mit der Ansiedelung des chinesischen Batterieherstellers CATL ist es uns gelungen, eine Milliardeninvestition nach Thüringen zu holen – und damit einen der zentralen Produktionsstandorte für die Zukunftstechnologien im Bereich der Elektromobilität.
- Mit dem Exzellenzcluster der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Ansiedlung neuer Forschungsinstitute in Nordhausen, Ilmenau und Jena konnte Thüringen seine gute wissenschaftliche Position festigen.
- Die Weiterentwicklung der Berufsakademie zur Dualen Hochschule Gera-Eisenach unter Rot-Rot-Grün verbessert die Fachkräftesituation und stärkt den beruflichen und akademischen Austausch.

Dies setzen wir fort: Statt vorrangig Zulieferer für westdeutsche und internationale Konzerne zu sein, will DIE LINKE Thüringen eine Industriepolitik, die Wertschöpfung stärker in Thüringen verankert.

- Industrie-Zusammenschlüsse haben sich in Thüringen als Instrument guter Vernetzung bewährt. Wir wollen interessierten Branchen die Bildung weiterer Verbunde offenhalten.
- Wir werden die Thüringer Innovationsstrategie über das Jahr 2020 hinaus weiterentwickeln. Dabei stellen wir das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen in den Mittelpunkt – wichtig ist der dauerhafte Aufbau eigener Forschungskapazitäten bei den Unternehmen. Bedingungen des sozial-ökologischen Umbaus müssen mitgedacht und gesellschaftliche Auswirkungen von Forschung berücksichtigt werden. Forschungsprojekte im militärischen Bereich sind beispielsweise für uns nicht förderfähig.
- Mit einer umfassenden Strategie zur Fort- und Weiterbildung für Beschäftigte unterstützen wir Möglichkeiten, beruflich aufzusteigen. Damit bieten sich Perspektiven, neue Methoden und Techniken der Wirtschaft 4.0 einzusetzen.

- Wir plädieren für die Einrichtung einer Forschungsstelle Arbeit und Innovation, um negative Auswirkungen der Digitalisierung für Beschäftigte frühzeitig erkennen zu können. Die Forschungsstelle soll sich insbesondere der sozialen Entwicklung von Technik und der Humanisierung von Arbeit widmen.

### **Nachhaltiges Gestalten durch kommunales Eigentum und Landesunternehmen**

Für DIE LINKE. Thüringen ist klar: Wenn es um eine gesicherte Grundversorgung geht, muss die öffentliche Hand verantwortlich sein, damit nicht der Profit für Einzelne im Mittelpunkt steht. Ob Abfallentsorgung, Wohnen, Wasser, Strom, Gesundheitsversorgung oder Breitbandnetze – durch Privatisierung werden Mitgestaltung und demokratische Kontrolle stark eingeschränkt. Umgesetzt werden müssen eine flächendeckende Versorgungssicherheit, Qualität, angemessene Gebühren, gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Dafür tritt DIE LINKE. Thüringen in den Gemeinden und im Land ein. Wir streiten für soziale, nachhaltige, ökologische und inklusive Angebote für alle Menschen in Thüringen. Wir kämpfen für mehr Einfluss der Einwohnerinnen und Einwohner bei der Umsetzung. Wir wollen Mitspracherechte stärken.

- DIE LINKE. Thüringen und die rot-rot-grüne Landesregierung haben die kommunale Ebene dabei unterstützt, privatisierte Bereiche wieder in die Hand der Kommunen zu legen. Die Abfallwirtschaft und der Busverkehr im Ilm-Kreis sind dafür zwei Beispiele.
- Die Kommunalisierung der Thüringer Stromnetze war ein voller Erfolg. Die Thüringer Energie AG (TEAG) treibt Investitionen voran und sorgt dafür, dass Gewinne über die Thüringer Kommunalhaushalte wieder den Bürgerinnen und Bürger vor Ort zugutekommen.
- Nach der angedrohten Schließung des DRK-Krankenhauses in Bad Frankenhausen hat die Landesregierung umgehend Unterstützung zugesagt, um die Klinik in einem kommunalen Krankenhausverbund weiterzuführen.

In diesem Sinne wird DIE LINKE. Thüringen auch in den kommenden fünf Jahren Politik für eine starke und öffentliche Grundversorgung machen:

- Privatisierte Leistungen der Grundversorgung sollen wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. Neue Privatisierungen oder Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) lehnen wir ab. Wir prüfen, welche ausgegliederten Bereiche wieder in die Verwaltungen oder Gesellschaften mit mindestens Mehrheitsbeteiligung zurückgeholt werden können.
- Kommunale Unternehmen müssen verstärkt zusammenarbeiten und neue Tätigkeitsfelder erschließen. So stärken wir die regionale Wertschöpfung und können innovative Versorgungsmodelle unterstützen.
- Wir stärken die Mitglieder in Aufsichtsgremien, die die Arbeit kommunaler Unternehmen und Landesunternehmen kontrollieren und begleiten. Transparenz ist wichtig, ebenso die Vertretung von Beschäftigten.
- Wir wollen die Effizienz von Landesunternehmen und Fördermittelverwaltung erhöhen.

### **Vorfahrt für Qualität im Thüringer Tourismus**

Der Tourismus ist in Thüringen einer der bedeutendsten und wachsenden Wirtschaftszweige. Von dessen Entwicklung hängen mehr als 100 000 Arbeitsplätze ab. Eine gut aufgestellte Tourismuslandschaft mit vielfältigen Freizeitangeboten ist ein Grundstein für eine hohe Attraktivität

für die Menschen vor Ort, gerade im ländlichen Raum. Deswegen hat DIE LINKE. Thüringen in den vergangenen fünf Jahren hier einen Schwerpunkt gesetzt:

- Mit der Landestourismusstrategie 2025 hat die rot-rot-grüne Koalition das Thüringer Marketing, die Finanzierung, die Ansiedlungspolitik, strukturelle Anpassungen und insbesondere die Steigerung der Qualität intensiviert.
- Wir haben den Thüringer Kommunen mit der Tourismusabgabe ermöglicht, gezielt Mittel für die Entwicklung touristischer Infrastruktur zu gewinnen.
- Mit der Thüringer Wanderwegekonzeption haben wir den Tourismus in Thüringens wichtigster Freizeitsportart neu aufgestellt und finanziell abgesichert.
- Mit dem Programm „Zukunft Thüringer Wald“ stärken wir unsere bedeutendste Tourismusregion.
- Am Thüringer Meer konnten die langjährigen Streitigkeiten überwunden und erste Schritte zur touristischen Entwicklung eingeleitet werden.

Nach dem Gelingen des Reformationsjubiläums 2017 gilt es, die nächsten Großereignisse gut vorzubereiten und die Aktiven im Thüringer Tourismus bei ihren Aufgaben zu unterstützen:

- Das Gastgewerbe steht vor großen Herausforderungen. Der Fachkräfte- und Nachfolgebedarf wird steigen, die Qualitätserwartungen der Gäste aus nah und fern nehmen zu. Eine Lösung kann nur im Dreiklang gute Arbeit/guter Lohn, Investitionsbereitschaft und verbesserte Vermarktung gelingen. Diese Entwicklung werden wir politisch begleiten und unterstützen.
- Mit der Biathlon-Weltmeisterschaft 2023 und der gegebenenfalls im selben Jahr stattfindenden Rodel-WM wird Oberhof ein Wintersport-Spektakel erleben. Wir werden dafür sorgen, dass anstehende Investitionen die Attraktivität der Region und den Ganzjahrestourismus erhöhen.
- Die Zusammenarbeit der Thüringer Tourismusregionen muss intensiviert werden. Eine höhere Aufenthaltsdauer und Wertschöpfung gelingt uns nur, wenn gemeinsam die vielfältigen Kultur- und Naturschätze Thüringens beworben und weitere Freizeitangebote eingebunden werden. Das Vorwärtkommen unserer Welterbe-Region Hainich zeigt das Potenzial verbesserter Kooperation.
- In einem international stark umworbene Markt ist Thüringen zu klein, um allein sichtbar zu sein. Wir wollen die länderübergreifende Zusammenarbeit ausbauen – sowohl im gemeinsamen Auslandsmarketing mit Sachsen-Anhalt und Sachsen als auch in den grenzübergreifenden Regionen Eichsfeld, Franken, Harz, Rhön, Vogtland und in der Metropolregion Leipzig.

## Bildungschancen für alle verbessern

### I. Die Bildungschancen unserer Kinder in Kindergärten, Schule, Hochschule und Berufsausbildung verbessern

DIE LINKE. Thüringen steht für das lebensbegleitende Lernen, das heißt für eine auf die Selbstverwirklichung und Emanzipation der/des Einzelnen gerichtete Bildung. Wir lernen in jeder Phase unseres Lebens, von der Kindheit bis ins Alter. Deshalb muss auch jede und jeder die Möglichkeit haben, sich Bildung und Kultur aneignen zu können. Bildung und Kultur sind keine Ware, sondern Menschenrecht.

Die Landespolitik muss für ihre Verwirklichung insbesondere in den Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, in den Schulen, Berufsschulen und Hochschulen die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen, sichern und weiterentwickeln. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht zuletzt aus den Versäumnissen der CDU-geführten Vorgängerregierungen resultieren. Gerade die Situation der Lehrkräfte hat während der vergangenen Legislaturperiode zu erheblichen Problemen geführt. Zudem muss die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern an die neuen Herausforderungen und Entwicklungen angepasst werden. Die Schulstrukturen im Land werden den sich verändernden Bedingungen nur noch wenig gerecht und bedürfen der Veränderung. Notwendig ist ein Digitalpakt für die Thüringer Schulen. Ministerpräsident Bodo Ramelow hat die Expertenkommission „Zukunft Schule“ eingesetzt, Bildungsminister Helmut Holter einen Werkstattprozess angeregt. So konnten für die Veränderungsprozesse wichtige Grundlagen gelegt werden. Wir halten an unseren Zielen des wohnortnahen längeren gemeinsamen Lernens und des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen fest. Das kann nur gemeinsam mit den Eltern erreicht werden. Keine Schülerin und kein Schüler darf in Thüringen die Schule ohne Abschluss verlassen. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigt Thüringen ein weiterentwickeltes Konzept. Wichtig dabei ist eine zusätzliche individuelle Förderung – mit einem Schwerpunkt auf sprachlicher Bildung und Grundbildung. Wir müssen zudem erprobte Formen praxisorientierten Lernens an den allgemeinbildenden Schulen aus- und aufbauen: Praxisklassen und/oder Praxistag-Projekte sollen in allen Teilen Thüringens als Regelangebot geografisch erreichbar sein.

Die Thüringer Schulen und Hochschulen sind Lern- und Lebensorte. Diese Orte sind von allen Beteiligten gemeinsam und demokratisch zu gestalten. Sie sind zu Recht parteipolitisch neutral, doch sie sind keine wertneutralen Institutionen. Sie sind der Demokratie und der Humanität verpflichtet. In ihrer Wertorientierung und in ihrem pädagogischen Auftrag stehen sie klar gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus, gegen Hass und Menschenfeindlichkeit. Sie erhalten in der Auseinandersetzung mit solchen Einflüssen alle nötige Unterstützung. Die Thüringer Hochschulen haben sich zu einem zukunftsfähigen Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft entwickelt. Hochschulen müssen als offene, soziale und demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden werden, an denen Lehre und Forschung sich frei und unabhängig entwickeln können. Studierende sowie alle lehrend, forschend und administrativ-technisch Tätigen müssen die Chance haben, ihre Hochschule mitzugestalten. Nur so kann eine Hochschule sozial und offen gestaltet werden. Für die Beschäftigten sowie alle Lehrenden, Forschenden und administrativ-technisch Tätigen gilt es, Planungssicherheit und Karriereperspektiven zu gewährleisten. Nur auf Guter Arbeit kann gute Forschung und Lehre gedeihen.

Die berufliche Ausbildung ist, neben dem Studium, eine wesentliche Grundlage für die persönliche Entwicklung und für den wirtschaftlichen Wohlstand in Thüringen. Es gehört daher zu den unverzichtbaren Aufgaben der Bildungspolitik, sie zu stärken. Ebenso kommt der Erwachsenen- und Weiterbildung eine besondere Rolle zu. Mit ihren Bildungsangeboten trägt sie dazu bei, dass Menschen sich nach ihren Bedürfnissen und Wünschen weiterentwickeln können.

### **Auf den Anfang kommt es an: gute frühkindliche Bildung für Thüringen**

Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten. Das gilt von Anfang an. Darum setzt sich die DIE LINKE. Thüringen dafür ein, die frühkindliche Bildung Schritt für Schritt gebührenfrei zu machen. Wir wollen die Qualität der Betreuung verbessern und setzen uns deshalb für mehr Personal in den Kindergärten ein. Wichtig ist dabei eine diversitäts- und vorurteilssensible Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte im Bereich der frühkindlichen Bildung. Kindergarten und Schule müssen im Sinne des Thüringer Bildungsplanes enger zusammenarbeiten. Die Kindergärten sollen im Kontakt mit den Grundschullehrkräften darauf hinarbeiten, dass jedes Kind gut in die Schule starten kann.

Seit 2014 hat die rot-rot-grüne Landesregierung wichtige Fortschritte erzielt:

- Zu Beginn des Jahres 2018 haben wir das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. 19 000 Familien werden so jährlich im Umfang von durchschnittlich 1.440 Euro entlastet.
- Wir haben in Kindergärten und Kindertagesstätten den Betreuungsschlüssel für die 3- bis 4-Jährigen in zwei Schritten auf 12 Kinder pro Erzieherin/Erzieher verbessert. Dafür wurden 550 zusätzliche Stellen in den Kindergärten geschaffen.
- Größeren Kindergärten und Kindertagesstätten haben wir seit 2018 bis zu anderthalb Stellen für Leitungsarbeit zusätzlich zur Verfügung gestellt. Damit wurde die Qualität der pädagogischen Arbeit gestärkt.
- Wir haben die fachliche Beratung und Betreuung der Arbeit in den Kindertagesstätten verbessert.
- Einige Kindergärten konnten sich zu Thüringer Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZen) entwickeln.

Diesen Weg wollen wir nach der kommenden Landtagswahl fortsetzen:

- Bereits 2020 werden wir auch das vorletzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen. Mit den zwei beitragsfreien Jahren entlasten wir dann rund 19 000 Familien um durchschnittlich 3.000 Euro pro Kind. Bis zum Jahr 2025 wollen wir die vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen umsetzen.
- Wir werden die Qualität der Betreuung in den Kindergärten und Kindertagesstätten weiter steigern und wollen dazu auch den Betreuungsschlüssel (Zahl der Kinder pro Erzieher bzw. Erzieherin) verbessern.
- Wir wollen die Verpflegungskosten in Kindergärten und Kindertagesstätten für Familien mit geringem Einkommen stützen und ein Programm für die Unterstützung kommunaler Küchen für Kindergärten und Schulen anschieben.
- Wir werden die drängende Reform der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern angehen. Unser Ziel ist die Befreiung der Erzieherinnenausbildung vom Schulgeld, die Verkürzung der Gesamtausbildungsdauer auf weniger als fünf Jahre sowie die Einführung einer nach dem Vorbild der dualen Ausbildung organisierten und mit tariflichem Entgelt ausgestatteten praxisintegrierten Ausbildung.



- Die Leitung einer Kita bzw. eines Kindergartens ist eine fordernde und äußerst verantwortungsvolle Aufgabe. Die Anhebung des sogenannten „Leitungsdeckels“ im Jahr 2018 war ein wichtiger Schritt. In Kitas mit 150 und mehr Kindern gibt es 1,5 Personalstellen für Leitungsaufgaben. Zukünftig muss dieser Deckel ganz wegfallen. Pro zehn Kinder je Einrichtung soll es 0,1 Prozent zusätzlichen Leitungsstellenanteil geben, so dass einer Kita mit 200 Kindern beispielsweise 2,0 Personalstellen für Leitungsaufgaben zur Verfügung stehen.

### Den Generationswechsel bei Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen gestalten

Die Thüringer Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher leisten seit Jahren eine sehr gute fachliche Arbeit. Das belegen Bildungsvergleiche. Dabei ist die Arbeit durch Veränderungsprozesse im schulischen Umfeld stetig anstrengender und fordernder geworden. Für die Bewältigung dieser Herausforderungen gebührt den Beteiligten Dank und Anerkennung, denn die Bildung unserer Kinder, ihre Ausbildung für ein gutes und selbstbestimmtes Leben, ist grundlegend für eine gute gesellschaftliche Entwicklung.

Langfristig aufgestaute Probleme (hoher Altersdurchschnitt und über viele Jahre unter den Vorgängerregierungen nicht erfolgte Neueinstellungen junger Lehrkräfte) haben sich in der vergangenen Wahlperiode negativ auf die Unterrichtsabsicherung an Schulen ausgewirkt – trotz aller Bemühungen der rot-rot-grünen Landesregierung. Für die nächsten Jahre droht eine größer werdende Lücke im Lehrpersonal, sowohl aufgrund hoher Eintrittszahlen in den Ruhestand als auch aufgrund geringerer Abgangszahlen neu ausgebildeter Lehrkräfte an den Universitäten. Das Problem betrifft nicht nur Thüringen, sondern ganz Deutschland.

Zu diesem Aufgabenfeld sagen wir: Mit der LINKEN wird es keine starre Maximalzahl von Lehrerinnen und Lehrern geben, die sich zwar an den allgemeinen öffentlichen Beschäftigtenzahlen anderer Bundesländer orientiert, aber nichts mit der Entwicklung der Zahlen von Schülerinnen und Schülern und der Struktur des Schulwesens in Thüringen zu tun hat. Jede Lehrkraft, die den Schuldienst verlässt, wird ersetzt.

Um dem derzeitigen Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, hat die DIE LINKE. Thüringen gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern viel bewirkt:

- Es wurde die Einstellung von mehr als 3500 Lehrerinnen und Lehrer ermöglicht. Der Stellenabbau der Vorgängerregierung wurde gestoppt.
- Wir haben die Qualifizierung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern eingeleitet und eine Kampagne veranlasst, um Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen.
- Wir haben Lehrkräfte für benötigte Drittfächer zusätzlich qualifiziert.
- Wir haben die tarifliche Angleichung der Bezüge der Regelschulkräfte an die Gymnasiallehrkräfte auf den Weg gebracht.
- Zur Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes und zur Verbesserung der Unterrichtsabsicherung verbeamteten wir Lehrkräfte wieder.
- Wir stärken die Kooperation zwischen den Schulen. Damit haben wir den Grundstein gelegt, um Unterrichtsausfall mittelfristig zu begegnen.

DIE LINKE. Thüringen wird diesen Weg in den kommenden Jahren konsequent weitergehen:

- Mit der LINKEN in der Regierung wird jede aus dem Schuldienst ausscheidende Lehrerin und jeder aus dem Schuldienst ausscheidende Lehrer ersetzt. Da, wo die Zahl der Schülerinnen und Schüler wächst und neue Klassen entstehen, werden wir neue Stellen schaffen.
- Einstellungen in den Schuldienst sollen grundsätzlich unbefristet erfolgen. Sachgrundlose Befristungen lehnen wir ab.
- Bei der Planung des Lehrkräfteeinsatzes muss der hohe Anteil langzeiterkrankter Lehrerinnen und Lehrer stärker berücksichtigt werden. Deshalb streben wir einen Personaleinsatz von 110 Prozent an. Das von Bildungsgewerkschaften und Landesregierung ausgehandelte Personalentwicklungskonzept muss umgesetzt werden.
- Wir werden die Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern für Drittfächer und von geeigneten Personen für den Seiten- und Quereinstieg ausbauen und fortführen.
- Um im Wettbewerb der Länder um Lehrkräfte bestehen zu können, muss Thüringen nach den Regelschullehrern auch die Lehrkräfte an den Grundschulen besser bezahlen. Grundschullehrerinnen und -lehrer müssen schnellstmöglich die Besoldungsgruppe A13 erhalten und damit den Regelschul- und Gymnasialkräften gleichgestellt werden.
- Schulkooperationen sind der Regenschirm für kleine Schulstandorte im ländlichen Raum. Größere Lehrerkollegien ermöglichen besseren fachlichen Austausch zwischen Lehrkräften und im Krankheitsfall lässt sich Vertretungsunterricht einfacher organisieren. Deswegen wollen wir Kooperationen von Schulen stärker unterstützen.
- Wir wollen ein Konzept entwickeln und modellhaft erproben, um Lehrkräfte nach Sozialindikatoren einzusetzen.
- Für Kinder mit nichtdeutscher Herkunftssprache wollen wir ein Gesamtkonzept zur Sprachförderung erarbeiten. Jede Schülerin und jeder Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache muss statt Segregation eine integrierte Sprachförderung erhalten.
- Wir wollen, dass an jeder Schule ein Medienkonzept existiert, das sowohl zur fächerübergreifenden Vermittlung von Medienkompetenz als auch zur Einbeziehung moderner medialer Unterrichtsmittel Aussagen trifft. Die Schulträger sollen vom Land bei der Gewährleistung eines guten technischen Supports für Pädagoginnen und Pädagogen und Schülerinnen und Schüler stärker unterstützt werden – dabei sind auch Mittel aus dem Digitalpakt des Bundes zu nutzen.
- Wir streben an, den Beruf der Lehrerin und des Lehrers attraktiver zu machen und die Pädagoginnen und Pädagogen in ihrem Alltag zu entlasten – über ein aktives Gesundheitsmanagement und den Abbau von Bürokratie.
- Das Einstellungsverfahren in den Thüringer Schuldienst wurde in den letzten Jahren beschleunigt. Diese Entwicklung muss fortgesetzt werden. Es müssen die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um individuelle Leerlaufzeiten zwischen Studium und Eintritt in den Vorbereitungsdienst zu vermeiden und die Schulämter personell so ausgestattet werden, dass die Bewerberinnen und Bewerber besser betreut und früher Einstellungsversprechen gegeben werden können.
- Wir wollen den Einsatz junger Lehrkräfte im ländlichen Raum besonders unterstützen. Dazu werden wir gemeinsam mit den Schulträgern geeignete Maßnahmen erörtern und umsetzen.
- Wir werden bei der Einstellung von Lehrkräften noch stärker auf die Wünsche der Lehrerinnen und Lehrer eingehen. Das umfasst unter anderem die Möglichkeit von Teilzeit-Referendariaten, eine frühzeitige Information über angenommene oder abgelehnte Bewerbungen und zielgerichtete Angebote an einzelne Bewerberinnen und Bewerber. Alle in

Thüringen für den Lehrerberuf ausgebildeten Lehrkräfte sollen ein Angebot für eine Stelle in Thüringen erhalten.

- Auch Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund sollen aktiv gewonnen werden. Für Menschen mit ausländischen Berufskennnissen soll die Anerkennung vereinfacht werden, bei Bedarf braucht es ein Angebot für Nachqualifizierungen.

### Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern weiterentwickeln

Wir setzen auf eine moderne und praxisorientierte Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Sie ist ein wichtiger Faktor für die Schulqualität in Thüringen. Inklusion, digitale Medien, Heterogenität und Demokratiebildung sind nur einige Schlagworte, die die Ansprüche des Berufes und die gewachsenen Aufgaben umreißen. Einiges haben wir bereits umgesetzt:

- Mit dem Runden Tisch „Medienkompetenz“ haben wir ein Programm zur Stärkung der Medienbildung für alle Altersgruppen entwickelt.
- Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir die Entwicklung digitaler Lehr- und Lernmethoden in der Ausbildung an den Universitäten in Erfurt und Jena unterstützt – durch ein Förderprogramm des Landes.
- Gemeinsam mit den Studienseminaren und Universitäten hat das Bildungsministerium Möglichkeiten zur Ausbildung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern für den Lehrerberuf entwickelt.
- Im Rahmen der Schulgesetzreform haben wir über zusätzliche Qualifizierungsangebote die Situation der „Ein-Fach-Lehrerinnen und -Lehrer“ verbessert.

Diesen Weg werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen:

- Aufbauend auf dem Bericht der Expertenkommission „Zukunft Schule“ wollen wir eine umfassende Reform der Thüringer Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern auf den Weg bringen. Sie soll in der Entwicklungsplanung der Hochschulen und in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen verankert werden.
- Wir wollen die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen auf eine schulstufenbezogene Ausbildung umstellen (statt einer schulartbezogenen Ausbildung) – im Sinne längeren gemeinsamen Lernens und der Stärkung der Gemeinschaftsschule.
- Um die Lehrkräfte bei der Verankerung einer menschenrechtsorientierten und rassismuskritischen Lehr- und Lernkultur zu unterstützen, wollen wir verschiedene Maßnahmen ergreifen. Zum Beispiel wollen wir Lehr- und Lernmaterialien auf rassistische und diskriminierende Inhalte überprüfen, ein Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmonitoring im Bildungsbereich einrichten, um Barrieren sichtbar zu machen. Wir wollen Angebote zur Sensibilisierung und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte schaffen, Anlaufstellen für Opfer von Rassismus und Diskriminierung in Bildungseinrichtungen einrichten und Angebote zu deren Empowerment anbieten.
- Wir wollen eine didaktische und pädagogische Ausbildung, die diesen Namen verdient und Inklusionsbelange berücksichtigt – insbesondere im Hinblick auf eine sinnvolle und nachvollziehbare Koordination mit fachwissenschaftlichen Inhalten. Grundlagenwissen in den Themenbereichen Inklusion, Vielfalt und interkulturelle, rassismuskritische und diskriminierungskritische sowie geschlechtersensible Bildung ist ebenso unverzichtbar wie

moderne Lehr- und Lernformen zur Stärkung der Medienkompetenz und zur Demokratisierung von Schule und Unterricht. Lehramtsstudierende sowie Lehramtsanwärterinnen und -anwärter sollen für den Erwerb zusätzlicher Kompetenzen (Elternarbeit) mehr Freiräume erhalten.

- Wir wollen die Lehrkräfte in der Fort- und Weiterbildung unterstützen und dazu die Freistellungsregelungen deutlich verbessern. Schulart- und fachübergreifende Weiterbildungsmöglichkeiten sollen gefördert werden.
- Wir wollen die Hochschulen unterstützen, die Ausbildung von Lehrkräften in Thüringen standortübergreifend und in Kooperation weiterzuentwickeln. Insbesondere am Standort Erfurt wollen wir die Lehramtsausbildung für das Berufsschullehramt ausbauen.
- Darüber hinaus wollen wir die Übergänge zwischen den Phasen der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer besser gestalten und durch einen intensiveren Austausch eine phasenübergreifende Bildung ermöglichen.
- Anstelle starrer Fachkombinationsvorschriften wollen wir Lehramtsstudierende bedarfsgerecht gewinnen und unterstützen – vor allem durch eine deutlich verbesserte studienbegleitende Beratung.
- Um den Lehrkräftebedarf zu decken, wird Thüringen auch Lehramtsanwärterinnen und -anwärter aus anderen Bundesländern benötigen. Die im Jahr 2019 begonnene Kampagne zur Gewinnung von Lehrkräften wird deutlich ausgebaut und verstetigt.

### Schulen sichern und gute Lehre stärken

Die wohnortnahe Schule mit guter Lehre ist der Grundpfeiler unserer Schulpolitik. Wir wollen Bedingungen dafür schaffen, dass alle Schulstandorte erhalten werden und dass an allen Schulen genügend Lehrerinnen und Lehrer unterrichten. Auf dieser Basis können wir das Leitziel unserer Schulpolitik umsetzen: Jedes Kind soll die individuelle Förderung erhalten, die es für seine freie Entfaltung benötigt.

In der Ganztagschule mit ihren ganztagsschulischen Angeboten sieht DIE LINKE. Thüringen die günstigsten Bedingungen, dieses Ziel zu verwirklichen.

In diesem Sinne haben wir seit 2014 gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die Schulpolitik gestaltet:

- Wir haben die Schulsanierung vorangetrieben und die Schulträger mit 450 Millionen Euro beim Umbau und der Instandhaltung von Schulgebäuden unterstützt. Wir haben damit das größte Schulinvestitionsprogramm seit 1990 umgesetzt.
- Wir haben die Horte zurück an die Grundschulen geholt und damit gute Voraussetzungen für die Entwicklung von Ganztagschulen geschaffen.
- Wir haben 250 zusätzliche Stellen für Horterzieherinnen und -erzieher geschaffen und in Abstimmung mit den Gewerkschaften den Beschäftigungsumfang schrittweise angehoben. So sind heute nicht mehr 50, sondern 60 bis 80 Prozent Beschäftigungsumfang die Regel.
- Mit dem 2018 eingeführten Schulbudget ermöglichen wir den Schulen Flexibilität bei der Schulentwicklung und bei der Unterrichtsabsicherung, bei der Vernetzung mit dem kommunalen Schulumfeld und bei der Gesundheitsförderung für Lehrerinnen und Lehrer.

Hierauf aufbauend wollen wir auch zukünftig die Schulen ganzheitlich entwickeln:

- Wir werden die Sanierung der Schulgebäude in bisherigem Umfang weiter fördern.
- Wir stärken die Gemeinschaftsschule weiter. Die Schulkonferenz soll die Entwicklung der Schule festlegen, nicht das Veto eines Schulträgers. Bestehende Modelle bis Klassenstufe 10 wollen wir auf alle Klassenstufen ausweiten.
- Wir wollen die Elternbeiträge für die Hortkosten abschaffen.
- Wir wollen die Schulhorte und Ganztagsangebote schrittweise auf die Klassenstufen 5 und 6 ausweiten und im Zuge des Ausbaus von der Gebührenpflicht befreien.
- Wir wollen den Anteil polytechnischer Bildung erhöhen, um ihr Potenzial zur Motivation von Lernprozessen und zur beruflichen Orientierung stärker zu nutzen. Praxisklassen sind hierbei ein Weg, der besonders gefördert werden muss.
- Wir wollen Schulsozialarbeit an allen Schulen ermöglichen.
- Wir digitalisieren die Schulen. Das umfasst neben der nötigen technischen Ausstattung vor allem eine entsprechende Weiterbildung der Lehrkräfte.
- Im Rahmen der Medienbildung werden wir die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern, Jugendlichen und Pädagoginnen und Pädagogen im Umgang mit Rassismus und Diskriminierung im digitalen Raum stärken.
- Wir wollen zusätzliche inhaltliche und organisatorische Unterstützung für Beratungslehrkräfte und Schülersprecherinnen und -sprecher organisieren.
- Wir wollen den Religionsunterricht an den staatlichen Schulen als Wahlpflichtfach abschaffen und als freiwillige Ergänzung nach der regulären Unterrichtszeit anbieten.
- Wir wollen die Kompetenzen der Schulkonferenzen stärken und neue Strukturen für mehr Demokratie, wie Klassenräte, an den Schulen ermöglichen.
- Wir wollen die berufsbegleitende Weiterbildung der Lehrkräfte stärken.
- Allen Erzieherinnen und Erziehern, die im Hort tätig sind, soll die Möglichkeit einer Vollzeitbeschäftigung (100 Prozent Stellenumfang) angeboten werden. Dies kommt dem Ausbau eines Ganztagsangebotes zugute. Zudem können die Erzieherinnen und Erzieher so häufiger als zweite pädagogische Kraft im Unterricht die Arbeit der Lehrkraft unterstützen. Nicht zuletzt werden die Stellen im Hort attraktiver.

Große Bedeutung misst DIE LINKE. Thüringen der Stabilisierung der beruflichen Orientierung bei, wie sie sich in den letzten Jahren an den Thüringer Schulen entwickelt hat:

- Wir wollen die Reduzierung von EU-Mitteln gezielt ausgleichen, um zu erreichen, dass Schülerinnen und Schüler mit Problemen an der Schwelle ins Berufsleben weiter individuell unterstützt werden –durch gut ausgebaute Hilfen am Übergang zur und am Beginn der Berufsausbildung.
- Wir wollen an den Wahlschulformen der Berufsschule erstmals eine institutionalisierte Studien- und Berufsberatung aufbauen.

### **Für eine enge Kooperation der Schulen in freier Trägerschaft mit den staatlichen Schulen**

Schulen in *freier* Trägerschaft sind ein wichtiger Teil des Schulwesens, der durch verfassungsgesetzliche Vorgaben gesichert ist. Sie können für das gesamte Schulwesen wichtige inhaltliche Impulse geben und sie leisten mit einem Anteil von rund 10 Prozent einen Beitrag, um jungen Menschen ihren Weg ins Leben zu ebnen.

In diesem Verständnis hat DIE LINKE. Thüringen gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern seit 2014 die Entwicklung von Schulen in *freier* Trägerschaft gefördert:

- Innerhalb von fünf Jahren haben wir die Fördergelder um 40 Prozent erhöht, bei einem Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler von etwa 10 Prozent.
- Die behördlichen Auflagen für die Arbeit der Schulen in *freier* Trägerschaft wurden entbürokratisiert. Den Schulen wurde im Rahmen ihrer Personalverantwortung mehr eigener Entscheidungsraum eingeräumt.
- Die Schulen wurden regelmäßig an den Fortbildungsangeboten der staatlichen Schulverwaltung beteiligt.

Hierauf wollen wir auch künftig aufbauen:

- Die von uns eingeführte Finanzausstattung werden wir fortführen, inklusive einer Anpassung um 1,9 Prozent jährlich.
- Die Kooperation zwischen staatlichen Schulen und Schulen in *freier* Trägerschaft wollen wir verstärken. So könnten Schulen untereinander Lehrerinnen und Lehrer tauschen, um die Weitergabe von Ideen und Erfahrungen zu erleichtern. Zudem soll erreicht werden, dass sowohl bei der Unterrichtsabsicherung als auch beim Umgang mit Inklusion und Vielfalt die vorhandenen Aufgaben in einer Region durch die angesiedelten Schulen gemeinsam erfüllt werden können – zum Nutzen der Schülerinnen und Schüler und in Anerkennung der Tatsache, dass beide Bereiche des Schulwesens zu ihrer Aufgabenerfüllung wesentlich staatlich finanziert sind.
- Wir werden darauf drängen, dass die bestehenden Bestimmungen zur Lehrkräfteentlohnung von den Schulen in *freier* Trägerschaft eingehalten werden.

### Fortführung des Weges der gelingenden Inklusion

Kinder mit einer Behinderung haben ein Grundrecht auf inklusive Bildung. Das ist unsere Leitidee. Die inklusive Schule ist in Thüringen in den letzten Jahren gut vorangekommen. Je nach Region unterscheidet sich das Bild aber teilweise noch erheblich.

DIE LINKE. Thüringen steht für eine enge Kooperation zwischen Schule, Elternhaus und sozialpädiatrischen Zentren. Für die Entscheidung, welchen Bildungsweg ein Kind nimmt, ist für uns immer der Elternwille von ausschlaggebender Bedeutung – neben dem sonderpädagogischen Gutachten des zuständigen Teams Qualitätssicherung der sonderpädagogischen Begutachtung im Schulamt.

Gemeinsam mit Verbänden und fachlichen Akteurinnen und Akteuren hat DIE LINKE. Thüringen mit ihren Koalitionspartnern seit 2014 im Beirat Inklusion in einem ausgedehnten Prozess viele Probleme und mögliche Lösungen erörtert, um die Prozesse noch besser begleiten und unterstützen zu können:

- Mit Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes zum 1. August 2020 werden Verhandlungen von regionalen Entwicklungsplänen mit den Landkreisen und kreisfreien Städten eingeleitet. In diesem Prozess soll das weitere Vorgehen (materiell und personell) für jeden Kreis festgelegt werden. Die Pläne sollen fester Bestandteil der kreislichen Personal- und Haushaltsplanung werden. Weiterbildungen zu inklusiver Schulpraxis müssen verpflichtender Bestandteil der Arbeit an allen Schulen werden.

Zukünftig wollen wir die inklusive Beschulung weiter voranbringen:

- Die Förderzentren sind mit einer Doppelaufgabe versehen: Spezialunterricht an der Schule sowie förderpädagogische Unterstützung des inklusiven Unterrichts in der Region. Wir wollen die Förderzentren deutlich stärken, damit der Förderbedarf an beiden Stellen qualitativ gut erfüllt werden kann.
- Wir sehen die Notwendigkeit, eine Aus- und Weiterbildungsoffensive im sonderpädagogischen Bereich zu starten – zur Stärkung der Förderpädagogik an den Hochschulen und in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, zur Aus- und Weiterbildung der sonderpädagogischen Fachkräfte und für zusätzliche, kurzfristige Fortbildungsangebote für alle Lehrkräfte nach verschiedenen Förderbedarfen der Kinder. Hierfür wollen wir die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen.
- Den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst wollen wir in seiner Aufgabe im gemeinsamen Unterricht stärken. Sonderpädagogische Fachkräfte dürfen nur im Ausnahmefall für Vertretungsstunden eingesetzt werden.

### Die berufliche Ausbildung stärken

Wir wollen gemeinsam mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung in Thüringen verbessern. Das betrifft die Lernverhältnisse der Auszubildenden im Betrieb und an der Berufsschule, die zurückzulegenden Wege und eine soziale Absicherung, die die Abhängigkeit von den Eltern oder von aufreibenden Nebentätigkeiten beendet. Zudem unterstützen wir die Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen bei ihrer Arbeit in den Unternehmen. Demokratie- und Mitbestimmungsprojekte an den Berufsschulen unterstützen wir besonders.

Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir seit 2014 wichtige Vorhaben umgesetzt:

- In einem breiten Dialogprozess haben wir die von den Vorgängerregierungen lange verzögerte Berufsschulnetzplanung vorangetrieben und damit Planungssicherheit geschaffen. Damit haben wir den Fortbestand einiger traditioneller Thüringer Ausbildungsberufe gesichert.
- Um die Mobilität der Auszubildenden zu unterstützen, wurde ein Azubi-Ticket für den ÖPNV eingeführt. Das erlaubt es, in allen Thüringer Kreisen, die sich angeschlossen haben, vergünstigt Bahn und Nahverkehr zu benutzen.
- Wir haben die Zuschüsse zu Fahrt- und Unterbringungskosten für Berufsschülerinnen und -schüler vom Elterneinkommen gelöst und aufgestockt. Es werden heute dreimal mehr Auszubildende (im Vergleich zu 2014) vom Land unterstützt.

Hierauf wollen wir in den kommenden Jahren aufbauen:

- Wir wollen die Zahl der Lehrkräfte erhöhen. Dazu werden wir ein Programm zur Gewinnung und Ausbildung geeigneter Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger mit fachlicher Qualifizierung schaffen.
- Wir werden das Berufsschulnetz gemeinsam mit den Schulträgern und Verantwortlichen der beruflichen Bildung fortschreiben.

- Wir werden uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen das Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und für die Azubis kostenfrei zu gestalten. Im gleichen Zug soll auch für die Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe der Eigenbeitrag zu den Fahrtkosten abgeschafft und übernommen werden.
- Wir wollen die Schulgebühren im Bereich Berufsbildung schrittweise abschaffen und im Bereich vollzeitschulischer Ausbildung ein Landesausbildungsentgelt einführen.
- Wir wollen die Ausbildungsqualität erhöhen. Dazu führen wir innerhalb der beruflichen Ausbildung ein verbessertes Qualitätsmanagement ein.
- Wir wollen eine zentrale Beschwerdestelle für Azubis schaffen, die im Konfliktfall und bei Verstößen gegen Ausbildungsregelungen auf Basis von Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden aktiv wird.
- Wir werden uns im Bund für ein generelles Mindestausbildungsentgelt für alle Auszubildenden einsetzen. Wir fordern eine deutliche Aufstockung der BAföG-Sätze sowie die Erweiterung der Anspruchsberechtigung und eine staatliche Ausbildungsbeihilfe. So wollen wir unter anderem per Erlass die Förderlücke für Geflüchtete im Asylverfahren schließen.

### Hochschulen für ein zukunftsfähiges Thüringen voranbringen

Die Thüringer Hochschulen haben sich zu einem zukunftsfähigen Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft entwickelt. Mit zehn Hochschulen und zahlreichen Forschungseinrichtungen werden wichtige Impulse für die Entwicklung Thüringens und darüber hinaus gesetzt. Hochschulen sind aber nicht nur regionale Innovationsmotoren. Sie sind in erster Linie Lehr-, Lern- und Lebensorte von ca. 50 000 Studierenden und Wirkungsstätten von knapp 20 000 Beschäftigten und Tätigen in der Lehre. Sie alle gestalten Hochschulen in Thüringen. Für DIE LINKE. Thüringen gilt: Hochschulen müssen als offene, soziale, global nachhaltige und demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden werden, an denen Lehre und Forschung sich frei und unabhängig entwickeln können.

Für diese Entwicklung braucht es die notwendigen Ressourcen und Rahmenbedingungen, die wir in den letzten Jahren unter Rot-Rot-Grün verbessert haben:

- Wir haben die Grundfinanzierung der Hochschulen durch das Land deutlich gesteigert. Die Hochschulen haben in den Jahren 2016 bis 2020 einen Aufwuchs ihrer Landeszuschüsse um absolut 232 Millionen Euro erhalten.
- Wir haben die Berufsakademie zur Dualen Hochschule Gera-Eisenach umgewandelt. Damit stärken wir das duale Studium und leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Fachkräftesicherung.
- Wir haben die Hochschulautonomie gestärkt. Die Hochschulen können schneller und den eigenen Abläufen entsprechend auf Veränderungen reagieren – durch flexible Mittelbewirtschaftung (Globalhaushalt), das alleinige Berufungsrecht für Professorinnen und Professoren und mehr Freiraum bei Baumaßnahmen.

Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen, um die Wissenschaftslandschaft in Thüringen weiterhin zukunftsfähig zu gestalten:

- Wir werden die Grundfinanzierung der Hochschulen in Thüringen sichern. Dazu wollen wir auch nach 2020 eine kontinuierliche Steigerung der Landesmittel um 4 Prozent für die Hochschulen verankern.



- Die Ausgestaltung der Finanzierungsverfahren und -vereinbarungen zwischen Land und Hochschulen wollen wir überprüfen. Um weitere Verbesserungen in den Bereichen Gleichstellung, Inklusion, Internationalisierung und Studienbedingungen zu erreichen, wollen wir die aktuellen Steuerungsinstrumente weiterentwickeln.
- Wir wollen mit den Hochschulen gemeinsam einen Investitionsplan Hochschulbau 2030 auf den Weg bringen, um den Sanierungsstau an den Hochschulen weiter abzubauen.
- Die Thüringer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft lebt von Kooperation. Wir werden die Hochschulen bei standortübergreifenden Kooperationen in Forschung und Lehre im Rahmen der Entwicklungsplanung unterstützen.
- Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wieder im Grundgesetz verankert. Wir machen uns auch dafür stark, dass die Länder besser bei der grundständigen Finanzierung der Hochschulen und insbesondere der Lehre unterstützt werden. Der Bund muss dazu den Hochschulen und Ländern mit einem dauerhaften und regelmäßig aufwachsenden Hochschulpakt unter die Arme greifen.

### **Gute Lern- und Studienbedingungen an den Thüringer Hochschulen garantieren**

Die Attraktivität einer Hochschule für Studierende ist im Wesentlichen von den Studienbedingungen abhängig. Studierende müssen die Chance haben, ihre Hochschule mitzugestalten. Auch die soziale Infrastruktur und Beratungsangebote müssen sichergestellt sein – von Wohnheimen über Mensen bis hin zum kostengünstigen Studi-Ticket. So lassen sich die finanzielle Belastung der Studierenden gering halten und gute Studienbedingungen gewährleisten. Nur so kann eine Hochschule sozial und offen gestaltet werden.

In diesem Sinne hat die rot-rot-grüne Koalition einiges auf den Weg gebracht, um die Bedingungen für Studierende in Thüringen zu verbessern:

- Wir haben dem Studierendenwerk Thüringen 1 Million Euro mehr zur Verfügung gestellt und einen jährlichen Mittelaufwuchs von 3 Prozent verankert, um die sozialen Angebote zu erhalten.
- Wir haben 15 Millionen Euro für den Bau und die Modernisierung von Wohnheimen zur Verfügung gestellt. So konnten wir den angespannten Wohnungsmarkt in den Hochschulstädten entlasten und Studierenden mehr bezahlbaren modernen Wohnraum zur Verfügung stellen.
- Mit dem neuen Hochschulgesetz haben wir die Mitbestimmung der Studierenden in den Hochschulgremien deutlich ausgebaut.
- Wir haben die Bedingungen für ein selbstbestimmtes Studium deutlich verbessert – mit Veränderungen bei der Regelstudienzeit, den Anwesenheitspflichten und der Prüfungsunfähigkeit.

Darauf wird DIE LINKE. Thüringen in den kommenden Jahren aufbauen – für ein möglichst freies und selbstbestimmtes Studium in Thüringen:

- Die Studierbarkeit und der Studienerfolg hängen maßgeblich von der Qualität der Lehre ab. Deshalb wollen wir dem Qualitätsmanagement an den Hochschulen besonderes Augenmerk widmen.
- Wir wollen eine Lernmittelpauschale einrichten, mit der alle Studierenden im ersten Semester die notwendigsten Lehr- und Lernmaterialien beschaffen können. So können

Studierende finanziell entlastet werden.

- Wir wollen Langzeitstudiengebühren und weitere studienrelevante Gebühren abschaffen und die entstehenden Einnahmeverluste der Hochschulen durch Landesmittel ausgleichen.
- Wir setzen uns für die Einführung einer Service-App für Studierende ein, in der alle studien- und hochschulbezogenen Informationen und Angelegenheiten gebündelt zur Verfügung gestellt werden.
- Wir setzen uns im Bund für eine grundlegende Reform des BAföG ein. Wir wollen eine elternunabhängige und armutssichernde Ausbildungsförderung in Höhe von 1.050 Euro für alle.
- Wir wollen den Bund mit einem Hochschulsozialpakt in die Pflicht nehmen, die Länder bei der Finanzierung der Studierendenwerke zum Ausbau der sozialen Infrastruktur zu unterstützen.
- Das Studium an Thüringer Hochschulen muss auch beruflich qualifizierten Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Geflüchteten offenstehen. Deshalb werden wir bestehende Barrieren weiter abbauen. Dazu drängen wir auf die Einrichtung und Umsetzung von Diversity-Strategien.

### **Gute Arbeit in der Wissenschaft zum Dauerzustand machen**

Der Alltag der Beschäftigten und Tätigen an den Hochschulen ist oft geprägt von Unsicherheit und einem erheblichen Leistungsdruck im Wettbewerb um externe Forschungsgelder. Dies schadet auch der wissenschaftlichen Leistung. Nur wenn alle an Hochschulen Arbeitenden Planungssicherheit, Karriereperspektiven und ausreichend Zeit haben, trägt dies dazu bei, Lehre und Forschung zu stärken, Studienbedingungen zu verbessern sowie Wissenschaft zu betreiben, die ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden kann.

Die Beschäftigungssituation hat DIE LINKE. Thüringen zum Thema gemacht und mit den Koalitionspartnern Maßnahmen für Gute Arbeit an den Hochschulen ergriffen:

- Im neuen Thüringer Hochschulgesetz werden die Hochschulen verpflichtet, verbindliche Rahmenvorgaben für Gute Arbeit für alle Beschäftigten zu erlassen. Wir haben Regelungen für mehr Familienfreundlichkeit und Gleichstellung im Sinne der Beschäftigten festgeschrieben.
- Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Fachhochschulen erhalten den gleichen Lohn wie ihre Kolleginnen und Kollegen an den Universitäten.
- Der besseren Vergütung der Lehrbeauftragten haben wir den Weg bereitet, insbesondere durch die gesetzliche Berücksichtigung der Vor- und Nachbereitung als Arbeitszeit.
- Wir unterstützen den wissenschaftlichen Nachwuchs durch die gesetzliche Verankerung der Promovierendenvertretung und verbindliche Qualifizierungsvereinbarungen.

Diesen Weg werden wir weitergehen, um Gute Arbeit an den Hochschulen zur Regel zu machen:

- Wir wollen neben einer Rahmendienstvereinbarung auch einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Hochschulen, der einen Mindestlohn, Mindestvertragslaufzeiten sowie Rechte und Pflichten verbindlich regelt. Die studentischen Beschäftigten sollen zudem die Möglichkeit bekommen, ihre Belange in den Personalräten der Hochschulen zu vertreten. Zudem sollen Lehrbeauftragte und Honorarkräfte durch Personalräte vertreten werden können.

- Wir stehen zum Prinzip Dauerstellen für Daueraufgaben. Die Rahmenvorgaben für Gute Arbeit an den Hochschulen werden wir auf ihre Wirkung hin prüfen. Wir plädieren für alternative Karrierewege jenseits der Professur und unterstützen die Hochschulen bei der Einrichtung von unbefristeten Stellen. Dazu setzen wir uns für Anpassungen der Gesetzgebung des Bundes ein.
- Lehrbeauftragte sollen ausschließlich für den Wissenstransfer aus der Praxis an die Hochschulen angestellt werden. Wir werden Schlupflöcher zum missbräuchlichen Einsatz schließen und Möglichkeiten zur Mitwirkung der Lehrbeauftragten in den Hochschulgremien schaffen.
- Wir wollen mehr Doktorandinnen und Professorinnen sowie mehr Frauen in Führungspositionen an den Thüringer Hochschulen. Wir werden die gesetzlichen Fortschritte in diesem Bereich unter Rot-Rot-Grün mit weiteren Maßnahmen unterstützen und fordern die Umsetzung des Kaskadenmodells, wodurch sich höherrangige Ebenen an dem Frauenanteil der unteren Ebenen orientieren müssen.
- Für jede Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) muss gelten „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Deshalb wollen wir die Angleichung der Lehrverpflichtung von LfbA`s an Fachhochschulen an die ihrer Universitätskolleginnen und -kollegen.

### **Verantwortungsvolle Wissenschaft und Forschung für die Gesellschaft**

Die Hochschulen in Thüringen sind Orte der Forschung und Innovation – vor allem im Zusammenwirken mit außeruniversitären Instituten. Als öffentliche Forschungsreinrichtungen tragen sie Verantwortung für die Grundlagenforschung und für eine an den gesellschaftlichen Herausforderungen orientierte Forschung. Das Einwerben vorrangig wettbewerblich organisierter und vergebener Forschungsmittel bindet zu viel Zeit, die für Forschung und Lehre fehlt. Diese Art der Forschungsfinanzierung trägt durch kurze Vertragslaufzeiten zur Unsicherheit vieler Beschäftigungsverhältnisse bei.

Die rot-rot-grüne Koalition hat bereits einiges auf den Weg gebracht, um Transparenz und eine verantwortungsvolle Forschungs- und Wissenschaftspolitik in Thüringen zu stärken:

- Damit Forschungsprojekte und Forschungsergebnisse nicht einseitig von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst werden, wurde ein öffentlich zugängliches Transparenzregister geschaffen.
- Alle Thüringer Hochschulen binden ihre Forschung an eine Zivilklausel, um Wissenschaft und Forschung an moralisch-ethischen Standards auszurichten und Forschungsergebnisse für das friedliche Zusammenleben der Menschen zu nutzen.
- Wir fördern digitale Innovationen an den Hochschulen und haben Impulse für die wissenschaftliche Attraktivität gesetzt – mit Stipendien und Fördermitteln für digitale Lehr- und Lernformate sowie einer Strategie für frei zugängliche Onlinepublikationen (Open Access) von Forschungsergebnissen der Thüringer Hochschulen.

Diesen Weg moderner und transparenter Wissenschaft und Forschung will DIE LINKE. Thüringen weitergehen:

- Wir wollen in Thüringen Forschung und Lehre zur gesellschaftlichen Entwicklung und Transformation etablieren, um zeitgemäße und global nachhaltige Antworten auf neue Herausforderungen zu erhalten.

- Wir wollen einen Lehrstuhl einrichten, der sich mit den Themen Kolonialismus, Migration, Flucht und Rassismus befasst. Dieser soll sich insbesondere mit deren Rolle im und Auswirkungen auf das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische System beschäftigen.
- Die LINKE steht für eine sozial-ökologische Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft. Dafür braucht es auch entsprechende Forschung und Beratung. Wir wollen daher an einer Thüringer Hochschule eine Professur für Plurale Wirtschaftswissenschaft (Heterodoxe Ökonomie) und ein entsprechendes wirtschaftswissenschaftliches Forschungs- und Beratungsinstitut schaffen, um der neoklassischen Lehre und dem neoliberalen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften Denken, Forschung und Lehre vielfältigeren Zuschnitts zur Seite zu stellen. Dazu gehören ausdrücklich auch (post-)keynesianisches, marxistische, ökologische und feministische Wirtschaftstheorien.
- Wir setzen uns für eine qualitative Weiterentwicklung der Fachhochschulen ein, um die Thüringer Wissenschaftslandschaft zu stärken – wichtig ist es insbesondere, das Fächerspektrum zu erweitern und Forschung, Nachwuchsentwicklung und Lehre auszubauen.
- Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das einen offenen Zugang zu wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Publikationen garantiert – sowohl für Lehrende und Studierende als auch weitere Interessierte.
- Wir wollen an den Hochschulen in einem Modellprojekt erproben, wie öffentliche Publikationen unabhängig von Verlags- und Lizenzstrukturen gelingen können, um den wissenschaftlichen Anspruch der Autonomie privatwirtschaftlichen Interessen zu entziehen.
- Wir werden die Thüringer Hochschulbibliotheken zeitgemäß aufstellen und dazu die Ergebnisse der Untersuchung zu den Bibliotheksservicecentern beachten.

### Lernen lebensbegleitend möglich machen – Erwachsenenbildung ausbauen

Unser Alltag ist komplexer geworden. Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der letzten Jahre und der Wandel in der Arbeitswelt stellen uns alle vor Herausforderungen. Die Erwachsenen- und Weiterbildung hat eine besondere Rolle, um unter diesen Bedingungen die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen im sozialen Miteinander garantieren zu können. Die Erwachsenenbildung trägt mit den Bildungsangeboten in Politik, Gesundheit, Kultur, Sprache und Arbeit sowie in der Grundbildung und Alphabetisierung dazu bei, dass Menschen sich nach ihren Bedürfnissen und Wünschen entwickeln können. Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind mehr als außerschulische Orte, an denen Zertifikate erworben werden können. Sie sind Begegnungsorte und verbinden Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Deshalb hat Rot-Rot-Grün in den letzten Jahren einiges getan, um die Erwachsenenbildung in Thüringen zu stärken:

- Wir haben ein Bildungsfreistellungsgesetz geschaffen, um Beschäftigten Zeit für ihre Weiterbildungswünsche zu geben.
- Wir haben die Grundförderung der Volkshochschulen und freien Träger der Erwachsenenbildung um über 2,2 Millionen Euro und damit um 25 Prozent erhöht.
- Wir haben mit zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Angebote von Sprachkursen, Integrationskursen und Grundbildung die Volkshochschulen dabei unterstützt, ihrer Verantwortung als Orte der Integration gerecht zu werden.

Die Herausforderungen werden in den kommenden Jahren aufgrund des fortschreitenden gesellschaftlichen Wandels hoch bleiben. Deshalb will DIE LINKE. Thüringen den begonnenen Weg konsequent weitergehen:

- Wir wollen das Bildungsfreistellungsgesetz für mehr Beschäftigte öffnen. Auch in kleinen Betrieben soll es einen Anspruch geben – und auch Auszubildende sollen fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr wahrnehmen können.
- Wir wollen, dass Gute Arbeit zum Standard in der Erwachsenenbildung wird und die Einrichtungen der Erwachsenenbildung dazu finanziell besser ausstatten.
- Wir wollen mit einem Investitionspaket die Einrichtungen beim Abbau von Barrieren und beim Ausbau digitaler Bildungsangebote unterstützen.
- Wir wollen die Angebote zur Alphabetisierung, sprachlichen Förderung und Grundbildung ausbauen. Ebenso sollen Bildungsangebote zu Demokratie und zur menschenrechtsorientierten Bildungsarbeit eine langfristige Finanzierungsperspektive bekommen, um Angebote nachhaltig aufzubauen.
- Wir wollen eine Weiterbildungsprämie für Menschen mit niedrigem Einkommen einführen, um das Erreichen individueller Bildungsziele zu erleichtern.
- Wir wollen ein Modellprojekt zu mobiler und dezentraler Erwachsenenbildung auf den Weg bringen, um älteren Menschen und Menschen im ländlichen Raum den Zugang zur Erwachsenenbildung zu erleichtern – über Angebote wie E-Learning und Onlinekurse oder einen mobilen Bildungsbus.
- Wir wollen Möglichkeiten schaffen, die alle Menschen lebensbegleitend im sicheren Umgang mit digitalen Medien, Kommunikationswegen und der zugrunde liegenden Technik stärken.

## II. Kultur und Medien

### Kultur für alle

Kultur ist Lebendigkeit, Widerspruch, Vielfalt und Inspiration. Sie regt zum Innehalten, zum Nachdenken und zur Meinungsbildung an. Kultur ist für DIE LINKE. Thüringen kein Luxusgut. Im Gegenteil – unser Anspruch lautet: Kultur für alle. Kultur ist öffentliche Daseinsvorsorge, Bestandteil der Grundversorgung. Wir und Minister Benjamin-Immanuel Hoff sehen den Wert von Kultur in jedem Ort unseres Freistaates – seien es Museen oder Heimatstuben, Kulturdenkmäler, Theater und freie Theatergruppen, Orchester oder Chöre jeder Art, Musik- und Jugendkunstschulen und vieles mehr. Weil Kunst ein wesentliches Moment der großen gesellschaftlichen Debatten ist, wollen wir, DIE LINKE. Thüringen, die verschiedenen Künste als autonome Räume, Experimentierfelder und Refugien sichern und schützen. Denn in neuen künstlerischen Tendenzen sehen wir Impulse für ein erweitertes Welt- und Gesellschaftsverhältnis, die nach Kräften zu fördern sind. Dem Anspruch „Kultur für alle“ haben wir als Teil der rot-rot-grünen Koalition Rechnung getragen und die einzigartige Thüringer Kulturlandschaft in ihrer Bandbreite und Vielfalt erhalten und weiterentwickelt. Besonders wichtig war uns dabei der Dialog mit den Kulturverbänden und Kulturschaffenden. Wir konnten die Kulturausgaben deutlich steigern. In diesem Sinne hat DIE LINKE. Thüringen im Rahmen der rot-rot-grünen Koalition gewirkt:

- Wir haben den Kulturetat in Thüringen um mehr als 30 Millionen Euro erhöht und den Kulturlastenausgleich für Thüringer Kommunen entbürokratisiert und auf 10 Millionen Euro aufgestockt.
- Wir haben Modellprojekte von überregionalen Kulturentwicklungskonzeptionen erfolgreich durchgeführt und unterstützen die Bewerbung Geras als Europäische Kulturhauptstadt 2025.
- Wir haben die Enteignung von Schloss und Park Reinhardsbrunn erfolgreich durchgeführt und damit bundesweit erstmalig gezeigt, wie man verhindert, dass solche Kulturdenkmäler als Spekulationsobjekte missbraucht und dem Verfall preisgegeben werden.
- Die Museumsförderung wurde um 1 Million Euro erhöht. Weitere Zuschusserhöhungen gab es für die Museen der Klassik Stiftung Weimar.
- Das Burgenmuseum auf der Veste Heldburg und das Bauhaus Museum in Weimar konnten neu eröffnet werden.
- Erstmals wurde in Thüringen für den Bereich Kultur und Denkmalschutz ein Investitionsprogramm in bedeutendem Umfang aufgelegt.
- Die Sanierung der Theater in Altenburg und Nordhausen wurde finanziert und hat begonnen. Die Sanierung des Theaters Rudolstadt wird abgeschlossen.
- Die Thüringer Kulturstiftung wurde zur Stiftung für zeitgenössische Kunst, die mit Stipendien und anderen Instrumenten Künstlerinnen und Künstlern unterstützt und in Thüringen Perspektiven bietet.

DIE LINKE. Thüringen will weiterhin dafür Sorge tragen, dass kulturpolitisch nachhaltige Entwicklungsperspektiven ermöglicht werden – im Einklang mit den Kommunen. Ausgehend davon wollen wir in den kommenden Jahren folgendes angehen:

- Bereits mit dem Haushalt 2020 steigt das Land Thüringen wieder in die anteilige Finanzierung der Musikschulen und Jugendkunstschulen ein. Dafür sind 3 Millionen Euro vorgesehen.

- Wir möchten einen ticketfreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen, wie Museen und Theater, für Kinder, Jugendliche und junge Menschen fördern.
- Mit Mitteln des Bundes und des Landes werden wir ab 2020 mehr als 240 Millionen Euro in Thüringer Schlösser und Burgen investieren, zum Beispiel ins Schloss Altenburg und in das Lindenau-Museum.
- Wir wollen die Lücke zum Flächentarifvertrag, insbesondere für die Beschäftigten am Theater Rudolstadt, endlich schließen.
- In Eisenach soll das abgebrannte Werkstattgebäude mit der Bühne des Jungen Theaters neu aufgebaut werden. Es soll Platz für ein zusätzliches Produktionshaus der freien Theaterszene bieten.
- Wir setzen uns für die Aufhebung des Vergnüungsverbot an stillen Feiertagen und für die Abschaffung des §6 des Thüringer Feiertagsgesetzes ein, damit auch an diesen Tagen eine freie und individuelle Betätigung gewährleistet werden kann.
- Die Überprüfung der Bestände in unseren Museen und Archiven auf Raubkunst aus dem Nationalsozialismus und aus kolonialem Erbe (Provinienzforschung) wollen wir ausbauen und dafür das Volontariatsprogramm erweitern.
- Die Finanzausstattung der Thüringer Kommunen hat sich verbessert – aufgrund der Erhöhung des kommunalen Finanzausgleiches, der kommunalen Steuereinnahmen und des Rückgangs der kommunalen Verschuldung. Wir sehen es als Verpflichtung der Kommunen an, nun die Finanzierung der lokalen Kultureinrichtungen, Musik- und Jugendkunstschulen, Bibliotheken und Theater zu stärken.
- Wir streben ein Digitalisierungsprogramm für die öffentlichen Bibliotheken in Thüringen an – finanziert von Kommunen und dem Land zu gleichen Teilen.
- Die Projektfördermittel und den Kulturlastenausgleich wollen wir auf dem erreichten Niveau erhalten und, wenn möglich, weiter erhöhen.
- Auf Bundesebene wird sich Thüringen gegen jedes Vorhaben stellen, mit dem die Künstlersozialkasse (KSK) eingeschränkt werden soll – außer der Schaffung einer Bürgerversicherung für alle.
- Zur Unterstützung der Bildenden Künstlerinnen und Künstler wollen wir die mit Landesmitteln geförderten Institutionen künftig verpflichten, bei allen Ausstellungen Honorare an die ausstellenden Künstlerinnen und Künstler zu zahlen. Dafür sollen die Haushaltsmittel entsprechend erhöht werden.

### **Kulturelle Bildung in den Mittelpunkt rücken**

Die Angebote schulischer und außerschulischer kultureller Bildung sind in Thüringen vielfältig und von unschätzbarem Wert. Sie bereichern und geben Impulse für unsere vielfältige Kulturlandschaft. Eine stärkere Verzahnung und Sichtbarmachung der Angebote für alle Altersgruppen und die Teilhabe aller Menschen ist und bleibt für DIE LINKE. Thüringen ein wichtiges Anliegen:

- Wir erarbeiten ein Leitbild Kulturelle Bildung und diskutieren ausgehend von den Ergebnissen einer Studie Handlungsoptionen zur Stärkung kultureller Bildung.
- Wir stärken die Musik- und Jugendkunstschulen als Schnittstellen zwischen Bildungseinrichtungen und Kulturinstitutionen in Thüringen. In der rot-rot-grünen Koalition sind wir uns einig: Das Land wird diese Einrichtungen ab 2020 wieder mitfinanzieren. Die geplante Richtlinie muss aus LINKER Sicht in ein Gesetz münden. Das Gesetz soll

Planungssicherheit und Qualitätsstandards festschreiben und helfen, die hohe Anzahl an Honorarkräften in zum Teil unsicheren Beschäftigungsverhältnissen durch mehr Festangestellte zu verringern.

- Wir werden das Kulturagentenprogramm neu ausrichten. Das als Modellprojekt konzipierte Programm hat sich der Verzahnung von Schule und freien Künstlerinnen und Künstlern verschrieben. Es ist uns gelungen, das Modellprojekt in die Transferphase zu überführen. Nun wollen wir erreichen, dass mehr Schulen davon profitieren und es noch mehr in die Fläche ausstrahlt.
- Die Thüringer Kinder- und Jugendtheater müssen weiterhin in ihrer Arbeit unterstützt werden. Wir haben in der Vergangenheit mehr Investitionen möglich gemacht, die wir auch in Zukunft bereitstellen wollen.
- Die Spielstättenförderung, auch für die Theater der freien Szene, wollen wir neu diskutieren und im Dialog mit den Engagierten vor Ort transparent und nachhaltig verankern.
- Die wachsende Vielfalt in der Gesellschaft muss uns dazu anhalten, ein Konzept für Diversität im Kulturbereich zu entwickeln. Dazu werden wir Diversitäts- und Gleichstellungspläne auf den Weg bringen – mit konkreten Maßnahmen in den Bereichen Personal, Programm, Publikum und Zugänge.

#### **Breitenkultur als Nährboden kultureller Teilhabe unterstützen**

Die Breitenkultur ist ausschlaggebend dafür, dass Kultur für alle Menschen ohne Berührungängste real wird. Die vielfältigen künstlerischen und sozialen Projekte und Initiativen leisten einen erheblichen Beitrag in unserer Gesellschaft. Diesen gilt es aus Sicht der Thüringer LINKEN gezielt zu unterstützen:

- Wir haben daher in Regierungsverantwortung das Projektmanagerprogramm verstetigt, die Bezahlung der kulturellen Leitungskräfte schrittweise angehoben und die Förderung mehrjährig ausgestaltet.

Das sind aus unserer Sicht erste, sehr wichtige Schritte. In Zukunft will DIE LINKE. Thüringen daran anknüpfen:

- Wir werden weiter diskutieren, wie das Projektmanagerprogramm auch für neue Initiativen geöffnet werden kann, ohne dass Bewährtes den Nährboden verliert.
- Im Zusammenhang mit der Geschäftsstellenförderung der Kulturverbände soll über transparentere und einheitlichere Förderaspekte nachgedacht werden. Ebenso sollen Fachbeiräte für Förderentscheidungen einheitlich berufen und transparent gemacht werden.

#### **Orte der Soziokultur stärken**

DIE LINKE. Thüringen setzt sich für eine Förderung von Kleinkunst und eine freie Entfaltung der Kulturschaffenden ein. Der Freistaat soll auch künftig in soziokulturelle Einrichtungen investieren und dabei helfen, landesweite Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote zu unterbreiten. Eine innovative und weltoffene Gesellschaft braucht Freiräume, in denen sich die sozialen, kulturellen und politischen Interessen und Bedürfnisse aller Generationen begegnen können. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für Transformationsprozesse im ländlichen Raum und in urbanen Zentren.

#### **Thüringens Kulturinstitutionen voranbringen**

Thüringens Bibliotheken sind Bildungs- und Kulturzentren und dadurch wichtige Anziehungspunkte für Jung und Alt in den jeweiligen Regionen. Sie gilt es, im Zusammenspiel mit den kommunalen



Trägern weiter zu fördern. Mit der Veröffentlichung des Bibliotheksentwicklungsplanes für öffentliche Bibliotheken haben wir uns einer langfristigen Entwicklung verschrieben. Wir wollen:

- die öffentlichen Bibliotheken weiter gestärkt sehen
- die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken gesetzlich verankern
- das Thüringer Bibliotheksgesetz novellieren, um die Stellung und Aufgaben der Landesbibliothek transparent und zukunftsfest zu machen

DIE LINKE. Thüringen bekennt sich ausdrücklich zu unseren Theatern und Orchestern und hat dies im Rahmen von Rot-Rot-Grün mit den derzeit laufenden Finanzierungsverträgen sehr deutlich gemacht:

- Das Land hat seine Zuschüsse auf 85 Millionen Euro erhöht und gleichzeitig erstmalig sehr langfristige Verträge angeboten. Das ermöglicht sowohl den Theatern und Orchestern als auch den kommunalen Trägern nachhaltige Planungen.
- Wir haben mit Vorlage der Theaterperspektive 2025 einen kritischen Diskussionsprozess über die Zukunft der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft in Gang gebracht.
- Wir setzen verstärkt auf den Abbau des Sanierungsstaus und stellen für die Sanierung der kommunalen Theatergebäude mehrere Millionen Euro zur Verfügung. Für die kommende Finanzvereinbarung wollen wir an unserem Bekenntnis zu den Standorten und zur künstlerischen Vielfalt festhalten.

Mit der Vorlage der Museumspektive 2025 ist deutschlandweit erstmals überhaupt ein vollständiger Überblick zur vielfältigen Museumslandschaft eines Landes und seiner Herausforderungen erschienen. Dieser wurde mit Museumsverband, Museumsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, Kommunen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und bildet den Handlungsrahmen für die weitere Stärkung unserer Museumslandschaft. Mit der Verstetigung des Volontariatsprogrammes für wissenschaftlichen Nachwuchs in den Museen des Freistaats haben wir deutlich gemacht: Uns sind der Erhalt und die Entwicklung ein wichtiges Anliegen. Auch in Zukunft will DIE LINKE. Thüringen, dass in Thüringen:

- ausreichend Investitionen für die museale Infrastruktur bereitgestellt werden
- die museale Beratungsfunktion des Museumsverbandes gestärkt wird und es auch kleinen Museen und Heimatstuben mit ihren zumeist kommunalen Trägern ermöglicht wird, über Entwicklungsperspektiven nachzudenken
- das Volontariatsprogramm vorgehalten und langfristig ausgebaut wird

Die Thüringer Schlösser, Burgen und Parks sind Zeugnisse unseres kulturhistorischen Erbes, welches es zu erhalten und besser zu vermarkten gilt. Mit der Enteignung des Schlosses Reinhardsbrunn haben wir einen Präzedenzfall in Deutschland eingeleitet. Er fußt auf der Überzeugung, dass wir unsere Schlösser und Burgen nicht als Spekulationsobjekte sehen wollen, die dem Verfall preisgegeben werden. Vielmehr will DIE LINKE. Thüringen – wo möglich – neue Nutzungskonzepte unterstützen, unter Bewahrung der Zugänglichkeit für alle. Dazu erklären wir unsere Bereitschaft, auch in Zukunft in die Gebäude und die Stärkung der landeseigenen Stiftung Schlösser und Gärten zu investieren.

#### **artthuer – die Kunstmesse in Thüringen und für Mitteldeutschland**

Als einzige Kunstmesse des mitteldeutschen Raumes haben wir mit der artthuer, ausgerichtet vom Verband Bildender Künstler Thüringen, eine Plattform zur Präsentation unserer vielfältigen

Kunstszene. Sie bietet auch eine Verkaufsmöglichkeit für die zumeist freischaffenden Kreativen. In der Vergangenheit ist diese Kunstmesse zum Spielball kulturpolitischer Ansprüche und wirtschaftspolitischer Auslegungen geworden. Wir bekennen uns klar zur artthuer und wollen gemeinsam mit dem Verband, der Kulturstiftung Thüringen und weiteren Partnerinnen und Partnern Entwicklungsperspektiven diskutieren – bis hin zu einer Ausweitung als mitteldeutsche Kunstmesse unter Einbeziehung der Nachbarländer Sachsen und Sachsen-Anhalt. Auch dafür wollen wir, möglichst schon im Haushalt für das Jahr 2020, Personalmittel zur Verfügung stellen, die die Ausrichtung der artthuer aus dem Ehrenamt holen.

### Medien für alle

Medien sind in unserer Gesellschaft Träger von Informationen, mit dem Ziel, Informationsfreiheit, Meinungsvielfalt und Demokratie zu stärken. Sie sind damit mehr als nur ein Objekt, das die technischen und technologischen Entwicklungen betrifft.

Wir LINKEN sehen in der Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Informationen in den elektronischen Medien und in den Printmedien einen wesentlichen Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Eine jede und ein jeder muss umfänglich und ungehindert am Informationsaustausch weltweit partizipieren können. Deshalb müssen flächendeckend Bandbreiten und Internetangebote vorhanden und zu empfangen sein. Der Zugang zu einem vielfältigen Informations- und Kommunikationsangebot ist zu garantieren – unabhängig von sozialen Voraussetzungen und vom Ort.

Strukturelle Gegebenheiten und individuelle Voraussetzungen, verbunden mit barrierefreiem Zugang zu Medienangeboten, sind nach unserer Auffassung zentral. Unverzichtbar ist es dabei, Bildungs- und Fortbildungsangebote im Bereich der Medienkompetenz auszubauen.

Die Mediennutzung, die auf Wissen beruht und auf einem verantwortungsbewussten Umgang, ist die Zukunft und wird die Meinungsvielfalt in unserer Gesellschaft garantieren – und eben nicht der Versuch, Angebote zu beeinflussen, zu löschen oder zu verbieten. Deswegen fordern wir rassismus- und diskriminierungssensible Aus- und Fortbildungsangebote für Journalistinnen und Journalisten sowie die Diversifizierung des Personals in Kulturinstitutionen.

Die Eckpfeiler einer zukünftigen Medienwelt sieht DIE LINKE. Thüringen in einem breit aufgestellten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, einschließlich starker Internetangebote, in Printmedien mit verantwortungsbewusstem investigativem Journalismus, im freien Zugang zum Internet für alle und in einer engagierten, auf Eigeninitiative beruhenden regionalen und lokalen Medienlandschaft. Die in Thüringen verankerten Bürgermedien als Zentren demokratischer Mitwirkung sind und bleiben unverzichtbar.

Zum Umgang mit Rassismus und Diskriminierung im Internet braucht es eine aktive Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit: Es braucht eine „digitale Zivilgesellschaft“. Dazu wollen wir den Zugang zu Informationsangeboten über die Rechtslage und Hilfsangebote für Betroffene von Hassrede erleichtern – mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Strukturen und über die Thüringer Landesmedienanstalt. Das gilt ebenso für Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit digitaler demokratischer Debattenkultur, Quellenrecherche und Informationspraxis.

## Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Thüringen stärken

Um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der digitalen, miteinander verzahnten Medienwelt zukunftsfähig zu gestalten, müssen wir die Struktur der Anstalten öffentlich prüfen – von der Anzahl der Sendeangebote bis hin zu den Pensionsmodellen. Zugleich dürfen wir dabei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Rahmen regionaler, nationaler und internationaler Wettbewerbssituationen nicht durch Einschränkungen vom medialen Markt ausschließen.

Unerlässlich sind Transparenz bei der Verwendung der Mittel, bei strukturellen Veränderungen und beim wirtschaftlichen Umgang mit den Rundfunkbeiträgen – gerade mit Blick auf die gesellschaftliche Diskussion zum Rundfunkbeitrag und der damit verbundenen Akzeptanzkrise. DIE LINKE setzt sich weiterhin für klare Befreiungstatbestände für Sozialempfängerinnen und -empfänger, Geringverdienende, Studierende, Rentnerinnen und Rentnern und Menschen mit Einschränkungen ein.

Wir wollen, dass Mitglieder aus verschiedenen (auch sprachlichen) Communitys Teil der Rundfunkräte und anderer Aufsichtsgremien werden. So kann eine faire und umfassendere Repräsentation in den öffentlichen Medien gelingen – mit einem Fokus auf Vielfältigkeit aus Betroffenenperspektive und der Sichtbarmachung von Minderheiten und ihrer Leistungen.

Wir wollen den Verhaltenskodex der Europäischen Kommission (auch gefordert von ECRI & OSZE) für Berufsgruppen und Medienorganisationen gegen Hassrhetorik fortentwickeln. Wir wollen zusammen mit den öffentlich-rechtlichen Medien in Thüringen eine anhaltende, diskriminierungs- und rassismuskritische wissenschaftliche Programmbegleitung auf den Weg bringen und nach Lösungen suchen, die Beratung für Qualitätsmanagement innerhalb der öffentlich-rechtlichen Medien zu fördern.

## Medienstandort Thüringen ausbauen

Thüringen ist als Medienstandort relativ klein, besitzt aber mit seiner spezifischen Angebotsstruktur gute Entwicklungsmöglichkeiten. Der Runde Tisch „Medienstandort“ hat vielfältige Potenziale zum Ausbau von Strukturen und Vernetzungen aufgezeigt. Die Umsetzung hat bereits begonnen:

- Wir haben uns in den vergangenen Jahren für eine gerechte Verteilung der Wertschöpfung des MDR in Mitteldeutschland eingesetzt und das räumliche Angebot für Film- und Fernsehproduktionen in Thüringen schrittweise ausgebaut.
- Wir haben die Erweiterung des Kindermedienzentrums in Erfurt um einen dritten Gebäudekomplex durchgesetzt. Er wird nach der Fertigstellung weiteren Start-ups der Medienbranche zur Verfügung stehen.
- DIE LINKE. Thüringen steht für die Bestandsgarantie gegenüber dem Kinderfilmfestival Goldener Spatz als Eckpfeiler des „Kindermedienlandes Thüringen“. Die Übernahme des Festivals in die institutionelle Landesförderung macht dies ebenso deutlich wie die durch die Stifter erfolgte Erhöhung der regelmäßigen Zuwendungen.

Diesen Weg wollen wir in den kommenden Jahren weitergehen:

- Die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken mit Forschungseinrichtungen, zum Beispiel der TU Ilmenau und dem Fraunhofer Institut, soll verstetigt und durch staatliche Förderung zielgerichtet unterstützt werden. Das trifft ausdrücklich den Bereich von App-Entwicklungen sowie den Gamesbereich und das Feld der Entwicklung von Stoffen für Kinder- und Jugendmedien.

- Wir wollen die Förderungen für die Medienwirtschaft an zentraler Stelle bündeln, um die Aktivitäten des Landes effektiver zu gestalten. Hierbei sind die Strukturen der Ansiedlungs- und Gründerförderung einzubeziehen. Ziel ist eine aktive und strategische Medienstandortpolitik aus einer Hand.
- Sowohl die kulturelle Filmförderung des Landes als auch die Beteiligung an der Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) sind für unseren Standort zentral. Wir wollen die Förderungen ausbauen, um beste Effekte für die Beschäftigten und den Wirtschaftsraum zu erreichen.
- Mit einer Medienstandortagentur wollen wir den vielen in Medienberufen ausgebildeten Hochschulabsolventinnen und -absolventen und Fachkräften die Möglichkeiten bieten, ihr Können und ihr Wissen im Freistaat so einzubringen, dass sie gefragte Medienprodukte hier realisieren können.

### **Medienvielfalt unterstützen**

Bei der Forderung des Erhalts der Meinungsvielfalt spielen auch private Radio- und Fernsehanbieter in Thüringen eine Rolle – unabhängig von der wirtschaftlichen Ausrichtung und vom jeweiligen Erfolg. DIE LINKE. Thüringen hat sich, unter Beachtung der Unabhängigkeit der Medien, seit 2014 für eine Förderung in diesem Bereich eingesetzt. Gerade die rasante technische Entwicklung stellt lokale Anbieter immer wieder vor finanzielle Herausforderungen. Auch zukünftig wollen wir dazu beitragen, die Medienvielfalt in Thüringen zu erhalten und zu stärken.

Die Bürgermedien in Thüringen sind eine Erfolgsgeschichte. Bürgermedien sind unverzichtbarer Bestandteil bei der demokratischen Mitwirkungs- und Willensgestaltung von Bürgerinnen und Bürgern an ihrem jeweiligen Lebensort. Sie geben den Medienmacherinnen und -machern die Möglichkeit, konkrete Probleme, Fragen und Situationen aufzugreifen und zu thematisieren. Zugleich animieren sie Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Mitwirkung.

DIE LINKE. Thüringen wird die Bürgermedien weiterhin intensiv unterstützen und fördern: Wir wollen, dass die Anteile für die Finanzierung der Landesmedienanstalten aus dem Beitragsaufkommen gesteigert werden, um vor allem die Bürgermedien und die Medienkompetenzarbeit zu stärken.

### **Staat und Kirche institutionell trennen, Religionsgemeinschaften gleichbehandeln**

Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen sind selbstverständlicher Teil des öffentlichen Lebens. DIE LINKE. Thüringen tritt für die institutionelle Trennung von Staat und Kirche ein. Wir sind gegen die eingeschränkten Arbeitnehmerrechte in kirchlichen Einrichtungen und fordern die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen. Gesellschaftliches Engagement der Kirchen sollte gefördert werden – allerdings in gleichem Maße wie bei anderen sozialen und gesellschaftlichen Organisationen.

### III. Thüringen ist und bleibt ein Sportland

Sport bildet einen wesentlichen Teil der Freizeitgestaltung und Unterhaltungskultur sowie der körperlichen Gesunderhaltung. In traditionellen Sportvereinen, im Schulsport und im Bereich des Breitensports wird entweder allein oder im Kreis der Familie bzw. von Freundinnen und Freunden Sport getrieben. Sport trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Sport hält zur Fairness an. Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. Sport fördert die Völkerverständigung.

Mit rund 370 000 organisierten Sportlerinnen und Sportlern in mehr als 3400 Sportvereinen hat Thüringen einen sehr hohen Organisationsgrad. Die sporttreibenden Menschen sind auf eine gut aufgestellte Sportinfrastruktur angewiesen. Das betrifft den Sport in Kindergärten, den Schul- und Hochschulsport, den allgemeinen Vereinssport und den organisierten Wettkampfbetrieb. Besonderes Augenmerk ist auf die Möglichkeit des Sporttreibens für Menschen mit Behinderungen und Seniorinnen und Senioren zu legen.

Das hat DIE LINKE. Thüringen zusammen mit unseren Koalitionspartnern in den vergangenen fünf Jahren für den Sport in Thüringen erreicht:

- Das neue Sportfördergesetz garantiert Vereinen und Verbänden im Breitensport die kostenlose Nutzung von Sportanlagen für den Trainings- und Wettkampfbetrieb.
- Mit der verpflichtenden Erstellung von Leitplanungen für die Sportstätten der Kreise und kreisfreien Städte erhalten die Kommunen mit ihren Vereinen feste Entwicklungsperspektiven.
- Es ergeben sich bessere Möglichkeiten für die finanzielle Ausstattung der Sportfachverbände und der Stadt- und Kreissportbünde durch die dauerhafte Erhöhung der finanziellen Mittel für den Landessportbund Thüringen aus den Lotterieerlösen um jährlich 770.000 Euro auf 9,54 Millionen Euro.
- Der Sanierungstau bei Sportstätten kann weiter abgebaut werden durch die Erhöhung der finanziellen Mittel für den Sportstättenbau von jährlich 5 Millionen Euro auf 7 Millionen Euro.
- Mit der Aufstockung der Mittel für die Trainerinnen- und Trainerfinanzierung konnte eine nachhaltige Verbesserung erzielt werden.
- Mit der Ertüchtigung bzw. dem Neubau der Sporthallen in Suhl, Eisenach und Bad Langensalza sowie der Schießsportanlage in Suhl werden längerfristig wieder gute Bedingungen für die Ausübung des Leistungssports im Volleyball, Handball und Sportschießen geschaffen.

Mit dem Erfolg bei der Bewerbung für die Biathlonweltmeisterschaften 2023 und einem möglichen Zuschlag für die Rennschlittenweltmeisterschaften im gleichen Jahr stehen wir in den nächsten Jahren vor weiteren spannenden Herausforderungen, denen sich DIE LINKE. Thüringen mit folgenden Maßnahmen stellen wird:

- Das Sportfördergesetz muss in all seinen Bestandteilen ohne Abstriche umgesetzt werden. Dabei steht der konsequente Kampf gegen Doping, schon im Kinder- und Jugendbereich, im Zentrum. Zudem muss der Landessportbeirat zügig seine Arbeit aufnehmen.
- Die Leistungssportanlagen in Oberhof müssen in den nächsten Jahren auf höchstem internationalen Standard angehoben werden, um dem stark umworbenen internationalen Markt Rechnung zu tragen. Damit wird zudem gesichert, dass neben den angestrebten

Weltmeisterschaften auch weiterhin Weltcups in den Wintersportarten in Oberhof stattfinden.

- Die gezielte Förderung des Leistungssportes und der dafür notwendigen Sportanlagen soll auch künftig nicht zulasten des allgemeinen Breitensports gehen.
- Der weiterhin vorhandene Sanierungsstau bei Sport- und Spielanlagen muss in den nächsten Jahren zielgerichtet abgebaut werden.
- Die immer noch bestehenden großen Unterschiede in der Entlohnung von hauptamtlichen Trainerinnen und Trainern im Ländervergleich müssen reduziert werden, um allen hoch qualifizierten Trainerinnen und Trainern in den Thüringer Trainingszentren eine Perspektive zu geben. Die Entschädigung für Ehrenamtliche sowie Übungsleiterinnen und -leiter muss den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen angepasst werden.
- Um national und international das Niveau mitbestimmen zu können, müssen die begonnenen Baumaßnahmen bei Hallenkapazitäten schnell beendet werden.
- Das Schießsportzentrum Suhl ist mit seiner landschaftlichen Einbindung einmalig in Deutschland. Um diesen Standort erhalten zu können, bedarf es auch in den kommenden Jahren der Landesverantwortung.
- Im nichtorganisierten Sport werden wir – für jede und jeden zugänglich – einfache Bewegungsangebote in der Natur und im öffentlichen Raum fördern.
- Die in Thüringen vorhandenen Fanprojekte, etwa in Erfurt und Jena, werden weiterhin unterstützt.
- Die weitere Entwicklung des eSports (elektronischer Sport) werden wir in Thüringen aktiv begleiten. Besonderes Augenmerk liegt auf dem eSport-Leistungszentrum in Gera.
- Sport ist überwiegend eine Männerdomäne. Das macht sich vor allem in der Entlohnung, sei es in Form eines festen Einkommens, der Fördermittel oder von Sach- sowie Geldpreisen, bemerkbar. Sportlerinnen erhalten trotz derselben sportlichen Leistungen eine geringere monetäre Wertschätzung als Sportler. Eine Art Geschlechtsspezifisches Lohngefälle (Gender Pay Gap) soll auch im Sport nicht existieren – die Wertschätzung sowie Anerkennung einer sportlichen Leistung bzw. Sportart darf nicht länger vom Geschlecht abhängig sein.

## Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

### I. Lebensgrundlagen sichern: Thüringen nachhaltig gestalten

Umweltverschmutzung und Klimawandel bedrohen unseren Lebensraum und sind eine Bürde, die wir unseren Kindern und Enkeln vererben. DIE LINKE. Thüringen sieht sich in Verantwortung, ihren Beitrag dazu zu leisten, diese Entwicklungen so weit wie möglich zu stoppen, um den natürlichen Reichtum und die Vielfalt der Natur unseres Landes zu erhalten.

Mit Antritt der rot-rot-grünen Koalition haben wir uns dieser Herausforderung gestellt. Dabei hat DIE LINKE. Thüringen immer alle Menschen im Blick gehabt. Soziale, ökonomische und ökologische Fragen haben wir ganzheitlich betrachtet. Klimaschutz ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Deren Lasten werden zum einen nach dem Prinzip „Verursacherinnen und Verursacher zahlen!“ verteilt, zum anderen nach den finanziellen Möglichkeiten. Klimaschädliche Industrien und Vermögende müssen daher stärker belastet werden, als es derzeit passiert.

Gleichzeitig bieten sich ökonomische Chancen für unser Land. So ist Thüringen eine Region des Naturtourismus. Ökologisches Bewusstsein und die Erfahrung von Umweltschäden treiben Menschen wieder zur Natur. In Thüringen können sie sie noch finden und erreichen. Das muss so bleiben. Das grüne Herz Deutschlands muss geschützt werden. Gerade hier lohnt sich der sozial-ökologische Umbau.

Wirtschaftliche Potenziale bietet nicht nur der Tourismus. Auch die Abfallwirtschaft oder die Energiewirtschaft leisten in Kommunen ihren Beitrag zum Klimaschutz über öffentliche Versorger. Hinzu kommt: Thüringen ist ein Land mit einer breit aufgestellten Forschungslandschaft. Speziell erneuerbare Energien, Speichertechnologien und Energieeffizienz sind an Hochschulen, Instituten und privaten Einrichtungen Forschungsthemen. Ebenso sind Ausbildungsstrukturen auf diese Bereiche ausgerichtet, so dass Thüringen von gut ausgebildeten Fachkräften in der Zukunftsbranche Energiewirtschaft profitiert. Wertschöpfung verbleibt vor Ort.

Thüringen hat in der Energiewirtschaft und im Klimaschutz große Potenziale und ist bereits Spitze. Kommunen in Thüringen heben die Potenziale des Energiesparens: Die Städte Jena und Erfurt wurden 2015 mit dem European Energy Award ausgezeichnet – ein mehrjähriges Verfahren, mit dem die Energie- und Klimaschutzaktivitäten der Kommunen erfasst, bewertet und regelmäßig überprüft werden. Mit der Auszeichnung werden Energieeinsparungen und die Reduzierung von Treibhausgasen belohnt, die regionale Wertschöpfung wird gefördert, außerdem wird die Vernetzung kommunaler Akteurinnen und Akteure unterstützt. Diese Spitzenleistungen sind Ansporn, in unserem Land weiter voranzugehen.

DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow werden in diesem Sinne:

#### **Aus dem Klimawandel Konsequenzen ziehen**

Der Klimawandel ist keine Fiktion, sondern in seinen Folgen heute spürbar. Er zeigt sich – etwa in Extremwittersituationen – immer offener. So hat zum Beispiel die Dürre im Sommer 2018 den Thüringer Wäldern und unseren landwirtschaftlichen Betrieben schwer geschadet. Dadurch rücken Fragen der Nachhaltigkeit auch in Deutschland ganz anders ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese

Sensibilisierung merken wir im Gespräch mit Thüringerinnen und Thüringern. Wir gehen bestärkt in unser Projekt des sozial-ökologischen Umbaus. Kernelement sind Strategien für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Seit 2014 haben wir in der rot-rot-grünen Koalition den Umwelt- und Klimaschutz konsequent vorangetrieben:

- Die Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie wurde als Bestandteil des Thüringer Klimagesetzes auf den Weg gebracht. Mit der Strategie werden Wege beschrieben, wie in Thüringen Klimaschutzmaßnahmen und die Klimafolgenanpassung bewältigt werden können.
- Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrages wird durch den parlamentarischen Nachhaltigkeitsbeirat begleitet.
- Mit dem Landesprogramm Hochwasserschutz 2016 – 2021 werden bestehende Defizite überwunden.

Klimaschutz ist uns wichtig und muss in der nächsten Regierungszeit weiterentwickelt werden:

- Rot-Rot-Grün hat das erste Klimagesetz des Freistaates beschlossen, in dem Ziele und Maßnahmen für die nächsten Jahre festgelegt werden – beispielsweise die Verpflichtung, die Landesliegenschaften bis 2030 klimaneutral zu entwickeln, den Kommunen bei der klimaneutralen Entwicklung zu helfen und die Klimafolgenanpassung zu bewältigen. Weitere Schwerpunkte: den Schienenverkehr, den ÖPNV und den mobilen Verkehr technologieoffen und klimaneutral neu gestalten, bestehende Fernwärmesysteme klimaneutral ausrichten und neue Fern- und Nahwärmesysteme entwickeln.
- Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer wollen wir unterstützen und dies mit einer sozialen Komponente verknüpfen, damit Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz nicht am Geldbeutel scheitern.
- Wir werden die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie fortführen und weiterentwickeln, um unserer Verantwortung für eine gesunde Umwelt und eine nachhaltige Politik gerecht zu werden. Den Nachhaltigkeitsgrundsatz wollen wir in der Verfassung verankern.
- Der Naturschutz soll künftig weiter gestärkt werden, indem zum Beispiel die Biodiversitätsstrategie fortgeführt und das Netz der Natura 2000-Stationen weiter gefördert wird. Außerdem sollen Thüringens geschützte Landschaften internationale Kriterien erfüllen.
- Zum Schutz der Böden wollen wir den Flächenverbrauch weiter reduzieren. Dazu sollen bei notwendigen Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichmaßnahmen, wie die Entsiegelung von Flächen, vor Ausgleichszahlungen gehen. Eine entsprechende Kompensationsverordnung ist in Erarbeitung.

### **Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sichern**

Wir wissen: Viele Thüringerinnen und Thüringern sorgen sich um grundlegende Versorgungsstrukturen aufgrund des Klimawandels. Die Wasserversorgung zu sichern, hat also höchste Priorität. Gleichzeitig ist die Frage der Abwasserentsorgung ein „Dauerbrenner“ in unserem Land. Die Kosten dafür dürfen nicht allein auf die Privatverbraucherinnen und -verbraucher abgewälzt werden. Die rot-rot-grüne Koalition hat in beiden Fragen wichtige Weichen gestellt:

- Mit dem Thüringer Landesprogramm Gewässerschutz 2016 – 2021 konnte die Grundlage für saubere Gewässer und die Versorgung der Menschen mit ausreichend hochwertigem Trinkwasser geschaffen werden.



- Für die Thüringer Fernwasserversorgung ist es erforderlich, dass ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch künftig gegeben ist. Sie beabsichtigt deshalb, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Beispielsweise sind für die kommenden Jahre zusätzliche Erlöse aus der Energieerzeugung mit Wasserkraft, Windenergie und Photovoltaik geplant. Dabei unterstützen wir sie und schaffen noch im Jahr 2019 die notwendigen gesetzlichen Grundlagen.
- Das Thema Abwasser ist ein wichtiger Schwerpunkt im Thüringer Wassergesetz. Das werden wir nach einem umfangreichen öffentlichen Diskussionsprozess noch im Jahr 2019 überarbeiten. Mit etwa 80 Prozent Anschlussgrad von Haushalten an zentrale Kläranlagen liegt Thüringen noch auf dem letzten Platz innerhalb der Bundesrepublik. Das werden wir ändern und damit die Benachteiligung ländlicher Räume gegenüber städtischen Räumen endlich überwinden helfen. Für nicht mehr benötigte Trinkwassertalsperren werden wir Nachnutzungskonzepte erarbeiten.

An diesen Fragen wird DIE LINKE. Thüringen in den folgenden Jahren weiterarbeiten und soziale Lösungen anbieten:

- Der Trend des Fördermittelrückgangs bei der Abwasserentsorgung der vergangenen Jahre soll gestoppt und in den Folgejahren bedeutend aufgestockt werden. Notwendige Investitionen werden so gerecht finanziert.
- Der im Mai 2018 abgeschlossene Abwasserpakt zwischen dem Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz sowie dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen wird positive Wirkungen entfalten. Das Land wird seine Zuschüsse erhöhen und damit die Betreiberinnen und Betreiber von Kleinkläranlagen entlasten. Künftig sollen die Aufgaben der Abwasserentsorgung in Gemeinden mit mehr als 200 Einwohnerinnen und Einwohnern grundsätzlich durch gemeindeeigene Anlagen erfüllt werden.

#### Abfälle vermeiden und Ressourcen schonen

Der ökologische Fußabdruck des Menschen hat mit der Plastikinsel im Pazifik ein neues Gesicht bekommen. Abfallentsorgung und -vermeidung ist in der Öffentlichkeit wieder ein Thema. DIE LINKE. Thüringen hat sich schon lange mit diesem Thema beschäftigt. Dabei steht für uns der Ressourcenschutz im Vordergrund:

- Mit dem neuen Thüringer Abfallgesetz wurde die rechtliche Grundlage für eine ökologischere Abfallwirtschaft und einen besseren Ressourcenschutz gelegt. Das Gesetz zielt auf die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand in Bezug auf die Förderung der Kreislaufwirtschaft.
- Diesen Kurs wird DIE LINKE. Thüringen fortsetzen. Hinzu kommen Herausforderungen, die sich aus den Industrialastlasten der Vergangenheit ergeben. Hier werden wir uns im Bund für die Interessen der Thüringerinnen und Thüringer weiterhin einsetzen und Lösungen einfordern, die unser Land nicht einseitig belasten.
- In der Thüringer Abfallwirtschaft werden wir der Vermeidung höchste Priorität einräumen und Maßnahmen fördern, die dafür sorgen, dass Wertstoffe so weit wie möglich wieder in den Wertstoffkreislauf eingeführt werden. So wollen wir Ressourcen effizienter nutzen.
- Ein großes ökologisches Problem der Kaliindustrie in Thüringen und Hessen stellt der immer noch massive Anfall salzhaltiger Abfälle dar. Sie belasten die Werra und das Grundwasser der Region in großem Umfang. Wir wollen die weitestgehende stoffliche Nutzung der Salzabfälle. Die Verpressung des Kaliabwassers in den Untergrund ist zu beenden.

- DIE LINKE. Thüringen begleitet seit vielen Jahren die Altlastensanierung der Großprojekte Kalibergbau der K + S Kali GmbH sowie des ehemaligen Teerverarbeitungswerkes Rositz. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund sich endlich an der Finanzierung dieser kostenintensiven Maßnahmen beteiligt. Darüber hinaus muss eine verpflichtende Rücklagenbildung zur Nachsorge von Unternehmen in der Industrie und im Bergbau eingeführt werden, um zu verhindern, dass neue Altlasten entstehen.
- Im Südharz setzen wir uns für ein Biosphärenreservat ein, das als eine Art Sonderwirtschaftszone Instrumente zum verstärkten Einsatz von Recyclinggips in der dortigen Gipsindustrie bereitstellt. Damit soll die Nutzungsdauer der Gipslagerstätten verlängert und die Erschließung neuer Abbaugebiete vermieden werden.

### Energieerzeugung und -versorgung für die Menschen und von ihnen produziert

Das Vorkommen von Energie in Form von Strom oder Wärme ist für die Menschen fast schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Sie ist wichtig für unser Leben. Wir benötigen sie zum Kochen, zum Waschen, für die Mobilität oder um uns digital zu vernetzen. Woher sie jedoch kommen soll, darüber wird auch in Thüringen seit Langem gestritten. Aufgrund der nicht absehbaren Folgen der Atomkraftnutzung wird im Jahr 2022 das letzte in Deutschland noch am Netz befindliche Kernkraftwerk abgeschaltet. Ein Problem wird die Menschen noch viele Jahre begleiten: die Suche nach einem langzeitsicheren Endlager für hoch radioaktive Abfälle. Auch die seit vielen Jahren genutzte Kohle hat als Energiequelle schwere Auswirkungen auf die Natur. Deshalb steht spätestens im Jahr 2030 das Ende der Kohleförderung in Aussicht. Wir sagen: Die Zukunft gehört ausschließlich den regenerativen Quellen – etwa Biomasse, Sonne, Wind und Wasser. Sie stehen unbegrenzt zur Verfügung und müssen nur klug in Elektro- oder Wärmeenergie umgewandelt werden.

Gleichzeitig müssen das Sparen von Strom belohnt und energieintensive Branchen stärker zur Kasse gebeten werden. Denn immer noch gibt es Wirtschaftsbereiche, die enorme Rabatte bei den Strompreisen einstreichen, die von uns Verbraucherinnen und Verbrauchern mitfinanziert werden. Dieses System muss beendet werden. Es ist sozial ungerecht.

Eine Chance regenerativer Energieformen ist ihr dezentrales Potenzial. Das heißt: Es gibt noch viele ungenutzte „Kraftwerke“, zum Beispiel große Dächer, Bahndämme und Autobahnrandstreifen, die nur darauf warten, mit einer Solaranlage bestückt zu werden. Die Anlagen funktionieren auch, wenn es bewölkt oder neblig ist. Hier kann Energie entstehen – in Hand der Bürgerinnen und Bürger und durch die Bürgerinnen und Bürger.

Die Möglichkeiten hat die rot-rot-grüne Koalition erkannt und genutzt. Dazu wurde seit 2014 eine Reihe von Initiativen ausgelöst:

- 837 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 1577 Megawatt stehen in unserem Land. Die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) hat die Servicestelle Windenergie als Beratungs- und Informationsagentur für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger sowie Energiegenossenschaften eingerichtet und das bundesweit geachtete Siegel für „faire Windenergie“ eingeführt.
- Mit dem Windenergieerlass wurde für regionale Planungsgemeinschaften eine Planungshilfe bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie geschaffen.
- Wir haben das 1000-Dächer-Solarprogramm für öffentliche Gebäude und gemeinnützige Träger fortgesetzt. Die ThEGA berät Interessierte, die Photovoltaikanlagen (PV) oder

Solarthermieanlagen zur Wärmeversorgung und Wassererwärmung oder PV-Hybridanlagen errichten wollen.

- Landeseigene Gebäude und Liegenschaften werden klimaneutral entwickelt. Absehbar sollen alle geeigneten Dächer landeseigener Gebäude mit Photovoltaik-Systemen nachgerüstet werden.
- 2016 wurde in Thüringen das Förderprogramm „SolarInvest“ etabliert. Damit soll die Photovoltaik und Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausgebaut werden. Speziell mit Mieterstrommodellen werden neue Einsatzmöglichkeiten geschaffen. Der mit Photovoltaik-Anlagen erzeugte Strom muss nicht wie bisher ins öffentliche Netz eingespeist werden, sondern kann den Mieterinnen und Mietern zum Direktbezug angeboten werden.
- Die ThEGA arbeitet an einem Solarkataster und Möglichkeiten zur Abwärmenutzung. Sie koordiniert ein Projekt zum Aufbau und zur Erprobung eines softwaregestützten Entwicklungs- und Moderationsmodells für kommunale Wärmekonzepte.
- Im Rahmen der Solarthermie-Initiative wurden in Thüringen drei Fallstudien für die solare Nahwärmenutzung in der Gemeinde Werther und die solare Fernwärmenutzung in den Städten Erfurt und Sondershausen entwickelt.
- Dezentrale Energieversorgung entwickelt sich nicht zuletzt dank inzwischen 35 Energiegenossenschaften in ganz Thüringen. Über den Dachverband Bürger Energie Thüringen werden die Einzelgenossenschaften vernetzt, zum Beispiel bei der Bewerbung und Weiterentwicklung des regionalen Stromproduktes „Thüringer Landstrom“. Die Landesregierung unterstützt die dezentralen Formen durch projektbezogene, anteilmäßige Förderung.

Die Förderung demokratischer, dezentraler Strukturen und regenerativer Energien ist auf einem guten Weg in Thüringen. DIE LINKE. Thüringen wird weiter an einem Spitzenplatz im Bundesvergleich arbeiten:

- Wir möchten, dass Thüringen sich in absehbarer Zeit zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen versorgt. Energie soll vorrangig dort erzeugt werden, wo sie benötigt wird. Wir wollen Übertragungsnetze so weit wie möglich begrenzen und Wertschöpfung in der Region ermöglichen. Süd- und Südostlink, die Thüringen als Energie-Transferland festschreiben, lehnen wir ab. Wir stehen damit Seite an Seite mit Initiativen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Landesregierung. Es ist unsozial, dass Thüringerinnen und Thüringer über die Entgelte zur Netzdurchleitung die niedrigeren Strompreise in Bayern subventionieren müssen. Die geplanten überdimensionierten Trassen stellen einen immensen Eingriff in die Natur dar. Deshalb legen wir mit alternativen Energiekonzepten insbesondere einen Schwerpunkt auf die Dezentralität in der Energieerzeugung.
- Speicher sind für eine funktionierende dezentrale Energiewirtschaft unabkömmlich, zum Beispiel können Pumpspeicher Netze stabilisieren und einen Leitungsumbau vermeiden. Deshalb sollten die Thüringer Potenziale der Pumpspeicherkraftwerke umfassend genutzt werden. Darüber hinaus werden wir uns für technologieoffene Speichersysteme einsetzen, um tatsächlich eine Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien abzusichern.
- Da Thüringen aufgrund seiner Salzvorkommen als Standort für ein Atommüllendlager in die engere Wahl kommen könnte, werden wir uns künftig stärker im nationalen Begleitgremium der Bundesgesellschaft für Endlagerung einbringen und positionieren. Wir werden gegen ein Endlager in Thüringen kämpfen.

- Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass die Versorgung mit Energie keine Frage des Geldbeutels sein darf. Strom- und Heizungsabschaltungen müssen der Vergangenheit angehören.

### Für eine regional eingebundene und nachhaltige Landwirtschaft

Die Landwirtschaft steht in Thüringen vor großen Aufgaben. Sie soll die Bevölkerung mit qualitativ guten, bezahlbaren Nahrungsmitteln versorgen und steht zugleich unter einem hohen Wettbewerbs- und Preisdruck. In diesem Wettbewerb werden hohe Profite zulasten der Natur und des Tierwohls, aber auch der Lebensmittelqualität und der Menschen des globalen Südens erzielt, während viele landwirtschaftliche Betriebe um das wirtschaftliche Überleben kämpfen. Die Landwirtschaft steht als Nutzerin der Natur immer auch in Verantwortung für deren Erhalt. Und sie ist von den globalen klimatischen Veränderungen, wie der Hitze-Sommer 2018 gezeigt hat, bereits jetzt unmittelbar betroffen. Will die Landwirtschaft in Thüringen diesen Herausforderungen im Interesse unserer aller Zukunft gerecht werden, muss sie sich verändern. Sie braucht dabei politische und gesellschaftliche Unterstützung.

DIE LINKE. Thüringen will eine am Gemeinwohl orientierte, sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Die Landwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen. In diesem Verständnis hat DIE LINKE. Thüringen gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern:

- mit dem ÖkoAktionsplan die Förderprogramme gebündelt, verlässliche Rahmenbedingungen für die Landwirtinnen und Landwirte geschaffen und damit bestehende Betriebe und Neueinsteigende im Ökolandbau unterstützt, insbesondere bei der Verarbeitung und Vermarktung ihrer Produkte
- das von der Schließung bedrohte Institut für Gartenbau- und Zierpflanzenforschung neu aufgestellt und durch Landesmittel gesichert
- den Einsatz des Totalherbizids Glyphosat im kommunalen und privaten Bereich untersagt

DIE LINKE. Thüringen steht zu den Agrargenossenschaften und lehnt Überlegungen der EU ab, die Prämien bei gemeinsam bewirtschafteten Agrarflächen von der Betriebsgröße abhängig zu machen. Nach unserer Auffassung ist die Art und Weise der Bewirtschaftung entscheidend, und nicht die Größe des landwirtschaftlichen Betriebes. Deshalb setzen wir auf eine ökologische und klimaschonende Bewirtschaftung, auf eine regionale Wertschöpfung durch die Kooperation aller Anbieterinnen und Anbieter in möglichst kurzen Versorgungsketten. Statt Nahrung, die lange Lieferwege durchlaufen hat, soll frisches und regionales Obst, Gemüse, Fleisch und Fisch auf den Tisch unserer Schulkinder, auf unseren eigenen Herd, in Kantinen, Mensen und Cafeterien gelangen. Deshalb steht für DIE LINKE. Thüringen im Vordergrund:

- Wir wollen, dass die Förderung der Landwirtschaft durch die Europäische Union an neue Kriterien geknüpft wird. Wir wollen eine Gemeinwohlprämie, um die soziale und ökologische Entwicklung der Landwirtschaft zu stärken. Der bürokratische Aufwand muss reduziert werden. Die EU-Förderung muss schlechter gestellte Betriebe, insbesondere in weniger ertragreichen Gebieten, im Sinne einer flächendeckenden Landwirtschaft angemessen berücksichtigen.
- Wir wollen die Direktvermarktung unterstützen, um die Landwirtinnen und Landwirte besser vor dem Druck der Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen. Damit erhalten Thüringerinnen und Thüringer einen leichteren Zugang zu gesunden, regional und ökologisch produzierten Lebensmitteln. Wir wollen kommunale Einrichtungen und Landeseinrichtungen

dabei unterstützen, dass ihre Küchen und Kantinen regionale Lebensmittel dauerhaft abnehmen.

- Wir unterstützen eine anwendungsorientierte Agrar- und Gartenbauforschung und Beratung unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei geht es uns um ein Dünge- und Bodenmanagement, das den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes gerecht wird. DIE LINKE. Thüringen will den Einsatz von Pestiziden und anderen schädlichen Düngeverfahren zurückdrängen. Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot von Totalherbiziden wie Glyphosat ein.
- Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht auf Monokulturen setzen, um Marktschwankungen und Auswirkungen des Klimawandels besser abfangen zu können. Wir begleiten die Betriebe bei den notwendigen Umstellungen und Investitionen.
- Wir stehen gegen Bodenspekulation, die zunehmend auch in Thüringen auftritt. Landwirtschaftliche Nutzflächen müssen als solche erhalten werden. Wir wollen deshalb das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken und gesetzliche Hürden überwinden. Wir wollen den Zugang zu Grund und Boden denen ermöglichen, die ihn auch bearbeiten.

### **Tierwohl und Wirtschaftlichkeit verbinden**

In einem besonderen Spannungsfeld zwischen wirtschaftlich-technischer Machbarkeit, Gewinnorientierung und gesellschaftlichen Wünschen befindet sich die Tierhaltung. DIE LINKE. Thüringen will die Tierhaltung stärken und einen sozial verträglichen Umbau zu mehr Tierwohl und Umweltschutz fördern. Wir unterstützen die flächengebundene Tierhaltung, die die Zahl der Tiere an der Naturverträglichkeit bemisst. Damit stärken wir betriebliche Kreisläufe. Die Teichwirtschaft ist eine Voraussetzung für unsere Fischereibetriebe und stützt den Wasserhaushalt und Naturschutz. Rot-Rot-Grün hat dazu bereits folgende Schritte unternommen:

- Wir haben eine Thüringer Tierwohlstrategie erlassen. Damit soll das Kürzen von Ringelschwänzen bei Ferkeln, das Schnabelkürzen bei Geflügel und die Enthornung bei Kälbchen bald der Vergangenheit angehören. Die Haltung in Kastenständen und die Tierhaltung auf Vollspaltenböden soll nach und nach durch tiergerechte Anlagen ersetzt werden. Um Landwirtinnen und Landwirte zu unterstützen, werden Stallbaumaßnahmen besonders gefördert, die erhöhten Anforderungen an eine tiergerechte Haltung entsprechen.
- Die Landesregierung hat eine zentrale Kontrolleinheit gegründet, um die Einhaltung der geltenden Tierschutzbestimmungen in den landwirtschaftlichen Ställen zu sichern. Sie unterstützt die kommunalen Veterinärämter.
- Die Landesregierung hat die Fischereiverwaltung gestärkt und einen Kooperationsvertrag mit dem Institut für Binnenfischerei geschlossen.

Daran knüpft DIE LINKE. Thüringen an und wirbt dafür, den begonnenen Pfad zielstrebig weiter zu gehen:

- Wir wollen die Massentierhaltung einschränken und die Verarbeitung und den Verkauf von Tieren aus der Massentierhaltung reduzieren.
- Nach Milchkrise und Dürre fehlen vielen Betrieben die Mittel, um weitere Schritte für tiergerechte Haltung und weitere Maßnahmen anzugehen. Hierzu müssen die Förderhöchstsätze angepasst werden. Darauf wollen wir in der bundespolitischen Debatte Einfluss nehmen.

- Wir wollen die Grünlandnutzung durch Weidetiere als eine besonders ressourcen- und klimaschonende tiergerechte Nutzung stützen – mittels einer Weidetierprämie.
- Wir befürworten das Klagerecht für Verbände im Bereich Tierschutz, auch um das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken.
- Wir helfen den Fischereibetrieben und Anglervereinen bei der Unterhaltung von Staudämmen.
- Wir begrüßen, dass bedrohte Tierarten wie Biber, Fischotter und Reiher wieder zunehmend in Thüringen zu Hause sind. Daraus resultierende Schäden wollen wir ausgleichen und die Betriebe mit vorbeugenden Maßnahmen unterstützen. Die seit 2017 geltende Kormoranverordnung behalten wir bei.

### **Wild, Wald und Jagd im Zusammenhang eines funktionierenden Ökosystems begreifen**

Die Interessen von Naturschützerinnen und -schützern, Waldbesitzerinnen und -besitzern, Landwirtinnen und -wirten stehen sich in Fragen des Verhältnisses von Tier, Wald und Landwirtschaft oft gegenüber. Hinzu kommen jagdliche und kommerzielle Interessen von Jagdpacht, die im Gegensatz zu Tierschutz-Auffassungen stehen. DIE LINKE. Thüringen sieht die Jagd als Teil eines naturnahen, verantwortungsvollen Wildtiermanagements und als Voraussetzung für einen erfolgreichen Waldumbau. Sie muss das Ziel haben, dem Naturraum angepasste und gesunde Wildbestände in einer stark genutzten Kulturlandschaft zu sichern. Wichtig dabei ist es, Konflikte der verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer zu reduzieren.

In diesem Sinne hat das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft unter der Ministerin Birgit Keller einen vorbildlichen Dialog zum Jagdgesetz mit Verbänden und Fachleuten geführt und ein neues Jagdgesetz auf den Weg gebracht. Jägerinnen und Jäger werden dadurch bei der verantwortungsvollen Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt.

### **Engagiert für mehr Tierschutz in Thüringen**

DIE LINKE. Thüringen hat den Tierschutz in Thüringen in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt und damit das in der Thüringer Verfassung verankerte Staatsziel Tierschutz vorangebracht.

Ein besonderes Augenmerk haben wir auf die Unterstützung ehrenamtlicher Tierschützerinnen und -schützer in den Kommunen gelegt. DIE LINKE. Thüringen hat zusammen mit ihren Koalitionspartnern insbesondere:

- die Finanzierung der Tierheime in Thüringen um 1 Million Euro erhöht
- die Rassehundeliste abgeschafft
- eine Katzenschutzverordnung erlassen
- den jährlich verliehenen Tierschutzpreis um die Kategorie „Alternativen zu Tierversuchen“ erweitert

Auch in Zukunft muss die Arbeit der Tierheime und Tierschutzvereine gesichert werden. Die Fundtierunterbringung in den Tierheimen ist eine kommunale Pflichtaufgabe und darf nicht länger zulasten des ehrenamtlichen Tierschutzes gehen. Darüber hinaus sieht DIE LINKE. Thüringen folgende weitere Ansatzpunkte für mehr Tierwohl:

- Wir unterstützen eine konsequente Umsetzung der Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht, wie sie in Thüringen für Hunde vorgeschrieben ist, um die Arbeit der Tierheime zu erleichtern.

- Die Katzenschutzverordnung muss konsequent für private Freigängerkatzen umgesetzt werden. Nur so kann das Leid von herrenlosen Straßenkatzen verhindert werden. Wir treten für die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht bei Katzen ein, um aufgefundene Katzen ihren Halterinnen und Haltern unverzüglich zurückgeben zu können.
- Eine artgerechte Unterbringung von Wildtieren ist in Zirkussen nicht möglich. Wir fordern ein Verbot von bestimmten Wildtierarten im Zirkus.
- DIE LINKE. Thüringen setzt sich für einen Paradigmenwechsel bei Tierversuchen ein. Wir möchten tierversuchsfreie Verfahren verstärkt entwickeln und umsetzen.
- Wir befürworten das vollumfängliche Klagerecht für Verbände im Bereich Tierschutz.
- Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Ende von Qualzuchten bei Hundezüchtungen ein. Der illegale Welpenhandel muss entschieden bekämpft werden.

### Die Thüringer Wälder klimafest machen

Die Wälder in Thüringen sind wunderschöne Naturlandschaften und spielen eine wichtige Rolle für Naherholung und Tourismus, im Kampf gegen den Klimawandel und als Quelle von nachwachsenden Rohstoffen. Zugleich leidet der Wald unter zunehmenden Wetterextremen und Schädlingsbefall. DIE LINKE. Thüringen will deshalb unsere Wälder an die neuen Herausforderungen anpassen. In den vergangenen fünf Jahren haben wir bereits zusammen mit unseren Koalitionspartnern wichtige Maßnahmen umgesetzt:

- Rot-Rot-Grün hat mehr als 26 000 Hektar Wald in Thüringen der forstlichen Nutzung entzogen. Mit dieser stillgelegten Waldfläche (mehr als 5 Prozent) leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Naturschutz sowie zur Artenvielfalt.
- Wir haben den von der CDU festgelegten Personalabbau und die sinkenden Landeszuweisungen an „Thüringen Forst“ gebremst. Damit kann unsere Landesforstanstalt ihre Aufgaben weiter angemessen erfüllen.

Um künftig die Widerstandskraft unserer Wälder zu erhöhen, braucht es einen naturnahen Waldumbau. Wir müssen dafür gezielt Baumarten anpflanzen, die gut gegen Stürme und lange Zeiten der Trockenheit gewappnet sind. Dafür und für weitere Aufgaben sehen wir folgende Lösungen:

- Für einen zügigen Waldumbau und eine bessere regionale Wertschöpfung wollen wir die Landesforstanstalt personell und finanziell stärken.
- Waldbesitzerinnen und -besitzer und Forstbetriebe sollen dabei unterstützt werden, die großen Mengen an Schadholz nach dem Dürresommer 2018 und dem Befall mit Borkenkäfern abzutragen. Dazu sind viele Unternehmen wegen der niedrigen Holzpreise derzeit nicht in der Lage. Wir wollen die nachfolgende Wiederaufforstung fördern.
- Besitzerinnen und Besitzer von kleinen Privatwäldern und forstliche Zusammenschlüsse müssen künftig besser unterstützt werden. Ab 100 Hektar Waldeigentum soll künftig kostendeckend befördert werden.
- Die Veräußerung von Kommunalwald als Form des öffentlichen Eigentums zur Haushaltskonsolidierung muss unterbunden werden.
- Wir plädieren für ein Vorkaufsrecht für regional ansässige Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Wald darf nicht als reine Kapitalanlage missbraucht werden. Ein Vorkaufsrecht würde zudem langfristig die Betriebsstrukturen der Forstbetriebe verbessern.
- Die Nutzung der Waldwege muss neu geregelt werden. Die Interessen der Waldbesitzerinnen und -besitzer sind ebenso zu berücksichtigen wie unvermeidbare Nutzungen mit

Kraftfahrzeugen durch Landwirtschaft und Fischerei. Auch touristische Ansprüche und die Bedürfnisse von Anliegerinnen und Anliegern müssen einbezogen werden.



## II. Thüringen in seiner Gesamtheit entwickeln und keine Region zurücklassen

Thüringen ist ein ländlich geprägtes Land mit einer reichen Natur- und Kulturlandschaft. Die Siedlungsstruktur ist kleinteilig und polyzentrisch. Vielfalt prägt unser Land – Vielfalt, die nicht zu struktureller Ungleichheit in den Entwicklungsperspektiven und -chancen zwischen den Menschen werden darf.

Die Kulturstadt Weimar verbinden die meisten Menschen mit Schiller und Goethe oder dem Bauhaus, die Landeshauptstadt Erfurt mit dem Domplatz, dem EGA-Park oder der Krämerbrücke. Das Wissenschafts- und Innovationszentrum Jena und die Wartburgstadt Eisenach sind überregional und weltweit bekannt. Den Charakter Thüringens prägen dabei die ländlichen Räume – vom Rennsteig bis zum Harz, vom Altenburger Land bis zur Rhön. Deshalb wird Thüringen als das grüne Herz Deutschlands bezeichnet. Die meisten Thüringerinnen und Thüringer leben im ländlichen Raum.

Traditionsreiche Industriestandorte wie Bergbau- und Textilstädte, die Lauschaer Glasbläserkunst, die Porzellan- und Spielzeugindustrie oder Zeiss Jena haben das Leben der Thüringerinnen und Thüringer über viele Generationen bestimmt.

Heute ist Thüringen ein vielseitiger moderner Wirtschaftsstandort. Er hat zwar eine kleinteilige Struktur, ist aber innovativ und zukunftsweisend aufgestellt. Gleichwohl kämpft Thüringen mit den Auswirkungen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche nach 1990 – Deindustrialisierung, Niedriglohnpolitik, der Weggang vieler junger Menschen und der Geburtenknick in den 1990er Jahren führten zu einem dramatischen Einwohnerrückgang, der anhält. Lebten 2009 noch rund 2,5 Millionen Menschen in Thüringen, werden es 2025 nur noch 1,94 Millionen sein, verbunden mit einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung.

Die Landesregierung und die Infrastrukturministerin Birgit Keller unterstützen strukturschwache Regionen mit dem Thüringer Demografie-Ratgeber für Kommunen, gezielten Förderprogrammen, Mobilitätskonzepten, Kooperationsangeboten, Imagekampagnen, der Förderung von Regionalentwicklung bis hin zu Dorfläden.

Wir stehen vor großen Herausforderungen: die demografische Entwicklung und die Energiewende, die Digitalisierung und die Globalisierung. All das beeinflusst maßgeblich auch die Entwicklung unseres Landes.

### Zukunft gestalten für alle: Raumordnung und Landesplanung

Thüringen verfolgt bei der regionalen Entwicklung des Landes das Konzept der zentralen Orte. Aufsteigend von kleineren Gemeinden über Mittelstädte bis hin zu den großen Städten strahlen diese Zentren in das Umland aus. Anhand dieses Konzeptes sind bei den Vorhalteleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge die Stadt-Umland-Beziehungen neu auszurichten.

Schwerpunkte in der Landesplanung sind eine nachhaltige, umweltbewusste und soziale Wirtschaftspolitik, die Förderung von erneuerbaren Energien und der Einklang von Natur und Wirtschaft. Entscheidende Elemente für eine zukunftsweisende Landesentwicklungsplanung sind ein gesetzlich verankerter Stopp des Flächenverbrauchs, die Belebung der Ortskerne sowie die Weiterentwicklung einer umweltschonenden, energie- und kosteneffizienten Infrastruktur. Gleichzeitig müssen Entwicklungen auch an Thüringer Traditionen anknüpfen und das Land in seiner Identität bewahren.

In diesem Sinne hat die rot-rot-grüne Koalition eine Reihe von Projekten unterstützt und befördert:

- Das Jahr 2019 ist nach dem Reformationsjubiläum erneut ein besonderes Jubiläumsjahr für Thüringen – ein Jahr der Demokratie und des Bauhauses. Beide haben in Weimar ihren Ursprung. Die Landesregierung hat dieses Jahr mit zahlreichen Aktivitäten, Baumaßnahmen und Veranstaltungsreihen vorbereitet. Menschen aus der ganzen Welt werden nach Thüringen kommen.
- Auch die Internationale Bauausstellung IBA leistet einen Beitrag zur Ideenfindung und Zukunftsentwicklung unseres Landes. Mit dem Thema „StadtLand“ und den Schwerpunkten „LeerGut“, „SelbstLand“ und „ProvinzModerne“ werden Projekte entwickelt und umgesetzt – etwa das Demokratiegedenkprojekt in Schwarzburg oder die Wiederbelebung des Industriedenkmals Eiermannbau in Apolda. Die Projekte der IBA dienen der Begleitung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses im Zuge von demografischem Wandel, Urbanisierung und Digitalisierung. Mit der IBA werden konkrete Orte in ländlichen Gebieten Thüringens wiederbelebt und einer neuen Nutzung zugeführt.

An diese Projekte werden wir anknüpfen und die Landesplanung stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten. Aktive Beteiligung ist für DIE LINKE. Thüringen der Schlüssel:

- Die Ideen und Aktivitäten der IBA wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen mit der Stadt- und Dorfentwicklungsplanung verknüpfen. Für die kommenden Jahre nehmen wir uns vor, die Breitenwirkung der IBA und ihren konkreten Nutzen für alle Thüringerinnen und Thüringer wesentlich zu verstärken.
- Wir werden die Beteiligungsrechte von Kommunen, Bürgerschaft und Verbänden verbessern.
- Außerdem werden wir die Planungsverfahren transparenter gestalten und die Akteurinnen und Akteure vor Ort besser einbinden.

### Ländliche Räume stärken

Ziel der Landesentwicklung ist, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu gewährleisten. Das betrifft die Versorgung mit Wasser, Energie, Telekommunikation, die Rettungsdienste, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ebenso wie die Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen (etwa Kindergärten), den Zugang zu Sport, Kultur, Bildung oder der ärztlichen Versorgung. Dazu sind gemeinsame Anstrengungen vieler Akteurinnen und Akteure in Kommunen, im Land und Bund notwendig.

- Das linksgeführte Infrastrukturministerium fördert allein in diesem Jahr 17 Projekte und Initiativen, die sich aktiv für das Gemeinwesen einsetzen.
- Die ländliche Entwicklung ist ein Schwerpunkt der Strukturpolitik des Freistaates. Das zeigt die Auswahl von 16 Gemeinden, die 2018 neu in das Dorferneuerungsprogramm aufgenommen wurden. Voraussetzung war ein gemeindliches Entwicklungskonzept, das konkrete Projektideen mit einem Gesamtvolumen von 46 Millionen Euro aufzeigt. Mit diesen Fördermaßnahmen werden die Gemeinden wirtschaftlich gestärkt und erhalten so Impulse zur Verbesserung ihrer Infrastruktur und der Lebensbedingungen vor Ort.
- Neben den Städtebauförderprogrammen des Bundes ergänzen Landesprogramme die Maßnahmen zur Stärkung ländlicher Gebiete – von der Sanierung des Vereinshauses bis hin zu Rückbaumaßnahmen von dauerhaft leer stehenden Gebäuden.

### Unsere Dörfer haben Zukunft

Dorf oder Stadt?! Wo wollen wir wohnen? Über diese Fragen entscheidet oft die vorhandene Infrastruktur. Der Zugang zu den Grundelementen des Alltags muss für alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen gesichert sein, egal wo sie leben. Dazu gehören ein lebendiges Gemeinwesen und kulturelle Angebote sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen. Eine gute Anbindung an die Städte durch den Ausbau einer modernen Infrastruktur ist daher ein wichtiges Ziel.

- Mit der Förderung von Kleinunternehmen der Grundversorgung im ländlichen Raum schließt die Landesregierung eine wichtige Lücke. Dorfläden zum Beispiel, die Einkaufsmöglichkeiten bieten und Ortskerne wiederbeleben, sind gerade für ältere Menschen wichtig. Solche Projekte erhalten eine Förderung bei Investitionen. Damit werden die Grundversorgung und die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse weiter verbessert.
- Gemeinsam soll die Entwicklung der ländlichen Räume für die Zukunft gestaltet und an den vorhandenen Ideen und Projekten angeknüpft werden. Mit der Initiative „Ortsgespräche im ländlichen Raum“ hat Birgit Keller den Austausch mit Akteurinnen und Akteuren vor Ort gesucht. Die Ortsgespräche gaben einen Überblick über die vielfältigen Initiativen und zielten zugleich auf die Evaluierung und Anpassung der Förderprogramme. Ein erstes Ergebnis ist die Einführung einer Beratungshotline für Antragstellerinnen und -steller. Die Förderprogramme müssen künftig vereinfacht und gebündelt werden.

In den nächsten Jahren werden wir die Ergebnisse des Dialogs umsetzen und weiterentwickeln. DIE LINKE. Thüringen steht in diesem Prozess für mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger:

- Die Dorfentwicklungsplanung kann nur mit den Menschen vor Ort gemeinsam gestaltet werden. Sie ist in Zusammenarbeit mit den Kommunen mit der Sozialplanung zu verknüpfen. Die Ideen der Akteurinnen und Akteure vor Ort, zum Beispiel Dorfentwicklungsbeiräte, werden wir mit in die Entwicklungskonzepte einfließen lassen.
- Die demografische Entwicklung wollen wir als Chance zur Umgestaltung nutzen. Altersgerechte barrierefreie Zugänge zu allen Lebensbereichen wollen wir schaffen und ausbauen und das Ehrenamt stärken.
- Mit einer entsprechenden Sozialplanung soll ein gutes Zusammenleben der Generationen gefördert und die Attraktivität des ländlichen Raums für junge Familien erhöht werden. Als ersten Schritt hat Rot-Rot-Grün das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ auf den Weg gebracht.

### Keine Rendite mit der Miete

Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. In den wachsenden Regionen ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Hinzu kommen immer mehr ältere Menschen in ganz Thüringen, die barrierefreien und preiswerten Wohnraum benötigen. Wir werden eine lebendige Stadtentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen Mischung fördern – ebenso wie eine vielfältige, bedarfsgerechte Infrastruktur.

Dazu brauchen wir eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene und ausreichend bezahlbare Wohnungen für alle Menschen. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht gewinnorientiert, sondern auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet. DIE LINKE. Thüringen orientiert sich auch ohne diese juristische Form an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus: bezahlbare Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung zu schaffen. Wir greifen dazu auf alle Instrumente zurück, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, um die Kommunen hierbei zu unterstützen.

Die beste Mietpreisbremse könnte weiterhin der genossenschaftliche und kommunale Wohnungsbau sowie der soziale Wohnungsbau sein. Sie dienen der Gemeinnützigkeit in Stadt und Land. Um diese Wirkung zu erzielen, müssen Kommunen eigene Wohnungsunternehmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums veranlassen. Mit Maßnahmen wie dem in Erfurt beschlossenen Baulandmodell, das privaten Investorinnen und Investoren über das Baurecht Vorgaben für den sozialen Wohnungsbau macht, können sie ihren Teil für bezahlbares Wohnen leisten.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat in den letzten fünf Jahren verschiedenste Förderprogramme für barrierearmen oder -freien und bezahlbaren Wohnraum aufgelegt und gesetzliche Maßnahmen im Bereich Wohnen ergriffen:

- Innenstadtstabilisierungsprogramm zur Schaffung von Mietwohnungen und Eigenwohnraum
- Programm zur Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen
- Thüringer Barriere-Reduzierungsprogramm – in ca. 4000 Wohnungen konnten mit diesem Programm Barrieren abgebaut werden
- Weiterentwicklung der Städtebauförderung mit Kofinanzierung aller Bundes- und EU-Programme
- Einführung der Mietpreisbremse in den Städten Erfurt und Jena

DIE LINKE. Thüringen wird die Wohnungspolitik weiter als Teil der Stadtentwicklung verstehen. Die Schaffung neuen Wohnraums und die Städtebauförderung wird DIE LINKE. Thüringen eng miteinander verknüpfen. Auch in Zukunft werden wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen:

- Die finanziellen Mittel der Städtebauförderung werden wir für die Entwicklung der Wohnquartiere nutzen, um Städte attraktiv zu gestalten. Die Internationale Bauausstellung IBA wird mit ihren Projekten in Stadt und Land die Weiterentwicklung unterstützen.
- Europa- und Bundesprogramme werden wir weiterhin mit eigenen Mitteln kofinanzieren, damit die Kommunen Gestaltungsraum haben.
- Wir behalten uns vor, Immobilien, die ausschließlich als Spekulationsobjekte genutzt werden, zu vergesellschaften und der Allgemeinheit zuzuführen. Immobilienkonzerne, die ihr Eigentum nicht zum Wohle der Allgemeinheit nutzen, möchten wir enteignen.
- Wir werden die Förderinstrumente und rechtlichen Rahmenbedingungen überprüfen und so gestalten, dass gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sowie kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der Grunderwerbsteuer befreit werden können. So kann die Wohngemeinnützigkeit gestärkt und ausgebaut werden. Das bedeutet auch: kein Verkauf von kommunalem Eigentum.
- Eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ist die Voraussetzung für eine neue Wohngemeinnützigkeit. Deshalb ist es unser Ziel, dass Grundstücke im kommunalen Eigentum bleiben und wieder zurückgewonnen werden können. Für eine Limitierung der Grundstückspreise sind rechtssichere Wertermittlungsverfahren zwingende Voraussetzung. Eine entsprechende Änderung des Boden- und Planungsrechts ist notwendig, damit einer spekulativen Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten Einhalt geboten werden kann. Auch das Vorkaufsrecht muss als Instrument für die Gewinnung von Bauland für Kommunen verbessert werden.
- Die Förderung von bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum, sowohl beim Neubau als auch beim Umbau, werden wir fortsetzen.

- Wir werden neue altersgerechte Wohnformen fördern und uns auf Bundesebene für eine sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung einsetzen. Wir werden Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entwickeln.

### III. Mobilität neu denken

Öffentlicher Personennahverkehr, Schiene und Rad bieten in sinnvoller Kombination für alle eine Lösung – für Pendlerinnen und Pendler, Touristinnen und Touristen, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler oder ältere Menschen.

Sie sind für DIE LINKE. Thüringen der Ansatz, Mobilität neu zu denken. Uns geht es um mehr als eine Verkehrswende, die die finanziellen Lasten des Infrastrukturausbaus, Ökoabgaben und die Kosten neuer Technologien den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufbürdet und dem Individualverkehr weiter den Vorrang einräumt. Viele Menschen verbinden in der Folge der Diskussion um den Dieselskandal mit Verkehrswende Verbote und Mobilitätseinschränkung. Demgegenüber wird die Automobilindustrie für ihre Manipulationen und ihre Blockaden nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern von der Bundesregierung noch mehr belohnt. Mobilität neu zu denken heißt, die Tatsache anzuerkennen, dass neben der Industrie der Verkehr zu den größten Verursachern klimaschädlicher Gase gehört. Über die Hälfte aller Menschen in Deutschland sind von Verkehrslärm beeinträchtigt, die Gesundheitsbelastung durch CO<sub>2</sub>, Schwefeldioxid und Feinstaub wird zunehmend zu einem ernstesten Problem. Hinzu kommt: Der Güterverkehr wird sich in den nächsten Jahren vervielfachen, Staus werden zu einer wachsenden volkswirtschaftlichen Belastung und die Versiegelung in den Städten nimmt für den Autoverkehr zu. Doch das Straßennetz wird ausgebaut statt restauriert, die Schieneninfrastruktur auf Verschleiß gefahren. Wie eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen im Nah- und Schienenverkehr bis 2030 erreicht werden soll, bleibt ein Rätsel.

DIE LINKE. Thüringen will, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger mobil, sicher und barrierefrei bewegen können – unabhängig von ihrem Einkommen. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs erhöhen und mehr Menschen zum Umstieg in die umweltfreundliche Bahn, den Bus, die Straßenbahn oder auf das Fahrrad bewegen.

Mobilität neu denken heißt für DIE LINKE. Thüringen, ökologische Vernunft und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen zu berücksichtigen. Erhalt geht für uns vor Neubau. Schon jetzt leisten ein leistungsfähiges Straßenbahn- und Busnetz, alternative Antriebe, Sharing-Angebote, Lastenfahräder und attraktive Rad- und Fußwege einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Wir wollen den Verkehr für alle in einem überschaubaren Zeitraum kostenfrei und flächendeckend gestalten. Dies gilt für ganz Thüringen, die kreisfreien Städte wie den ländlichen Raum. Die Ziele in Stadt und Land – die Arztpraxis, das Amt oder die Einkaufsgelegenheit, kulturelle Einrichtungen und Bildungseinrichtungen oder die freie Natur – müssen für alle Menschen in Thüringen mit Bus oder Bahn, zu Fuß oder per Rad sicher zu erreichen sein.

Deshalb werden DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow:

#### Den Öffentlichen Personennahverkehr stärken

Die rot-rot-grüne Koalition hat seit 2014 einen Schwerpunkt auf den Nahverkehr gelegt. Mit 26 Millionen Euro wird beispielsweise gegenwärtig der Kauf von 14 Straßenbahnen für die Landeshauptstadt unterstützt. In Städten wie Erfurt, Gera, Jena oder Weimar legen immer mehr Menschen die täglichen Wege mit Straßenbahn, Bus, Rad oder zu Fuß zurück. Im Verkehrsverbund Mittelthüringen werden seit Jahren steigende Fahrgastzahlen verzeichnet. Allein in Erfurt fahren an Werktagen 150 000 Menschen mit dem ÖPNV. DIE LINKE. Thüringen hat zusammen mit den Koalitionspartnern diesen Trend gezielt unterstützt:

- Erstmalig seit 2011 hat die rot-rot-grüne Koalition wieder Landesmittel für den ÖPNV bereitgestellt. 2018 wurden 2 Millionen eingesetzt, 2019 werden 5 Millionen Euro mehr im ÖPNV investiert.
- Mit der zusätzlichen Förderung landesweit bedeutsamer Buslinien in Höhe von 2 Millionen Euro ist eine bessere und verlässliche Anbindung an die Bahn und der Kommunen untereinander gelungen. Busverkehre enden nicht mehr an Landkreisgrenzen. Für Pendlerinnen und Pendler ist die Verzahnung mit dem Schienenverkehr unerlässlich. Die Regierungskoalition stellt die notwendigen Mittel bereit, um auch nach 2019 ein landesweit zuverlässiges Flächennetz auszubauen.
- Mit dem Azubiticket hat Thüringen ein landesweit gültiges Ticket und Modellprojekt für Auszubildende geschaffen. Mit diesem Abo-Ticket können durchgängig alle Eisenbahnverbindungen sowie Bus und Straßenbahn in allen teilnehmenden Landkreisen genutzt werden. Der Landkreis Greiz verweigert zum Nachteil seiner jungen Menschen als einziger die Teilnahme. Die Azubis, aber auch die beteiligten Landkreise erhalten eine zusätzliche Förderung durch die Thüringer Landesregierung in Höhe von mehr als 10 Millionen Euro bis Ende 2019. Auch im Haushalt 2020 werden wir Mittel für das Azubi-Ticket bereitstellen und das Projekt fortsetzen.
- Das Rennsteigticket ist ein positives Beispiel für die Zusammenarbeit von Wirtschaftsstrukturen und touristischen Strukturen im Nahverkehr. Mit dem Ticket ist in den beteiligten Kurgebieten die kostenfreie Nutzung von Bus und Bahn als Bestandteil der Kurtaxe vorgesehen. Wir haben die gesetzlichen Grundlagen dafür gesichert und wollen es schrittweise auf den gesamten Thüringer Wald ausweiten.
- Verkehrsmittel müssen nicht nur erreichbar, sondern auch für alle Menschen zugänglich sein. Ein wichtiger Punkt ist der barrierefreie Ausbau der Haltepunkte und Fahrzeuge sowie der Verkehrsinfrastruktur überhaupt. Hier wurden mit dem Bahnhofverschönerungsprogramm sowie der Förderung von Niederflrbusen und barrierefreien Zugängen wichtige Vorhaben realisiert. Bis 2021 wollen wir gemeinsam mit den Kommunen durch Fortführung der Programme die Barrierefreiheit schrittweise weiter umsetzen.

Diese Projekte müssen fortgesetzt und erweitert werden. Hinzu kommen neue Herausforderungen, da die zurückgehenden Zahlen der Einwohnerinnen und Einwohner und der Schülerinnen und Schüler bestehende Angebote infrage stellen. Wir wollen mit Mobilitätsalternativen den ländlichen Raum weiter attraktiv halten. Deshalb stärkt DIE LINKE. Thüringen die Entwicklungsperspektiven des Nahverkehrs:

- DIE LINKE. Thüringen wird sich dafür einsetzen, den ÖPNV zu ertüchtigen, sodass gerade in ländlichen Regionen innovative Angebote den Linienverkehr ergänzen – etwa Schnellbusse, Anrufbusse, Linientaxis, Wander-, Rad- und Kombibusse, Car- und Bike-Sharing oder die Einrichtung von Bedarfshalten. Das Modellprojekt des Max-Planck-Instituts „Eco-Bus-App“, mit der Menschen bedarfsgerecht abgeholt werden können, wollen wir prüfen und weiterentwickeln. Wir unterstützen Kooperationen des ÖPNV mit kommunalen Wirtschaftsunternehmen, Kultureinrichtungen, Krankenhäusern und anderen Leistungserbringern, um zusätzliche Verkehrsformen zu finanzieren.
- Mit dem Ausbau eines landesweit getakteten Bus-Bahn-Netzes erreichen wir eine Angebotsverbesserung und Anbindung ländlicher Gemeinden an die Städte und zentralen Orte.

- Wir wollen einen Thüringer Verkehrsverbund mit landesweiten Tarifen und abgestimmten Takten. Nur so ist es möglich, bestehende günstige Angebote auf ganz Thüringen auszuweiten, eine landesweit gültige Jahresnetzkarte zu entwickeln, attraktive Jobtickets anzubieten, flächendeckende Sozialtarife einzuführen und die Schritte zur kostenfreien Mobilität für Kinder und Jugendliche zu gehen. Wir werden weiterhin mit den Kreisen und kreisfreien Städten Gespräche dazu führen. Wir werden finanzielle Anreize und regionsübergreifende Angebote schaffen. Wir erreichen mit einem Ticket durch Thüringen, mit Fahrgastinformationen in Echtzeit, mit einem ÖPNV-Routenplaner für Thüringen und W-LAN in Bus und Bahn mehr Kundenfreundlichkeit und Serviceorientierung.
- Das Azubiticket muss zu einer Regelleistung weiterentwickelt werden. Dazu werden wir die Wirtschaft zur Mitfinanzierung auffordern. Die Unternehmen haben ein Interesse an der Fachkräftesicherung. Gerade im ländlichen Raum werden diese nur noch zu finden sein, wenn Auszubildende mobil sein können.
- Um bei der Vernetzung und Finanzierung des Verkehrsangebotes in Thüringen voranzukommen und die Diskussion zum Thema „ÖPNV im Jahr 2030“ zu führen, werden wir eine Strategiekommission einsetzen, die verkehrsträgerübergreifend ein Mobilitäts-Förderkonzept für Thüringen entwickelt. Damit sollen Mobilitätsangebote, die Digitalisierung und die Kooperation der Verkehrsbetriebe verbessert und erweitert werden. Bestehende Tarifstrukturen, Sozial-, Schüler- und Senientickets wollen wir sichern und ausbauen – bis hin zur Fahrscheinfreiheit. Auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern soll ein Schwerpunkt sein. Die engen Verflechtungen und Pendlerströme von und nach Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Bayern und Hessen machen dies notwendig.
- DIE LINKE. Thüringen plädiert für ein Förderprogramm für Investitionen zur Erneuerung und Vergrößerung des Fahrzeugparks, vor allem bei Straßenbahnen, um die zunehmenden Passagierzahlen in den Städten zu bewältigen. Bei Investitionen in den Fahrzeugpark ist bei der Vergabe von Fördermitteln darauf zu achten, dass für den Antrieb erneuerbare Energien benutzt werden und diese bevorzugt zu fördern sind. Dabei entlassen wir den Bund nicht aus seiner Verantwortung, die Straßenbahnverkehre auszubauen und zu finanzieren.

### Bahnverkehr für alle Thüringer Regionen

Mit dem ICE-Knotenpunkt Erfurt ist Thüringen besser als jemals zuvor an Metropolregionen wie Berlin, Leipzig, München, Nürnberg und das Rhein-Main-Gebiet angebunden. Hieraus ergeben sich große wirtschaftliche und touristische Potenziale. Ergänzend dazu stellte die rot-rot-grüne Koalition Finanzmittel und Investitionen für den Regionalverkehr bereit, um Regionen und Städte wie Jena, Weimar und Gera weiterhin an das Fernverkehrsnetz sowie vertaktete ÖPNV-Angebote anzuschließen. Die rot-rot-grüne Koalition hat viel für den Schienenverkehr erreicht:

- Wichtige Schritte beim Ausbau der Schieneninfrastruktur in Thüringen sind die Aufnahme der vollständigen Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung und der Strecke Gotha-Leinefelde in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes sowie die Vorbereitung des IC-Knotens Jena. Der Einsatz von Bodo Ramelow im Bundesrat hat die Planungen dieser wichtigen Projekte vorangetrieben. Ostthüringen wird erheblich früher, als von der DB geplant, wieder an das Fernverkehrsnetz angeschlossen.
- Zwischen Weimar und Erfurt sind S-Bahn-ähnliche Verkehre eingerichtet. Die Nahverkehrsanbindung zwischen Gera, Jena und Erfurt ist besser getaktet und erweitert. Für den Wegfall der Fernverkehrsverbindungen über Jena wurden durch Mittel des Freistaates



zusätzlich schnelle Regional-Express-Linien nach Halle und die Verlängerung des Franken-Thüringen-Expresses von Nürnberg über Jena nach Leipzig erreicht. Gera ist wieder an den Fernverkehr angebunden.

- Mit 2,4 Millionen Euro wird die Rennsteigbahn saniert. Bereits 2017 wurde der Verkehrsvertrag bis 2028 unterschrieben. Damit wird eine touristisch bedeutsame Strecke in den Thüringer Wald erfolgreich reaktiviert.
- Die Landesregierung hat mit dem Runden Tisch zum Schienengüterverkehr ein wichtiges Zeichen gesetzt. Mit Erfahrungsberichten und Untersuchungen wurde gemeinsam mit Unternehmen nach Wegen gesucht, um Frachtgut von der Straße auf die Schiene zu überführen.
- Seit 1996 sind die Bundesländer für die Vergabe des Schienenpersonennahverkehrs zuständig. Die Ausschreibungspflicht von Strecken lehnen wir ab. Die ständigen Ausfälle bei Abellio zeigen, dass der Wettbewerb zwischen Unternehmen oft zulasten des Personals und der Fahrgäste geht. Wir wollen im Nahverkehr auf der Schiene tarifgebundene Unternehmen mit guten Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für guten Service. Deshalb werden wir im Vergabegesetz eine Tarifklausel für den Nahverkehr verbindlich verankern. Bei Betreiberwechsel soll künftig der Personalübergang verbindlich zugunsten der Beschäftigten geregelt werden. So wirken wir den Folgen von Privatisierungen im Schienenverkehr entgegen. Eine weitere Privatisierung der Deutschen Bahn lehnen wir ab.

Die Schiene in der Fläche zu stärken, bleibt eine zentrale Aufgabe. Im Haushalt 2018/19 wurde für die Absicherung von Zügen im ländlichen Raum zusätzlich je 1 Million Euro bereitgestellt. Wir werden die Verknüpfung mit touristischen Angeboten fortsetzen, um die Fahrgastzahlen zu erhöhen und so für die Menschen vor Ort und für die Gäste Mobilität zu sichern. Hierzu will DIE LINKE. Thüringen Bahnstrecken reaktivieren:

- Wir wollen die Lücke auf der Hölletalbahn schließen und streben die Verlängerung der Strecke bis Themar an. Unser Ziel ist es, die Pfefferminzbahn wieder bis Großheringen fortzuführen und in Richtung Halle/Leipzig sowie Jena anzubinden.
- Die Standards bei Barrierefreiheit und Zugänglichkeit von Bahnhöfen und Verkehrsmitteln werden wir erhöhen, um für Menschen mit Behinderungen in der Fläche stärker Mobilität zu sichern.

### **Mobilität in jeder Form unterstützen**

Verkehrsinfrastruktur besteht nicht nur aus Bus und Bahn. Die Thüringerinnen und Thüringer sind auf viele Arten unterwegs. Neben dem Ausbau des Personen- und Schienennahverkehrs sind Rad- und Fußwege entscheidend, um Wege sicher zurückzulegen. All diejenigen, die unter den derzeitigen Folgen des Individual- und straßengebundenen Güterverkehrs leiden, erwarten Investitionen in Lärmschutz und Umgehungsstraßen. Natürlich bedarf es des Erhalts von Straßen und Investitionen dort, wo Verkehrsalternativen nicht vorhanden sind. Bei diesen Mobilitätsbedürfnissen können sich die Thüringerinnen und Thüringer auf DIE LINKE. Thüringen verlassen:

- Wir haben für 2018 und 2019 erheblich mehr Mittel für den Bau von Radwegen bereitgestellt. Das Thüringer Radverkehrskonzept wurde im Zusammenwirken mit Vereinen und Verbänden überprüft und neu konzipiert. Erstmals wurden konkrete Ziele festgelegt, um den Anteil des Radverkehrs zu steigern. Bis 2025 sollen 12 Prozent der Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden – eine Verdopplung im Vergleich zu 2008. Für dieses anspruchsvolle Vorhaben braucht es unter anderem eine enge Verknüpfung mit dem ÖPNV,

den Bau zusätzlicher Abstellanlagen an Bahnhöfen, digitale Radroutenplaner und Mängelmelder.

- Die rot-rot-grüne Landesregierung garantiert die kostenlose Fahrradmitnahme in den Thüringer Nahverkehrszügen. Auch die Fahrradwegweisung wird ausgebaut. Ein Runder Tisch Radverkehr verbessert die thüringenweite Zusammenarbeit.
- In Eisenach und Jena wurden Modellprojekte zur Entwicklung und Stärkung des Fußverkehrs verwirklicht. Damit werden wichtige Impulse für eine umweltfreundliche Innenstadtgestaltung gesetzt.
- Die Landesregierung unterstützt die Kommunen bei ihrer Forderung nach verbessertem Lärmschutz, Verkehrsberuhigung und Umgehungsstraßen. Wir setzen uns beim Bund für deren Realisierung ein.
- Wir stärken die Verkehrssicherheit in Thüringen. Das Verkehrssicherheitsprogramm 2020 wird evaluiert und fortgeschrieben. Die Zahl der Verkehrstoten, Verletzten und Unfälle soll entscheidend verringert werden – vor allem durch Verkehrserziehung, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Förderung von Dialogdisplays (Smileys) und notwendige Tempolimits und Polizeikontrollen. Mit dem Ausbau der Landesprogramme konnten in ganz Thüringen mehr Aktionen zur Verkehrserziehung und Unfallprävention verwirklicht werden.
- Das Infrastrukturministerium, der Thüringer Verkehrssicherheitsrat und die Landesverkehrswacht veranstalteten Fachtagungen zum automatisierten Fahren, zur Verbesserung der Mobilität von Seniorinnen und Senioren und zur Verkehrssicherheit bei Kindern und Jugendlichen.

Diese Projekte wird DIE LINKE. Thüringen weiterentwickeln. Wir nehmen unterschiedliche Formen von Mobilität und Zukunftstechnologien in den Fokus:

- Mit dem Landesstraßenbedarfsplan 2030 des Infrastrukturministeriums können künftig Sanierung, Um- und Neubau von Ortsumgehungen und Landesstraßen besser geplant werden. Bis dahin will die Landesregierung rund 990 Millionen Euro schwerpunktmäßig für den Erhalt und die Erneuerung der Landesstraßen einsetzen. Radwege ergänzen die Straßenbaumaßnahmen, die Verkehrssicherheit wird erhöht, 10 Prozent der Straßenbaumittel werden für Radwege verwendet. Die Mittel für den kommunalen Straßenbau hat Rot-Rot-Grün erhöht, um den Sanierungsstau abzubauen.
- Um Elektromobilität voranzubringen, fasste der Landtag einen Beschluss über eine Reihe von Einzelvorhaben, zum Beispiel Forschungsprojekte, die Evaluierung von Förderprogrammen, den Ausbau des ÖPNV und die Lade-Infrastruktur. Die Vorbildrolle der öffentlichen Hand wollen wir in diesem Bereich weiter stärken.

## Individuelle und öffentliche Sicherheit

Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen aller Menschen. Die empfundene Sicherheit ist dabei oftmals die Summe verschiedenster Wahrnehmungen und Empfindungen. Nur selten stehen Sicherheitsgefühl und tatsächliche Sicherheitslage in einem realistischen Verhältnis. DIE LINKE. Thüringen fühlt sich dem Bedürfnis nach Sicherheit verpflichtet. Das heißt für uns, die objektiven Voraussetzungen für individuelle und öffentliche Sicherheit zu schaffen und Faktoren zurückzudrängen, die Unsicherheit begünstigen.

Sicherheit ist für uns untrennbar mit der Frage nach der sozialen Sicherheit verbunden. Bildung für alle, Teilhabe, Chancengleichheit und ein Ende prekärer Lebensverhältnisse sind ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität und Gewalt und schützen nachhaltig die persönliche Unversehrtheit. Sie stellen auch die Menschenwürde aller in Thüringen lebenden Menschen unter einen besonderen Schutz.

Mehr Überwachung und Kontrolle oder härtere Strafen bedeuten nicht mehr Sicherheit, sie bringen aber weniger Freiheit für alle. DIE LINKE. Thüringen steht für eine ausgewogene Balance von Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und zum Schutz von Grundrechten. Statt immer neuer Eingriffsbefugnisse werden wir bestehende Befugnisse hinterfragen und auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Mittel und Befugnisse müssen zum erreichbaren Zweck auch in einem richtigen Verhältnis stehen, sie müssen erforderlich sein und auch tatsächlich befördern. Deshalb gehört zur öffentlichen Sicherheit der Schutz vor Eingriffen in die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte als Wertefundament einer demokratischen und freien Gesellschaft. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung erhält eine immer größere Bedeutung.

DIE LINKE. Thüringen wird sich allen entgegenstellen, die mit dem Thema Sicherheit erst Unsicherheit schüren, um in der Folge Eingriffe in die Grundrechte voranzutreiben und Freiheiten zu beschränken.

Es gibt keine 100-prozentige Sicherheit und keinen absoluten Schutz vor allen Lebensrisiken. Umso wichtiger ist es, gemeinsam über die alltäglichen Risiken im Leben zu diskutieren: Welche Fähigkeiten müssen gestärkt werden, um Risiken kalkulier- und beherrschbar zu gestalten? Welche Eingriffe zur Abwehr von Gefahren sind tatsächlich notwendig? Welche weiteren Sicherheitsmaßnahmen gefährden unsere Gesellschaft eher, als sie zu schützen?

DIE LINKE. Thüringen wirbt für einen gemeinsamen Dialog von Politik, Wissenschaft, Sicherheitsbehörden, Bildungsträgern und Zivilgesellschaft, um ein Leben ohne Angst für alle möglich zu machen, statt immer neuer Schnellschüsse zu veranlassen, die Sicherheit versprechen, aber keine Sicherheit schaffen.

Öffentliche Sicherheit heißt für DIE LINKE, Demokratie, Grundrechte und Freiheit zu stärken.

## Gegen Rassismus und Diskriminierung – für eine offene und tolerante Gesellschaft

Für alle Menschen, gleich welcher Herkunft oder Kultur, wollen wir gleiche politische und soziale Rechte und gleichen Schutz vor staatlichen Eingriffen erreichen.

Als eine der Konsequenzen aus der Arbeit des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses hat der Landtag 2017 eine Enquetekommission Rassismus eingesetzt. Diese Kommission erarbeitet Maßnahmen zur Eindämmung von Rassismus und Diskriminierung. Die Empfehlungen der Kommission wollen wir umsetzen:

- Wir wollen die Weiterbildung von Polizei und Staatsanwaltschaften professionalisieren und verstetigen – insbesondere zu aktuellen Erscheinungsformen von Neonazismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus.
- Wir wollen in Thüringen eine unabhängige, niedrigschwellig erreichbare Antidiskriminierungsberatung etablieren – neben der bereits in der Staatskanzlei angesiedelten Antidiskriminierungsstelle, die künftig vor allem eine koordinierende und administrativ beratende Funktion haben soll.
- Wir wollen eine Meldestelle für Hass-Sprache (Hatespeech) und diskriminierende Äußerungen einrichten, um diese besser erfassen und Gegenmaßnahmen besser abstimmen zu können. Wir wollen zudem die Erforschung von Hass-Sprache und diskriminierenden Äußerungen vorantreiben. Auch das Thema Rechtsterrorismus wollen wir stärker erforschen lassen.
- Wir widersetzen uns den Angriffen von CDU und AfD auf das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung. Wir werden insbesondere die Strukturförderung für die Mobile Beratung (MOBIT) und das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) weiter absichern. Zudem wollen wir angesichts der Zunahme rassistisch motivierter Übergriffe die Förderung für die Opferberatung ezra erhöhen.
- Wir wollen Beratungs- und Weiterbildungsangebote zum Thema Social Media und Hass-Sprache, Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus für Schulen und Jugendarbeit schaffen, weil soziale Medien als Verstärker von rassistischem, neonazistischem, islamfeindlichem und antisemitischem Gedankengut dienen. Die genannten Themen wollen wir über feste Projektstage oder Lehrinhalte an den Schulen etablieren.
- Wir wollen ein Landesantidiskriminierungsgesetz entwickeln, das Schutz vor rassistischer Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der sexuellen Identität und des sozialen Status bietet. Das Landesantidiskriminierungsgesetz soll Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließen – insbesondere die bestehenden Lücken bei der Diskriminierung durch hoheitliches Handeln. Es soll auch ein Verbandsklagerecht, verlängerte Klagefristen und Beweislasterleichterungen für von Diskriminierung Betroffenen enthalten. Auf Bundesebene wollen wir uns für die Novellierung des AGG einsetzen.
- Wir wollen eine Antirassismusbeauftragte/einen Antirassismusbeauftragten als Ansprechperson für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung und für öffentliche Einrichtungen einsetzen. Zudem wollen wir einen Antirassismus-Beirat einrichten – als Beratungsgremium für die Landesregierung und zur Erarbeitung von Strategien gegen Rassismus und Diskriminierung.

### **Klare Kante gegen rechts – gemeinsam gegen alte und neue Nazis**

Der jährliche Thüringen-Monitor zu rassistischen Einstellungen in der Gesellschaft, Konzerte mit Tausenden Neonazis und gewalttätige Übergriffe auf Migrantinnen und Migranten sowie andere Menschen, die zu Feindbildern von Neonazis und anderen Menschenfeinden gehören, machen den erhöhten Handlungsbedarf deutlich. Thüringen trägt wegen des neonazistischen Terrornetzwerkes NSU eine besondere Verantwortung. Deshalb sieht sich DIE LINKE. Thüringen in der Verantwortung,

alle behördlichen Möglichkeiten zu nutzen, um gegen verfassungs- und demokratiefeindliche extrem rechte Organisationen und Strukturen in der Öffentlichkeit vorzugehen. So sind die Thüringer Behörden einschließlich der Polizei im Herbst 2018 erfolgreich gegen rechte Großkonzerte eingeschritten. In diesem Verständnis hat DIE LINKE. Thüringen gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern gegen den derzeitigen Rechtsruck vieles erreicht:

- Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung wurde fortentwickelt und in seiner inhaltlichen Ausrichtung überarbeitet. Seit unserem Regierungsantritt haben wir die jährlichen Haushaltsmittel um bis zu 1,38 Millionen auf 5,28 Millionen erhöht. Damit haben wir zivilgesellschaftliche Projekte noch besser unterstützt und gefördert.
- Wir haben eine zentrale Informationsstelle zum Thema „Reichsbürger“ eingerichtet.
- Der NSU-Untersuchungsausschuss hat das Umfeld des mörderischen Netzwerkes weiter aufgeklärt.

Um die Gefahren für die demokratische Kultur zu bändigen, sind alle gefragt! Wir müssen Haltung beweisen und Neonazismus, Antisemitismus und andere auf Ausgrenzung basierende Ideologien in die Schranken zu weisen. Deshalb will DIE LINKE. Thüringen den Weg konsequent fortsetzen:

- Gegen Rechtsrock-Konzerte wollen wir noch konsequenter vorgehen. So werden wir insbesondere die Versammlungsbehörden unterstützen, rechtssichere Bescheide zu erlassen. Auch wollen wir auf Bundesebene eine Präzedenzentscheidung vor Gericht zur juristischen Abgrenzung von Versammlungen zu kommerziellen Veranstaltungen erwirken.
- Wir wollen eine mobile Applikation entwickeln lassen, damit Polizistinnen und Polizisten künftig noch schneller per Titelerkennung mit mobilen Geräten indizierte Hass-Musik identifizieren und darauf reagieren können („Nazi-Shazam“-App). Auch eine Datenbank mit verbotenen Codes und Symbolen der rechten Szene sollen ihnen auf diesem Wege zur Verfügung stehen.
- Wir wollen ein Bildungs- und Dokumentationszentrum bzw. Archiv für Akten des NSU-Untersuchungsausschusses errichten, um diese für wissenschaftliche Forschung, Zivilgesellschaft und journalistische Recherche zur Verfügung zu stellen.
- Wir werden jene Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und ihre Finanzierung sichern, die – wie die KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora – die Opfer des deutschen Faschismus und den gegen ihn gerichteten antifaschistischen Widerstand in unserem Gedächtnis wachhalten.
- Wir werden den Extremismusbegriff, der auf der Totalitarismustheorie aufbaut, aus den Handlungskatalogen der Behörden streichen.

### **Für eine bürgerfreundliche Polizei mit einer angemessenen und verhältnismäßigen Ausstattung**

In Thüringen können die Menschen sicher leben. Das belegen die im bundesweiten Vergleich geringen Häufigkeitszahlen der Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner und die hohe Aufklärungsquote der Thüringer Polizei. Damit Thüringen auch in Zukunft zu einem der sichersten Länder gehört, braucht es eine gut ausgestattete und funktionierende Polizei mit effizienten Strukturen. Vor allem braucht es motivierte und bürgernah agierende Polizistinnen und Polizisten, die ihren Dienst gern und professionell ausüben. Bürgernah heißt: flächendeckend präsent und einsatzbereit zu sein und den Herausforderungen durch die Digitalisierung entsprechen zu können – bei der Straftataufklärung und in der Kommunikation mit Einwohnerinnen und Einwohnern. Für

motivierten Polizistinnen und Polizisten sorgen für eine vorausschauende Personalplanung, eine stetig aktuelle Polizeiausbildung, die Minderung von Mehrarbeit und Doppelbelastungen, ein verbessertes Zulagensystem und eine konstruktive Fehlerkultur, die allen Bediensteten und den in Thüringen lebenden Menschen zugutekommt.

Unsere rot-rot-grüne Koalition konnte in den vergangenen fünf Jahren bereits viele dieser Projekte anstoßen:

- Unter dem Stichwort „Polizei 4.0“ haben wir eine umfangreiche Digitalisierung bei der Thüringer Polizei veranlasst und allein für den Doppelhaushalt 2018/19 knapp 5 Millionen Euro für Kommunikationsendgeräte zur Verfügung gestellt.
- Thüringer Polizistinnen und Polizisten werden künftig mit Tablets und Smartphones bei der Anzeigenaufnahme und mit einem eigenen Messengersystem für eine schnellere und bessere Kommunikation arbeiten, anstatt alles per Hand aufzuschreiben und nochmals abzutippen.
- Während die CDU die Ausbildungszahlen bis 2014 auf 120 Polizeianwärterinnen und -anwärter pro Jahr reduzierte, haben wir den Abwärtstrend umgekehrt. Wir haben die Ausbildungszahlen sukzessive auf 300 Polizeianwärterinnen und -anwärter im Jahr 2019 angehoben. So können wir den Altersabgängen entgegenwirken und Polizeibeamtinnen und -beamte entlasten.
- Um den Kontakt zu Einwohnerinnen und Einwohnern weiter zu verbessern, haben wir eine Polizeivertrauensstelle eingerichtet. Um die Rechtssicherheit polizeilichen Handelns für alle Beteiligten zu gewährleisten, haben wir die anonymisierte Kennzeichnung eingeführt.
- In den letzten vier Jahren wurde die Schutzausrüstung der Polizei erheblich verbessert. Mehr als 10 Millionen Euro haben wir in die Sicherheit und Unversehrtheit von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz investiert und die Schutzausrüstung auf den neuesten technischen Stand gehoben.

Aus gutem Grund hat Thüringen unter unserer Regierungsbeteiligung in den letzten vier Jahren das Polizeirecht nicht verschärft, denn wir wollen die Kontrolle und Überwachung von Einwohnerinnen und Einwohnern nicht weiter auszubauen, ohne tatsächlich Sicherheit zu schaffen. Für die kommenden Jahre plant DIE LINKE. Thüringen weitere Schritte zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit:

- Wir wollen das jährliche Hin und Her um die Auszubildendenzahlen und die Lotterie der Abgabeplanung fertig ausgebildeter Anwärtinnen und Anwärter beenden. Dazu wollen wir eine Personalentwicklungskonzeption für die nächsten zehn Jahre auf den Weg bringen. So lässt sich Zuverlässigkeit und eine angemessene Personalausstattung langfristig sichern.
- Wir wollen eine auf diese Personalentwicklungskonzeption aufbauende vorausschauende Personalplanung und Einstellungsverfahren, die auf sich verändernde Altersabgänge, Bewerbungs- und Einstellungslagen sowie den demografischen Wandel reagieren. Unbesetzte Stellen werden wir schneller nachbesetzen.
- Wir wollen die Verteilung neu ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten auf die Dienststellen in Thüringen prüfen und so gestalten, dass alle Dienststellen entsprechend ihrer Aufgaben jederzeit einsatzfähig sind.
- Wir wollen die bestehende Arbeitsverdichtung weiter reduzieren, zum Beispiel durch praxisnähere Vereinfachung und Digitalisierung alltäglicher Prozesse bei der Schutz- und

Kriminalpolizei, um Krankenstand und Überstunden entgegenzuwirken. Doppelaufgaben müssen reduziert werden.

- Damit die Polizistinnen und Polizisten nicht auf der Straße fehlen, wollen wir für Tätigkeiten, für die keine hoheitlichen Befugnisse nötig sind, auch auf Verwaltungsangestellte zurückgreifen. Die Einrichtung einer Polizeiverwaltungslaufbahn wollen wir prüfen. Besondere Aufgaben mit Fachkenntnissen, zum Beispiel bei der Entwicklung polizeilicher IT-Sicherheitsarchitekturen in der Polizei, wollen wir durch externe Spezialisten (wie Informatikerinnen und Informatiker) unterstützen.
- Wir wollen uns für die Schaffung höherwertiger Stellen im Tarifbereich einsetzen (höher als E 3/E 5). Das soll entweder durch Stellenhebungen oder durch die Schaffung neuer Stellen erreicht werden. Diese höherwertigen Tätigkeiten sollen den Tarifbeschäftigten dann entsprechend übertragen werden.
- Wir wollen das Zulagensystem weiter an die unterschiedlichen Belastungen der Polizei anpassen und gerechter gestalten. Für alle im Vollzug tätigen Beamtinnen und Beamten wollen wir die in unterschiedlicher Höhe gezahlten Vollzugszulagen harmonisieren.
- Wir wollen uns verstärkt dafür einsetzen, dass auch die persönliche Vergütung in Form von Verpflegungs- und Bekleidungsgeld für die ehemaligen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, des Zolls oder der NVA Bestandteile des für die Rentenberechnung zugrunde liegenden erzielten Arbeitsentgeltes sind.
- Wir wollen die Gesundheitsförderung verbessern, insbesondere durch bessere Sportmöglichkeiten und Angebote zur Regeneration und Erholung für Thüringer Polizeibedienstete jeden Alters.
- Wir wollen eine Arbeitsgruppe einsetzen, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Innen- und des Finanzministeriums, der Polizeigewerkschaften und der Personalräte der Polizei, um das bisher oft ungerechte Beförderungssystem in Thüringen mit einer den Grundsätzen des Berufsbeamtentums übereinstimmenden Regelbeförderung zu überwinden. Damit wollen wir ein dauerhaft tragfähiges und rechtssicheres Thüringer Beurteilungs- und Beförderungsmodell entwickeln, das dazu geeignet ist, die Differenz zwischen Stellenplänen und Organisations- und Dienstpostenplänen endlich zu überwinden.
- Das Polizeirecht werden wir weiter bürgerrechtsfreundlich fortentwickeln. Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann stärken, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig sind.
- Wir wollen mit einem Polizeiausschuss im Thüringer Landtag eine bestehende Lücke parlamentarischer Kontrolle der nachrichtendienstlichen Befugnisse bei der Polizei schließen, insbesondere für den Bereich der V-Personen und der verdeckten Ermittlerinnen und Ermittler, und die Befugnisse der Polizei auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen.
- Pfefferspray soll wegen seiner erheblich gesundheitsgefährdenden Wirkung künftig nur noch zur unmittelbaren Abwehr von Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit sowie erhebliche Sachwerte einsetzbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Hunde- und Pferdestaffeln sowie Pfefferspray und Reizgas auf Demonstrationen und Großveranstaltungen verboten werden. Willkürliches Abfilmen von Demonstrationen möchten wir stärker ahnden.
- Die durch Gerichte für rechtswidrig erklärte Praxis des sogenannten Racial Profiling wollen wir überwinden. Dazu trägt eine Ergänzung der Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalt ebenso wirksam bei wie die Streichung von Eingriffsbefugnissen im Polizeiaufgabengesetz, die Racial Profiling befördern.

- Die Statistik der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) soll um das Merkmal „rassistisch motivierte Straftat“ ergänzt und differenziert nach Betroffenenengruppen geführt werden. Für diese Änderung werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.
- Wir wollen die von Bürgerinnen und Bürgern genutzte Polizeivertrauensstelle für Beschwerden von Polizeibeamtinnen und -beamten öffnen. Die Stelle soll künftig unabhängig und außerhalb des Thüringer Innenministeriums organisiert werden.
- Ausbildung und Studium zur/zum Polizeivollzugsbeamten der Thüringer Polizei sowie die Aus- und Fortbildung wollen wir verbessern und modernisieren – insbesondere mit Blick auf die fachlichen, technischen, rechtlichen und sozialen Herausforderungen für die Polizei sowie auf die gestiegenen Anforderungen an modern ausgebildete und in allen Einsatzlagen kompetente Polizeibeamtinnen und -beamte. Dazu wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen im organisatorischen Bereich durch eine Mehrung von Stellen für das Lehrpersonal und durch eine Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeiten auch für den Bereich der Aus- und Fortbildung schaffen.
- Wir wollen die Polizei für Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger weiter öffnen, zum Beispiel im IT-Bereich, und die getrennt laufende Ausbildung für Schutzpolizistinnen und -polizisten und Kriminalistinnen und Kriminalisten (Y-Ausbildung) einführen.
- Wir wollen die Aufstiegsmöglichkeiten in die nächst höheren Laufbahnen verbessern. Aufstiegsmöglichkeiten sollen so gestaltet werden, dass tatsächliche Chancengleichheit herrscht. Hierzu sollen die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc. überprüft und novelliert werden.
- Die Präventionsarbeit in der Thüringer Polizei wollen wir mit einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz ausbauen. Dazu setzen wir uns für eine Stellenmehrung in diesem Bereich ein.
- Gerade ältere Menschen werden verstärkt Opfer von Kriminalität. Wir wollen mit einem Präventionskonzept insbesondere Seniorinnen und Senioren vor Betrugsaschen, beispielsweise dem Enkeltrick, schützen.
- Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, die Kontrolle der Lagerung von Waffen und Munition sicherzustellen und bei Verstößen bestehende Waffenerlaubnisse zu widerrufen.
- Wir wollen mehr und besser ausgestattete Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamte im ländlichen Raum. Wir wollen sie noch stärker zur ersten polizeilichen Anlaufstelle für Einwohnerinnen und Einwohner machen.

Es bedarf einer stetigen Aufgabenkritik und Fortentwicklung der Strukturen in der Thüringer Polizei, damit die Menschen in Thüringen weiterhin von einem hohen Sicherheitsniveau profitieren und Polizistinnen und Polizisten motiviert ihre Arbeit leisten können. Für die Thüringer Polizei wollen wir ein „Leitbild Polizei Thüringen“ erarbeiten – gemeinsam mit den Polizeibeamtinnen und -beamten in Thüringen, den Polizeigewerkschaften, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Polizeibildungseinrichtung und Fachleuten einer bürgernahen und bürgerrechtsorientierten Sicherheitspolitik. Das Leitbild soll die Grundlage für die weitere kontinuierliche Entwicklung der Thüringer Polizei in den nächsten Jahren sein.

### **Justiz: Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und soziale Verantwortung**

Thüringen ist Teil eines Rechtsstaates und eines Sozialstaates. Die Arbeit der Justiz ist daher der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit verpflichtet – ebenso wie verlässlichen rechtlichen Entscheidungen nach vorgegebenen formalen Kriterien. Das erfordert auch, sozial benachteiligte



Menschen und gesellschaftliche Minderheiten zu schützen. Die LINKE. Thüringen setzt sich für eine Justiz ein, die Rechtssicherheit und gerechte Lösungen für Betroffene mit sozialer Verantwortung gegenüber dem Einzelnen und der Gesellschaft verbindet. Wer Unterstützung für die Durchsetzung seiner Anliegen und Rechte benötigt, soll in der Justiz eine faire und fachlich kompetente Unterstützung finden. Ein funktionierender sozialer Rechtsstaat ist das notwendige Gegenmodell zum Prinzip des „Rechts des Stärkeren“, das in der heutigen Konkurrenzgesellschaft weit verbreitet ist. Je besser außergerichtliche Mechanismen zur Konfliktlösung in allen Bereichen der Gesellschaft zum Tragen kommen und je wirkungsvoller der Sozialstaat seine Ausgleichs- und Auffangfunktion wahrnimmt, desto weniger muss die Justiz als „letztes Mittel“ der Konfliktlösung und des gesellschaftlichen Ausgleichs eingreifen.

Justiz und Gerichte müssen für alle rechtzeitig zugänglich und nutzbar sein. In vielen Fällen des Alltags brauchen die Betroffenen möglichst schnell Unterstützung, um ihre Rechte durchzusetzen. Die Justiz muss dafür personell und technisch entsprechend ausgestattet sein.

Vor diesem Hintergrund hat die rot-rot-grüne Koalition in den vergangenen Jahren bereits viele Weichen für eine positive Entwicklung in Thüringen gestellt:

- Für die Beratungs- und Prozesskostenhilfe, für gesetzliche Betreuungen und die Jugendgerichtshilfe hat die rot-rot-grüne Koalition deutlich mehr Geld bereitgestellt als die Vorgängerregierungen.
- Wir haben auf einen durch erhöhte Fallzahlen gestiegenen Personalbedarf in den einzelnen Gerichtszweigen reagiert und insbesondere bei Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten die jeweils notwendige Zahl der Richterinnen und Richter durch Neueinstellungen, Versetzungen und Abordnungen erhöht. Auf diese Weise konnte der erhebliche Bearbeitungsstau abgearbeitet werden.
- Bei den Thüringer Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten steht in den nächsten Jahren eine Pensionierungswelle bevor. Darauf bereiten wir die Justiz vor, indem zum Beispiel durch das neue Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetz die Möglichkeit des früheren Eintritts in den Ruhestand eingeräumt wird. Dadurch werden Stellen frei, die vorzeitig mit jüngerem Personal besetzt werden können. Mit dem Gesetz werden internationale Standards zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz umgesetzt, indem zum Beispiel das Letztentscheidungsrecht des Justizministers bei Personalentscheidungen weitgehend abgeschafft wird. Die Mitbestimmungsrechte der Richterinnen und Richter und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte werden zugleich erweitert.
- Mit dem Justizvollzugsgesetzbuch wurden 2014 die gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen Justizvollzug geschaffen. Diese Rahmenbedingungen werden durch Rot-Rot-Grün im praktischen Vollzugsalltag verwirklicht, rechtlich evaluiert und tatsächlich weiterentwickelt.
- Das sogenannte Professionelle Übergangsmanagement für Inhaftierte und Haftentlassene (PÜMAS) trägt in Thüringen dazu bei, passgenaue Versorgungsleistungen für Gefangene und Haftentlassene zu entwickeln und diese nach der Entlassung weiter zu begleiten – unter Berücksichtigung des individuellen Hilfebedarfs. Das Maßnahmenprogramm hat sich bewährt und sein weiterer Ausbau ist anzugehen. In diesem Rahmen müssen auch die sozialen Träger durch weitere finanzielle Förderung gestärkt werden. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Landesregierung und der Bundesagentur für Arbeit zur Zusammenarbeit bei der

beruflichen und sozialen Eingliederung von Strafgefangenen und Haftentlassenen hat sich ebenfalls bewährt und soll ausgebaut werden.

Auch künftig werden unsere Anstrengungen als DIE LINKE. Thüringen darauf gerichtet sein, optimale Bedingungen für eine leistungsstarke unabhängige Thüringer Justiz und den Justizvollzug zu schaffen:

- Wir wollen den Generationenwechsel in der Thüringer Justiz erleichtern – insbesondere durch die Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel für die stufenweise Neueinstellung junger Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren.
- Wir wollen in den kommenden Jahren die Unabhängigkeit und Transparenz der Justiz weiter stärken und uns für weitergehende Reformen einsetzen, vor allem für eine Stärkung des Richterwahlausschusses in seinen Aufgaben und für den Ausbau der Mitbestimmungsrechte. Wir wollen hierfür eine Verbesserung des Artikels 89 der Thüringer Verfassung erreichen.
- Wir wollen uns noch stärker der Berufs- und Arbeitssituation der Rechtspflegerinnen und -pfleger widmen. Sie erfüllen wichtige Aufgaben als „rechte Hand“ der Richterinnen und Richter und daher setzen wir uns für die Aufwertung ihrer Tätigkeit und die Umgestaltung ihrer Ausbildung ein.
- Wir wollen die Digitalisierung der Arbeitsabläufe in der Justiz voranbringen. Dazu werden wir den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronischen Akte einführen, damit Verfahren in der geforderten Qualität und notwendigen Schnelligkeit erledigt werden können.
- Wir setzen uns für die Einführung einer Justizverlaufsstatistik ein, mit der etwa erfasst werden kann, ob in Ermittlungen anfänglich festgestellte Tatmotive bei der Strafzumessung berücksichtigt wurden.
- Wir wollen über Initiativen im Bundesrat sozial verträgliche Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren erreichen. Der Zugang zu Gerichten und Einrichtungen der Justiz darf nicht durch finanzielle Hürden erschwert oder unmöglich gemacht werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Thüringen im Bundesrat die Einführung einer finanziellen Unterstützung für Mediationen voranbringt – als außergerichtliche Konfliktlösungsverfahren zur Entlastung der Gerichte („Mediationshilfe“).
- Wir stärken die ehrenamtlichen Schiedspersonen in den Thüringer Gemeinden und werden ihre Zuständigkeiten ausbauen.
- Wir wollen für die weitere Einstellung von Personal sorgen – vor allem an den Gerichten, um den immensen Arbeitsanfall zu bewältigen, der angesichts der deutlich zunehmenden Zahlen an betreuungsbedürftigen Menschen steigen wird.
- Wir wollen, dass für die Betreuungsrichterinnen und -richter ausreichend spezielle Weiterbildungsangebote zur Verfügung stehen und sie gerade auf diesem Gebiet ihrer dienstlichen Fortbildungsverpflichtung nachkommen.
- Wir setzen uns dafür ein, die Qualität der Betreuung zu verbessern. Dafür sind Änderungen der bundesgesetzlichen Regelungen nötig. Im Mittelpunkt stehen spezielle Ausbildungserfordernisse für Betreuerinnen und Betreuer und die Erhöhung ihrer Vergütung.
- Wir wollen erreichen, dass Weiterbildungsangebote für Familienrichterinnen und -richter zum Themenkreis Häusliche Gewalt unter Berücksichtigung des Kinderschutzes verpflichtend sind.
- Wir streben an, im Bereich der Jugendgerichtshilfe das Zusammenwirken mit anderen Akteurinnen und Akteuren aus dem sozialen Bereich zu verbessern, vor allem mit den

Jugendämtern, damit künftig kein bedürftiger Jugendlicher mehr bei der Maßnahmengewährung leer ausgeht.

- Strafvollzug, Resozialisierung, Wiedereingliederung und Haftvermeidung müssen weiter gestärkt werden. Dazu setzen wir uns für eine ressortübergreifende Weiterentwicklung der Bedingungen für die Resozialisierung und Wiedereingliederung von Straffälligen sowie für die Verhinderung weiterer Straftaten ein.
- Wir wollen, dass der Behandlungs- und Resozialisierungsvollzug verbessert wird – durch eine deutliche personelle Stärkung des Justizvollzugs und der sozialen, psychologischen und medizinischen Fachdienste. Hierfür werden wir die erforderlichen haushälterischen Rahmenbedingungen schaffen und alle Maßnahmen unterstützen, die auf die Personalgewinnung für den Strafvollzug ausgerichtet sind.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die psychologischen Fachkräfte stärker koordiniert werden. Sie sollen in enger Abstimmung mit den Stellen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und Resozialisierungsangeboten kooperieren.
- Wir setzen uns im Bundesrat für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafen ein. Das Angebot an Haftvermeidungs-Maßnahmen soll in Thüringen ausgebaut werden.
- Wir streben in Übereinstimmung mit internationalen Vorgaben an, sämtliche Schusswaffen im Thüringer Strafvollzug in Abstimmung mit den Personalvertretungen abzuschaffen.
- Wir wollen dafür Sorge tragen, dass – wie im Justizvollzugsgesetzbuch vorgesehen – ab 2025 eine Einzelunterbringung von Gefangenen flächendeckend sichergestellt ist. Wir werden uns dafür stark machen, Alternativen für Standorte in Thüringen zu prüfen, da sich der Bau der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt von Thüringen und Sachsen als länderübergreifendes Pilotprojekt in Zwickau-Marienthal verzögert.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften dazu motiviert werden, alle Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs in Thüringen in vollem Umfang zu nutzen. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist ein wichtiger Baustein bei der Bewältigung der Auswirkungen von Straftaten und für eine langfristig wirksame Resozialisierung. Weiterbildungen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Justizbedienstete sollen dies in Zukunft unterstützen. Wir wollen beim Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendbereich möglichst zeitnah ein wirksames und flächendeckendes Angebot in Thüringen schaffen.
- Wir wollen, dass die Thüringer Strafverfolgungsbehörden für digitale Angriffe auf Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert und für eine effektive Verfolgung solcher Attacken entsprechend geschult und ausgerüstet sind. Dazu gehört, dass sie die Folgen des Ausspähens und unberechtigten Veröffentlichens auch von privaten Daten als ernstes Problem wahrnehmen und verfolgen, Betroffene schnell und umfassend informieren sowie zu geeigneten Gegenmaßnahmen beraten können.
- Wir wollen bei der Einführung neuer rechtlicher Vorschriften bestehende rechtliche Regelungen (Normenscreening) und die Rechtsfolgenprüfung aus rassismuskritischer Perspektive prüfen und zunächst auf Landesebene verbindlich festlegen – so, wie es sie zum Beispiel im Nachhaltigkeitsbereich gibt.

### **Schutz der Verfassung statt institutionalisierter Verfassungsschutz**

Im Jahr 2014 einigten sich DIE LINKE, SPD und Grüne in Thüringen infolge erheblicher unterschiedlicher Auffassungen darauf, das Amt für Verfassungsschutz zu reformieren, statt es abzuschaffen. Nach fünf Jahren konstatieren wir: Das Amt für Verfassungsschutz hat keinen Nachweis erbracht, dass eine nachrichtendienstliche Behörde ein geeignetes Frühwarnsystem vor Gefahren für Demokratie und eine freie Gesellschaft ist, zum Schutz demokratischer Rechte beitragen kann und Gefahren für die Demokratie abwehren kann. Zudem entzieht es sich weitestgehend einer parlamentarischen Kontrolle und vollständig einer öffentlichen Kontrolle.

Das Amt für Verfassungsschutz vereint eine Befugnis zum Grundrechtseingriff, die der Demokratie abträglich ist, mit einer nicht hinreichend rechtsstaatlich geregelten Eingriffsvoraussetzung. Der Verfassungsschutz richtet sich damit - teils willkürlich, teils politisch instrumentalisiert - gegen diejenigen, die die nachrichtendienstliche Behörde als „verfassungsfeindlich“ einstuft.

Zur Stärkung der demokratischen Kultur müssen einerseits Wissenschaft und Zivilgesellschaft und andererseits die Polizei zur Gefahrenabwehr weiter gestärkt und unterstützt werden.

Zu den vollzogenen Reformschritten gehören:

- Das bisherige V-Leute-System wurde beendet. Der Behörde wurden Werbe- und Informationsveranstaltungen in Bildungseinrichtungen untersagt. Das Berichtssystem des Verfassungsschutzes wurde in Teilen verändert. Die untauglichen Monatsberichte „Nachrichtendienst“ sind inzwischen eingestellt.
- Es wurden zuständige Bereiche zur Terrorismusbekämpfung beim Landeskriminalamt der Polizei personell gestärkt, statt den Geheimdienst mit zusätzlichem Personal aufzublähen.
- Als Konsequenz aus dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss wurde das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft eingerichtet. Es forscht wissenschaftlich fundiert zur Förderung der demokratischen Kultur und schafft einen Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Zudem wurde eine Kooperation mit der Thüringer Polizei beschlossen.

Wir halten die wiederholt behauptete gesellschaftliche und sicherheitspolitische Notwendigkeit eines als Nachrichtendienst organisierten Amtes für Verfassungsschutz für nicht begründet. Wir sind weiterhin der Auffassung: Das Amt für Verfassungsschutz ist abzuschaffen. Wir wollen das wissenschaftlich arbeitende Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft gleichzeitig weiter stärken und Ergebnisse aus der Forschung und Dokumentation noch besser in die Arbeit der Landesregierung einfließen lassen.

### **Leistungsstarke und zukunftsfeste Feuerwehrstrukturen in Thüringen**

3947 Menschen wurden 2017 in Thüringen aus akuten Gefahrensituation bzw. Lebensgefahr gerettet, 465 387 Einsatzstunden fielen im gesamten Jahr an. Feuerwehrleute gehen oft ein hohes Risiko ein, um anderen Menschen zu helfen. Sowohl die ehrenamtlichen Feuerwehren als auch die Berufsfeuerwehren sind für DIE LINKE. Thüringen eine unverzichtbare Grundlage für die öffentliche Sicherheit. Sie sind ein wesentlicher Teil der gesellschaftlichen Grundversorgung. Wir brauchen verlässliche Feuerwehrstrukturen, eine personell abgesicherte und hochwertige Ausbildung auf dem aktuellsten Stand und stetige Nachwuchsgewinnung, weil immer mehr Feuerwehrleute altersbedingt ausscheiden. So können die Menschen im Freistaat auch künftig Gewissheit haben, dass sie in Gefahrensituationen professionelle Hilfe erwarten können. Gerade der technische Fortschritt und

sich verändernde Gefahrensituationen machen es unabdingbar, Feuerwehren langfristig leistungsfähig aufzustellen. Hierzu hat die rot-rot-grüne Koalition folgende Projekte realisiert:

- Wir haben die Investitionen für Fahrzeuge, Ausrüstung und Gerätehäuser erhöht.
- Durch eine von der Landesregierung finanzierte Mitgliederkampagne konnten zwischen 2015 und 2017 insgesamt 1008 neue Mitglieder für die Jugendfeuerwehren gewonnen werden. Die Jugendpauschale pro Mitglied einer Jugendfeuerwehr haben wir auf 25 Euro erhöht und gesetzlich festgeschrieben.
- Der Thüringer Feuerwehrverband erhielt zwischen 2015 und 2019 steigende Zuwendungen von insgesamt 1,9 Millionen Euro. Zusätzlich haben wir die Stelle eines Ehrenamtskoordinators beim Verband gefördert, um Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen.
- Das Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurde überarbeitet, um den Berufsalltag der Rettungskräfte in Thüringen zu verbessern, etwa mit besseren Regelungen zur Freistellung, Entschädigung und Erstattung bei Verdienstaussfällen.
- Für die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz wurden Voraussetzungen für sieben neue Stellen geschaffen, um die Qualität der Ausbildung auf hohem Niveau abzusichern. Es wurde eine Feuerwehrezulage für die feuerwehrtechnischen Beamtinnen und Beamten des Lehrbetriebes eingeführt. Mehrere Tausend Feuerwehrangehörige konnten in mehr als 50 Lehrgangsarten aus- bzw. weitergebildet werden.
- Die Brandschutzerziehung wurde gesetzlich neu geregelt. Mit einem erarbeiteten Konzept werden ab dem Schuljahr 2019 Kinder an den Thüringer Grundschulen zum Brandschutz geschult. Ein entsprechendes Lehrbegleitheft für die Klassenstufen 1 bis 4 wurde dazu herausgegeben. Dafür wurden im Jahr 2018 zusätzliche 7 Millionen Euro für den Brandschutz in den Haushalt eingestellt.

Über 33 000 Feuerwehrangehörige sorgen in Thüringen für die Sicherheit der Menschen. Ihnen allen gilt unser Dank und unsere Anerkennung für den täglichen Einsatz. Wir wollen die Feuerwehren auch in den kommenden Jahren weiter zukunftsfest entwickeln, um ein hohes Sicherheitsniveau für Thüringen zu gewährleisten:

- Wir wollen die komplette Modernisierung der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz sowie den schnellstmöglichen Ausbau der Tunnelübungsanlage in Crossen.
- Wir wollen die Ausbildung der Einsatzkräfte der Thüringer Feuerwehren kontinuierlich sicherstellen und eine zeitgemäße sowie sozial verträgliche Unterbringung während der Ausbildung gewährleisten.
- Wir möchten die bisher komplizierte und nicht kostendeckende Kalkulation für Gemeinden zur Abrechnung von Feuerwehrkosten beenden und durch ein vereinfachtes rechtssicheres Kostenerstattungssystem ersetzen. Damit können Kommunen künftig alle entstehenden Aufwendungen rechtssicherer als bisher in Rechnung stellen.
- Wir wollen die erfolgreiche Mitgliederkampagne mit dem Feuerwehrverband verstetigen und weitere Anreize schaffen, etwa einen kostenfreien Zugang zu öffentlichen und soziokulturellen Einrichtungen. Die Wehren wollen wir zudem beim Ausbau von Auftritten in den sozialen Medien unterstützen.

- Wir wollen die finanzielle Unterstützung des Landesfeuerwehrverbands weiter absichern. Er soll zudem zusätzliche Gelder erhalten, um die Kampagne „Gewalt geht gar nicht! Unsere Einsatzkräfte – unsere Sicherheit! Nein zur Gewalt gegen Feuerwehrangehörige“ zu fördern und auszubauen.
- Wir wollen die flächendeckende Einsatzbereitschaft der Feuerwehren gerade in kleinen Orten weiter gemeindeübergreifend sicherstellen und Kooperationsmodelle prüfen.
- Wir wollen uns mit einer Aufklärungskampagne und verstärkten Werbemaßnahmen entlang von Straßen weiter für die Bildung von Rettungsgassen einsetzen, da viel zu oft Behinderungen entstehen und Rettungskräfte wertvolle Zeit zur Lebensrettung verlieren.

### Proaktive Veröffentlichungen, mehr Transparenz und effektiver Datenschutz für Bürgerinnen und Bürger

Thüringen hat unter Rot-Rot-Grün den Weg zu einer modernen öffentlichen Verwaltung eingeschlagen. DIE LINKE. Thüringen will diesen Weg weiter beschreiten. Eine höhere Transparenz stärkt die demokratische und politische Teilhabe. Bürgerinnen und Bürger können Entscheidungen öffentlicher Stellen besser nachvollziehen bzw. öffentliche Stellen besser kontrollieren. Unser Motto ist: „Private Daten schützen, öffentliche Daten nützen“. Umfangreicher Datenschutz ist unerlässlich – gerade in Zeiten zunehmender Kameraüberwachung, Spähsoftware, digitaler Klassenzimmer, Gesundheits-Apps, sozialer Netzwerke und Clouds. Wir wollen daher einerseits eine Kultur der Offenheit und Partizipation fördern, andererseits Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, selbst über ihre Daten zu entscheiden. Der zunehmenden Überwachung des öffentlichen und privaten Raums treten wir entgegen – anhand der Videoüberwachung hat sich gezeigt, dass diese ihr Ziel verfehlt, Straftaten zu verhindern, aber zunehmend in die Rechte aller eingreift.

Unter Rot-Rot-Grün haben wir in Thüringen bereits wichtige Schritte für Datensicherheit und staatliche Transparenz eingeleitet:

- Das Thüringer Datenschutzrecht sowie mehr als 30 Einzelgesetze wurden überarbeitet, um Datenschutz auszubauen. Dabei haben wir die Rechte des Landesdatenschutzbeauftragten gestärkt, der nun einen besseren Rechtsschutz erlangt und effektiver Anordnungen durchsetzen kann gegenüber Behörden, die unrechtmäßig mit den Daten von Bürgerinnen und Bürgern umgehen.
- Anders als andere Bundesländer hat Thüringen die Anpassung an die Datenschutzgrundverordnung nicht genutzt, um hinterücks Überwachungsinstrumente einzuführen. Stattdessen wurde beispielsweise der Informantenschutz für Journalistinnen und Journalisten bekräftigt, die Videoüberwachung nicht ausgedehnt und die Auskunftsrechte im Polizeigesetz freundlicher gestaltet.
- Das Personal des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit wurde von 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahr 2014 auf 26 im Jahr 2019 angehoben.
- Noch im Jahr 2019 wollen wir ein Transparenzgesetz beschließen, das mit einem kostenfreien Transparenzregister künftig für Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein wird.

Während anderswo Grundrechte abgebaut und der Datenschutz bewusst untergraben werden, stellt DIE LINKE. Thüringen sich dem entgegen und ergreift Maßnahmen, um unnötige Überwachung zu verhindern und mehr Transparenz zu forcieren:

- Wir wollen einen Rückbau von Videoüberwachung. Dazu wollen wir zunächst überwachungsfreie Zonen im öffentlichen Raum schaffen. Mit einem Pilotprojekt in einer Thüringer Stadt wollen wir in öffentlichen Verkehrsmitteln sichtbare Bereiche ausweisen, die

nicht von Kameraüberwachung erfasst sind, sodass Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt entscheiden können, ob sie sich der Überwachung aussetzen. Parallel dazu sollen die Auswirkungen von Kameraüberwachung auf das Sicherheitsgefühl und die reale Sicherheit wissenschaftlich untersucht werden.

- Wir wollen künftig die Themen Datenschutz und Informationsfreiheit noch stärker als bisher in den Lehrplänen der Thüringer Schulen verankern.
- Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung, staatliche Gesichtserkennung, Staatstrojaner und Online-Durchsuchungen ab. Wir wollen die Benachrichtigungspraxis für Betroffene polizeilicher Maßnahmen insbesondere bei Telekommunikationsüberwachung verbessern. Nach dem Berliner Vorbild soll ein SMS-Informationsmodul zur Benachrichtigung von Betroffenen von Funkzellenabfragen realisiert werden.
- Mit einer Werbe- und Aufklärungskampagne wollen wir die Menschen in Thüringen zur Nutzung von digitaler verschlüsselter Kommunikation befähigen und motivieren.
- Wir wollen mehr Transparenz: Künftig sollen Kommunen und Verwaltungen angehalten werden, zu erfassen, wie viele Anfragen nach Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetz ihnen zugehen und warum diese abgelehnt wurden. Das kommende Thüringer Transparenzregister wollen wir mit Leben füllen, Verwaltung und Kommunen wollen wir im Umgang damit weiterbilden.
- Wir wollen polizeiliche Datenbanken und die darin enthaltenen personengebundenen Hinweise auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen.
- Wir wollen die Abfrage über bei Thüringer Behörden gespeicherte Daten für die Bürgerinnen und Bürger erleichtern und unter [auskunft.thueringen.de](http://auskunft.thueringen.de) ein Abfrageportal errichten, mit dem zum Beispiel bei Polizei, Verfassungsschutz und anderen Behörden gespeicherte Informationen von Betroffenen abgefragt werden können.
- Wir wollen erreichen, dass künftig noch mehr Kommunen bzw. Kreise auf ihren Internetseiten über angemeldete Versammlungen informieren. Wir wollen dazu eine verpflichtende Regelung prüfen.

### **Frieden und Abrüstung aus Thüringen stärken**

Ohne Frieden ist alles nichts. DIE LINKE. Thüringen setzt sich für Entspannung und das friedliche Zusammenleben aller Menschen ein. Wir sind Verbündete der Friedensbewegung und der Abrüstungsbefürworterinnen und -befürworter. Wir wollen nicht am Krieg verdienen und treten für Rüstungskonversion und das Verbot von Waffenexporten ein. DIE LINKE plädiert für ein Ende aller Kriegseinsätze der Bundeswehr, auch um Soldatinnen und Soldaten zu schützen. Wir wollen tatsächliche Fluchtursachen überwinden. Dafür sind Friedensarbeit und Perspektiven vor Ort noch immer die sichersten Garanten. DIE LINKE ist die einzige konsequente Friedenspartei in Deutschland.

Auch wenn uns in dieser konsequenten Position einiges von unseren Koalitionspartnern trennt, konnten wir doch Impulse für eine friedlichere Welt setzen:

- DIE LINKE. Thüringen hat in der Landesbank Hessen-Thüringen darauf gedrungen, dass es keine weitere Absicherung militärischer Investitionen gibt.
- Die Bundeswehr darf ihre Rekrutenwerbung nicht mehr ohne friedenspolitische Begleitung an Thüringer Bildungseinrichtungen verbreiten.
- DIE LINKE. Thüringen organisiert zusammen mit vielen Partnerinnen und Partnern Ostermärsche und Friedensproteste.

Auch in Zukunft wird sich DIE LINKE. Thüringen als einzige Friedenspartei weiter für den Frieden stark machen:

- Wir wollen in der Bundes- Landes- und Europapolitik für ein Ende der Militärlogik eintreten und fordern eine Außenpolitik, die auf zivile Konfliktlösung, diplomatische Verhandlungen und humanitäre Hilfe setzt. Wir verlangen, dass Deutschland dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unverzüglich beitrifft.
- Wir werden auch zukünftig regionale und lokale Partnerschaften nutzen, um im Sinne der Völkerverständigung zu wirken.
- Wir setzen uns gemeinsam mit dem „Netzwerk Rüstungskonversion Thüringen“ für Rüstungskonversion in Thüringer Betrieben und Unternehmen ein – das bedeutet eine konsequente Umstellung der Produktion von militärischen Gütern auf zivile Produkte.
- Wir fordern ein Landesprogramm, um ehemals militärisch genutzte Flächen und Gebäude für friedliche Zwecke nutzbar zu machen, und um Unternehmen Anreize zum Verzicht auf Rüstungsproduktion zu geben.
- Wir wollen ein vollständiges Verbot für Besuche von Jugendoffizierinnen und -offizieren an Thüringer Bildungseinrichtungen. Bildung und Erziehung sollen dem Frieden dienen.
- Wir stellen uns gegen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr auf öffentlichen Plätzen und wenden uns gegen jede Form der Förderung durch die öffentliche Hand.
- Wir werden weiterhin ohne Einschränkung an der Seite der Friedensbewegung stehen.

#### **Global denken, lokal handeln!**

Uns ist bewusst, dass eine starke LINKE im Thüringer Landtag und eine linksgeführte Landesregierung die bundes-, europa- und weltpolitischen Rahmenbedingungen allein nicht grundlegend verändern können. Wir können jedoch durch unser politisches Handeln Einfluss auf die Entwicklung nehmen und Alternativen in Richtung einer sozialen, demokratischen und friedenssichernden Politik aufzeigen.



**Impressum:**

DIE LINKE. Thüringen  
Steffen Dittes (V.i.S.d.P.)  
Eugen-Richter-Str. 44  
99085 Erfurt

Tel.: 0361-6011130

E-mail: [lgst@die-linke-thueringen.de](mailto:lgst@die-linke-thueringen.de)

**[www.die-linke-thueringen.de](http://www.die-linke-thueringen.de)**